

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Fringebel.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röste, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 40 S.
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 S.
Versammlungsanzeigen 10 S. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zuzug ist fern zu halten von:

Tischlern nach Jena (Bernth & Naumann), Worms, Münster (Firma Wwe. Keller), Neubern (Firma Kromer & Co.), Finsterwalde, Stuttgart (Möbner & Co.);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Leipzig (Firma Wagner & Zintzen und Schlobach);

Drechseln nach Bels (Worms);

Stellmachern nach Linden-Fischerhof (Hannoversche Waggonfabrik);

Korbmachern nach Däben (Kinderwagenfabrik), Oranienburg, Ripperwiese bei Schwedt an der Oder (Tornow);

Perlmutter-Knopfdrechseln nach Verga (Rob. Meier jr.).

Ein Fingerzeig.

Waffenstillstand ist in der Berliner Holzindustrie eingetreten. Die Wucht des wirtschaftlichen Niederganges und das Gespenst der Arbeitslosigkeit haben unsere Berliner Kollegen zum Nachgeben gezwungen. Bekanntlich war über mehrere Werkstätten wegen Lohnabzugs die Sperre verhängt; die Kollegen glaubten, hinsichtlich der im Jahre 1900 getroffenen Abmachungen zwischen dem Holzarbeiterverband und den Holzindustriellen, daß an den zur Zeit gezahlten, über den Minimallohn von M. 24 hinausgehenden Löhnen keine Veränderung vorgenommen werden sollte, berechtigt zu sein. Bestrebungen entgegenzutreten, durch welche eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden könnte. Da die Firma Weinland nach der eben bezeichneten Richtung vorging, blieb, als die Unterhandlungen zu keinem befriedigenden Resultat führten, nichts Anderes übrig, als die Sperre über diese und einige andere Werkstätten zu verhängen; diese Methode des Abwehrkampfes ist ja keineswegs neu, sie ist so alt, wie die Kämpfe, die seit jeher zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geführt worden sind. Heute wird dies Abwehrmittel der Arbeiter freilich von den Unternehmern als ein unerhörter Terrorismus bezeichnet, als ein Eingriff in die privaten Rechte des Arbeitgebers, den dieser sich nicht gefallen lassen braucht. Vielleicht dachte man früher ebenso, aber der einzelne Unternehmer fühlte, daß er dagegen gar nichts machen konnte, sondern sich wohl oder übel damit abfinden mußte, wenn die Arbeitskräfte von seiner Thüre ferngehalten wurden. Keinem Unternehmer fiel es ein, von den Streikkommissionen oder der streikführenden Organisation ernstlich zu verlangen, daß sie die Sperre aufzuheben und die Streikposten zurückzuziehen habe. Man würde die Unternehmer ob solchen Verlangens ausgelacht haben. Auch keinem Gericht ist es vor 20 Jahren eingefallen, in dem Streikpostenstehen „groben Unfug“ zu erblicken, oder in einer verhängten Sperre einen „maßlosen Terrorismus“ zu wittern. Das Alles blieb der neueren Zeit vorbehalten. Erst mit der Erstarkung der Arbeiterorganisationen und deren sicherem und zielbewusstem Vorgehen bei Lohnkämpfen, das den Unternehmern manche Schlappe und den Arbeitern manchen Erfolg einbrachte, machte sich auf der gegnerischen Seite das Bestreben bemerkbar, diese in Arbeiterkämpfen mit Erfolg geführten Waffen unbrauchbar zu machen.

Man lernte von den Arbeitern und organisierte sich. Gesehlich wurden die indifferenten Massen der Arbeitgeber zusammenschweift, die vielen Sonderinteressen, die gegenseitige Konkurrenz, welche eine große Rolle innerhalb der Handwerker spielen, hinderte das gemeinsame Vorgehen derselben gegen die Arbeiter nicht. Die Kämpfe in Schmölln und Lauterberg zu Anfang der

letzten günstigen Geschäftsperiode lehrten uns zum ersten Male, daß widerstrebende Geschäftsinteressen kein Hinderniß bilden, um gemeinsam gegen die Arbeiter und deren Koalition Front zu machen. Das hat sich fast in allen größeren späteren Kämpfen wiederholt, immer war man sich einig im Momente der Gefahr, wenn man sich auch später wieder gegenseitig wirtschaftlich todkonkurrierte. So ging es bis auf den heutigen Tag. Hunderte von kleinen Handwerkern haben in's Gras beißen müssen, Hunderte Andere haben keine Nutzenwendung aus ihren Pyrrhusiegen zu ziehen vermocht, denn immer wieder sind sie — trotz der üblen Erfahrungen, die sie machten — auf Seiten Derer zu finden, die zum Kampf aufrufen gegen die um ihre Existenz ringende Arbeiterschaft. So auch in Berlin.

Die „Fachzeitung“ berichtet in ihrer letzten Nummer über die vorhin berührten Vorgänge und über die am 20. Januar stattgefundene letzte Versammlung, an der circa 2000 Meister theilgenommen haben. Zu dieser seien die bevollmächtigten Vertreter des Holzarbeiterverbandes gekommen und hätten ganz unerwartet folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht:

1. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, bei allen Werkstattdifferenzen mit dem Holzarbeiterverband zur Beseitigung derselben in Verhandlung zu treten.
2. Während der Verhandlung dürfen weder Sperren verhängt, noch Posten gestellt werden; auch sollen Neueinstellungen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden.
3. Bei allen Differenzen dürfen die in Frage kommenden Arbeiter während der Verhandlungen die Arbeit nicht niederlegen.
4. Der Holzarbeiterverband zieht die bestehenden Sperren und Streikposten zurück.

Die „Fachzeitung“ bemerkt zu diesem Vorschlag: „Man denke sich in die Situation der Herren vom Exekutivcomité: Draußen im Saale die harrende kampflustige Generalversammlung und hier im Rathungszimmer eine völlig geänderte Sachlage. Draußen die allgemeine Stimmung für die Gegensperre und hier allerdings als Frucht der bisherigen Operationen, ein Friedensvorschlag von feindlicher Seite, eine Nachgiebigkeit des Holzarbeiterverbandes in letzter Stunde!“

Unsererseits sei bemerkt, daß der Vermittlungsvorschlag doch nicht ganz unerwartet kam. Herr Bry erklärte nämlich, daß er gleich nach dem Aussperrungsbeschluss am 10. Januar mit Herrn Maas, dem Vertreter der Berliner Holzarbeiter gesprochen, und daß dieser ihm das weiteste Entgegenkommen seiner Organisation zugesichert habe, daß er weiter innerhalb 48 Stunden ihm Mittheilung gemacht habe von einer Beilegung der Differenzen bei Hülfsbed. Dies sei ihm (Bry) aber nicht weitgehend genug gewesen, und er habe eine generelle Entscheidung die sie (die Unternehmer) in Zukunft vor den willkürlichen Sperren schütze, als unbedingt nothwendig gehalten. Er habe eine bindende und schriftliche Erklärung verlangt, daß alle Sperren aufgehoben und alle Streikposten zurückgezogen werden.

So unerwartet kam also die obige Erklärung des Holzarbeiterverbandes nicht, sie war vielmehr die Frucht einer längeren Berathung, und die „Fachzeitung“ hat unseres Erachtens gar keine Ursache, so zu thun, als ob die Berliner Holzarbeiter eine Hölleangst vor dem Aussperrungsbeschluss der Holzindustriellen gehabt hätten und sie deshalb ganz unerwartet in die Höhle des Löwen gegangen und um Gnade gefleht hätten. So liegen die Dinge denn doch nicht. Die Berliner Holzarbeiter haben seit dem 20. März des Jahres 1900 nur eine Friedenspolitik getrieben, und, um Differenzen vorzubeugen, sich immer strikte an die Vereinbarungen gehalten; sie waren es nicht, die angefangen haben, sie befanden sich den Firmen Weinland, Geißler und anderen gegenüber lediglich in der Nothwehr, sie ver-

theidigten ein Recht, das vor zwei Jahren am 20. März für die Arbeiter und Arbeitnehmer der Holzindustrie Gesetz wurde, das aber durch den Tarifbruch der Unternehmer frivol über den Haufen geworfen worden ist. Wie kann man dieser Thatsache gegenüber davon reden, daß der Holzarbeiterverband Terrorismus an Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ verübt habe, was für diese Anlaß gewesen sein soll, mit „gewappneter Faust“ einzugreifen. Unseres Erachtens hatte der Vorstand der Vereinigung die Pflicht, gleichfalls die Sitzungen des 20. März zu vertreten, nicht aber den Mitgliedern in ihrem Uebertretungseifer Vorschub zu leisten. Es ist uns daher ganz unverständlich, wie dem durchaus pflichtgemäßen Verhalten der Holzarbeiter gegenüber die Tischlermeister von Machegefühl überschäumen, „der Revanchegedanke aus aller Augen blitzen“ konnte!

Die Herren Rahardt, Bry, Blathen, Schöning und Andere waren es, wie die „Fachzeitung“ selbst zugiebt, die „den hoch emporlodernen Kampfesmuth der Arbeitgeber entfacht haben“. Sie waren es, die den Streit geschürt hatten und sich, als sie sahen, was sie mit ihrem wahn sinnigen Aussperrungsbeschluss anrichten würden, mit dem ihnen eigenen Redefluss abzuwehren begannen. Obendrein thut man, als ob man aus Mitleid für die Familien der Holzarbeiter von der Ausführung des Aussperrungsbeschlusses abgesehen habe, und doch sagte Herr Rahardt (nach der „Günther'schen Tischlerzeitung“), „daß sie auch mit dem Publikum rechnen müßten, dessen Sympathie sie sich vielleicht verschätzten, wenn es erführe, daß sie in der Zeit des schlechten Geschäftsganges, wo Tausende von Familien arbeitslos sind, noch 25 pZ. oder mehr unserer Arbeiter aussperrten wollten“. Das ist des Pudels Kern. Die Herren fühlten, daß sie offenbar im Unrecht waren und deshalb wiegelten sie ab.

Wir sind ja damit zufrieden, daß die Differenzen beigelegt worden sind, glauben aber, daß der Friede, der „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ zu Stande gekommen ist, nicht von langer Dauer sein kann. Ein Unternehmerrthum, daß so prozig mit der Organisation der Holzarbeiter verfuhr, verdient anders behandelt zu werden.

Der Kampf in Berlin und sein Abschluß mahnt die deutschen Holzarbeiter, auf dem Posten zu sein. Der Schlandrian, der sich leider allgemein breit macht, muß aufhören. Mehr als bisher muß die Agitation für Gewinnung der indifferenten Kollegen betrieben werden. Die bisherige Agitation gefällt uns nicht, sie ist nicht planmäßig organisiert, die Gane opfern viel Zeit und Geld und das Resultat ist gleich Null. Haus- und Werkstättenagitation ist das einzige Mittel, um vorwärts zu kommen. Was nützen einige Duzend Versammlungen in irgend einem Bosemudel, wenn in den bestehenden Zahlstellen dreimal mehr Mitglieder stöten gehen als in jenen Orten für den Augenblick gewonnen werden. Blickt um Euch, Kollegen, mehr als 5000 Mitglieder hat der Verband eingebüßt in einem Jahre. Mehr als 20 000 sind im gleichen Zeitraum hindurchmarschirt. Wenn die Fluktuation im Mitgliederstand auch zum guten Theil auf die Folgen der wirtschaftlichen Krise zurückzuführen ist, so können wir nicht glauben, daß Alles gethan worden ist, was hätte gethan werden können, um die Mitglieder zu halten. Der Idealismus, fehlt, er ist vollständig verschwunden, und das ist höchst bedauerlich. Das ganze Interesse scheint sich momentan der Arbeitslosenunterstützung zuzuwenden, das Materielle tritt in den Vordergrund.

Wir haben die Jahre hindurch freudig und mit Begeisterung die Fahne des Idealismus vorangetragen, der wirtschaftliche Niedergang verringerte die Zahl

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Bernau. Dienstag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht von der Gaukonferenz. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Die Ortsverwaltung.

Braunschweig. Sonnabend, 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.

Emden. Donnerstag, 30. Januar, 6. Dentsche.

Offen a. d. M. Samstag, den 1. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Vorwärts“, Rottstr. 18. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 3. Ausstellung eines Kandidaten zum Verbandstag. 4. Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

Iserlohn. Sonnabend, den 1. Februar, Abends 9 Uhr, bei Lange, Am Bach; dann alle 14 Tage.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Braunschweig. Bevollmächtigter Rob. Brad, Gabelsbergerstr. 2, Kassirer Wilh. Lindemann, Goslarstr. 44. Reise-Unterstützung und Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

Hall. Bevollmächtigter Ed. Seyboth, Molenbühl 6. Kassirer Fr. Schaai, Langestraße 17. Arbeit wird unentgeltlich nachgewiesen im Arbeitsamt, Judenmarkt. Unsere Herberge befindet sich im Bahnhof „Zum goldenen Ochsen“, Zöllhüttenstraße, woselbst die Reiseunterstützung Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt wird. Die Ortsverwaltung.

Husum. Unser Verbandslokal befindet sich Silberstr. 84. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Bevollmächtigter P. Dwaratz, Tischler, Bürgerstraße.

Iserlohn. Bevollm. Wilh. Wilms, Tischler, Kassirer Mich. Günther, Drechsler. Reiseunterstützung wird nur im Verbandslokal, Abends von 7-8 Uhr, vom Kassirer ausbezahlt.

Pappenheim. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unser Vereins- und Verbandslokal im Hofe „Zum Baum“ befindet. Wir bitten, das Umschauen zu unterlassen. Die Ortsverwaltung.

Trebbin, St. Yellow. Bevollm. Richard Anor, Kommandantenstr. 14. Reiseunterstützung Albert Trebus, Bergstr. 8.

Ussa. Kassirer Anton Ritter, Gülbener Trog 6. Dasselbst Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-7 Uhr.

Achtung!

Dem Schreiner Hermann Krause, Buch-Nr. 81 922, ist hier zu Unrecht eine Reiselegitimation ausgestellt worden; Selbiger ist noch kein Jahr Mitglied und am 18. d. Mts. von hier abgereist. Die Kassirer wollen dies beachten. Die Ortsverwaltung Soerde.

Sterbefälle:

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Otto Erbe, geb. 8. 5. 63 zu Gotha, gest. 15. 1. 1902 an der Choleraerkrankung zu Landau.

Otto Schöning, Tischler, geb. 1. 7. 78 zu Stann, gest. 8. 1. 1902 an der Choleraerkrankung zu Stettin.

Paul Kaspar, Tischlermeister, geb. 3. 10. 77 zu Glesau, gest. 18. 1. 1902 infolge eines Verfallsunfalls zu Glesau.

Max Aeppler, Tischler, geb. 18. 7. 79 zu Glesau, gest. 18. 1. 1902 an Bauchfellentzündung zu Anklam.

Chre: Ihrem Abenten' Die Ortsverwaltungen.

Die Herren Josef Dietz und Bernhard Fassabend werden ersucht, ihre Adressen an H. Christiansen in Trebbin i. B., Leberstr. 18, gelangen zu lassen.

Der Drechsler Franz Georg Knoll, geb. 21. 4. 75, wird hierdurch aufgefordert, seine Sachen, die er in Schiffsbau bei seinem Onkelmeister Gey gelassen hat, bis zum 28. 2. 02 abzuholen, widrigenfalls sein Anrecht darauf verloren geht. P. Hoyer, Schiffsbau.

Karl Bende, bitte seine Adresse an Herrn Johann A. Farkasch, Remscheid, Remscheidstr. 14.

Aufforderung.

Der Tischler Ernst Pätzolt wird um seine Adresse ersucht. Die Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden um Mitteilung gebeten. Herrn Fongler, Hagermünde, [M 2,80] Weidenstr. 17.

Charles Jahr, Kracht wünscht Deine Adresse. G. Bergmann, Lage.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sektion der Drechsler Hamburgs.

Sonnabend, den 25. Januar 1902:

* Winter-Vergnügen *

verbunden mit humoristischen Vorträgen und Verlosung in Tügel's Etablissement (Weißer Saal).

Anfang 8 Uhr. Das Festcomité.

Möbelpolierer.

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis d. Verbandes der Möbelpolierer.

Geschäftsstelle: H. Schulz, Berlin O, 34, Memelstr. 60a. Der Vorstand.

Selbst. Möbelpolierer sucht dauernde Arbeit, auch kann derselbe vergolten. Gest. Offerten unter J. F. 105 an die Exped. d. Bl.

Ich beabsichtige eine kleine Möbelfabrik zu kaufen und suche hierzu einen Theilhaber. M. 5-6000 nötig. Offerten an die Exped. d. Bl. unter 106 erbeten.

Bei hoher Vergütung suche allerorts Herren, welche den Vertrieb hoheleg. Artikel nebenbei übernehmen. Vertrieb eignet sich für Jedermann. Prospekt gratis und franko. Herrn. Woll, Zwickau i. S., Blücherstr. 12.

Vorarbeiter resp. Zuschneider

für bedeut. Möbelfabrik, Spezial-Speisezimmer, gesucht. Bewerber muss bereits derartige Stellung gehabt haben. Off. mit Zeugn.-Abschr. und Gehalts-Anspr. sub J. G. 9405 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Für eine mechanische Tischlerei wird ein tüchtiger, praktisch gebildeter

Werkmeister

für dauernd gesucht, welcher im Aufreißen und Anfertigen von sämtlichen Bauwerksarbeiten gewandt und zuverlässig ist. Erfahrung auch in Herstellung von Möbeln erwünscht. Offerten mit genauem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Eintrittstermin und Gehaltsanprüchen beifügt unter A. L. 1650 Haasonstein & Vogler, A.-G., Köln.

Tüchtige Sophabauer für geschweifte Gefelle gesucht. Boeddinghaus & Co., G. m. b. H., Lübeckdorf.

Einen Korbmachergehilfen auf grüne Arbeit und einen auf weiße Arbeit sucht Carl Wiedemann, Korbmachermstr., Spremberg (Laus.).

3-4 Korbmacher auf Mattarbeit gesucht. L. Ackermann, Korbmachermstr., Gr.-Corbetha, Bahnhof.

1 tüchtiger Korbmachergehilfe auf Reise- und Mattarbeit sofort gesucht. Paul Krause, Korbmachermstr., Wanstorf, Langestr. 160.

Tüchtige Bürstenmacher,

Singischer und Pecher, gegen hohen Afford-lohn sofort gesucht. Dreyer Bürsten- und Pinselabrik, Franz Heisenberg, Düren (Köln).

Dünger, solider Bürstenmacher sofort gesucht. Kranzbühler, Ohligs (Rheinland).

Möbelschleifer mit Maschinenbetrieb, guter Fundament, sofort zu verkaufen. Off. erb. an die Exped. d. Bl. unter H. 107.

Reelle Zigarren-Offerte.

Offerten den Genossen unsere vorzüglichsten Zigarren in den Preislagen von M 26 bis M 100 pro Kille. Rösler & Hofmann, Zigarrenfabrik, Hainewalde i. E.

Dübelstifte gebohrt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit acht amerikanischen Dübelstiften, M 7,50.

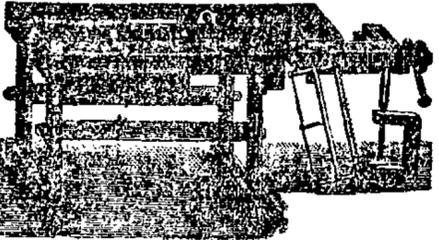
Stanley's Ziehflingensichel Nr. 80, M 4, Stanley's verstellbarer Schiffsichel Nr. 9,50, Bohrwindm. u. Gaurif. i. F. M 2,50, dito - Kanne M 4,50, berienbet gegen Nachnahme. Ernst Trimpop, Armscheid-Eisenwerk.

Holzmosaik für Möbel, Kästen, Tische usw., fertigt Wilh. König, Berlin, Diefenbachstr. 33.



B. Kl. Fuchsschwanz, mit auswechselb. Blatt. Zu haben in allen besseren Werkzeug-handlungen und bei A. Sigl, München, Schleißheimerstr. 23, I. St., I.

Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität“ von Jean Mos, Stein bei Nürnberg.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.

Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

* Slomke's Städtebuch *

für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit Eisenbahn- u. Wegkarte von Deutschland und angr. Ländern. 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu beziehen d. alle Buchhandl. od. geg. Eins. v. M. 1,40 von G. Slomke's Verlag, Bielefeld.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler etc.

von Ernst Voese, städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg.

Zweite, bedeut. erweiterte u. verbesserte Auflage.

Inhalt: Abth. 1. Die richtige Schreib- und Sprechweise. Abth. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufträge. Abth. 3. Das Fachrechnen. Abth. 4. Die wichtigsten Hölzer. Abth. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers etc. Abth. 6. Das Kostenberechnen. Abth. 7. Die Buchführung. Abth. 8. Wechsellehre. Abth. 9. Gesetzkunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz.

Preis M. 3. eleg. gebunden M. 3,50. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

„Der Deutsche Tischlermeister“

Berlin SW, Friedrichstr. 31, ist die anerkannt hervorragendste Fachzeitung der Tischlerei. Jede Nummer enthält praktisch verwendbare Zeichnungen für Möbel- und Bautischlerei. Zahlreiche Textillustrationen. Reich illustriertes Unterhaltungsblatt „Für's deutsche Haus“ gratis. Wöchentlich erscheint eine Nummer. „Der Deutsche Tischlermeister“ berichtet über bemerkenswerte richterliche Entscheidungen und alle dieses Gewerbe betreffende Vorgänge der Öffentlichkeit, und gibt in seinem Briefkasten, auf Wunsch auch brieflich, jedem seiner Abonnenten kostenfreien Rath in allen technischen, künstlerischen und rechtlichen Fragen. Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Abonnements-Bestellungen werden am Schalter des nächstgelegenen Postamtes entgegengenommen zum Preise von M 1,50 pro Quartal. Der „Deutsche Tischlermeister“ ist im Postzeitungs-Katalog unter Nr. 1956 eingetragen, was bei der Bestellung am Postschalter angegeben werden muß. Wünscht der Abonnent die Zeitung in's Haus gebracht, so sende an die Post noch 12 1/2 pro Vierteljahr Postgeld zu zahlen. Auch kann man die Bestellung durch den Briefträger besorgen lassen, doch ist es gut, um Verwechslungen zu verhüten, diesem den genauen Titel der Zeitung „Der Deutsche Tischlermeister“ und die Zeitungs-Katalognummer 1956 auf einen Zettel aufzuschreiben. Auch kann man einen derartigen Bestellzettel mit der Aufschrift: An das Postamt, hier, und mit deutlicher Angabe der Wohnung und des Namens des neuen Abonnenten versehen, unfrankirt in einen Briefkasten werfen, dann besorgt die Post die Zeitung und erhebt den Betrag für das Abonnement durch den Briefträger. Wünscht ein Abonnent die Zeitung per Streifenband zu erhalten, dann genügt eine Postkarte an die Expedition, „Der Deutsche Tischlermeister“, Berlin, Friedrichstraße 31. Das Streifenbandabonnement ist theurer und kostet M 2 pro Quartal. Jeder neue Abonnent erhält einen inhaltreichen, werthvollen Tischlerkalendar (Taschen- oder Nachschlagebuch) für das Jahr 1902 gratis, so lange der Vorrath reicht.



Tischler-Fachschule Detmold Drei- u. sechsmonat. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weitbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpuliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzhellen Glanz, entfernt alle Gelbecken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flinsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889“
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechlerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus aller Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorsügllichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Verlag: A. Köste, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Post-Nr.: 3564.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 g.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 g.
Versammlungsanzeigen 10 g. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Jena (Wernth & Naumann), Worms, Münster (Firma Wwe. Keller), Neubern (Firma Kromer & Co.), Finsterwalde, Stuttgart (Möbner & Co.);
 - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Leipzig (Firma Wagner & Zinkeisen und Schlobach);
 - Drechsler nach Betz (Worms);
 - Stellmachern nach Linden-Fischerhof (Hannoversche Waggonfabrik);
 - Korbmachern nach Düben (Kindertwagenfabrik), Dranienburg, Rippertwiese bei Schwedt an der Oder (Tornow);
 - Perlmutter-Knopfdrehsler nach Verga (Hob. Meier jr.).

Ein Fingerzeig.

Waffenstillstand ist in der Berliner Holzindustrie eingetreten. Die Wucht des wirtschaftlichen Niederganges und das Gespenst der Arbeitslosigkeit haben unsere Berliner Kollegen zum Nachgeben gezwungen. Bekanntlich war über mehrere Werkstätten wegen Lohnabzugs die Sperre verhängt; die Kollegen glaubten, hinsichtlich der im Jahre 1900 getroffenen Abmachungen zwischen dem Holzarbeiterverband und den Holzindustriellen, daß an den zur Zeit gezahlten, über den Minimallohn von M. 24 hinausgehenden Löhnen keine Veränderung vorgenommen werden sollte, berechtigt zu sein, Bestrebungen entgegenzutreten, durch welche eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden könnte. Da die Firma Weinland nach der eben bezeichneten Richtung vorging, blieb, als die Unterhandlungen zu keinem befriedigenden Resultat führten, nichts Anderes übrig, als die Sperre über diese und einige andere Werkstätten zu verhängen; diese Methode des Abwehrkampfes ist ja keineswegs neu, sie ist so alt, wie die Kämpfe, die seit jeher zwischen Arbeitern und Arbeitgebern geführt worden sind. Heute wird dies Abwehrmittel der Arbeiter freilich von den Unternehmern als ein unerhörter Terrorismus bezeichnet, als ein Eingriff in die privaten Rechte des Arbeitgebers, den dieser sich nicht gefallen lassen braucht. Vielleicht dachte man früher ebenso, aber der einzelne Unternehmer fühlte, daß er dagegen gar nichts machen konnte, sondern sich wohl oder übel damit abfinden mußte, wenn die Arbeitskräfte von seiner Thüre ferngehalten wurden. Keinem Unternehmer fiel es ein, von den Streikkommissionen oder der streikführenden Organisation ernstlich zu verlangen, daß sie die Sperre aufzuheben und die Streikposten zurückzuziehen habe. Man würde die Unternehmer ob solchen Verlangens ausgelacht haben. Auch keinem Gericht ist es vor 20 Jahren eingefallen, in dem Streikpostenstehen „groben Unfug“ zu erblicken, oder in einer verhängten Sperre einen „maßlosen Terrorismus“ zu wittern. Das Alles blieb der neueren Zeit vorbehalten. Erst mit der Erstarkung der Arbeiterorganisationen und deren sicherem und zielbewußterem Vorgehen bei Lohnkämpfen, das den Unternehmern manche Schluppe und den Arbeitern manchen Erfolg einbrachte, machte sich auf der gegnerischen Seite das Bestreben bemerkbar, diese in Arbeiterkämpfen mit Erfolg geführten Waffen unbrauchbar zu machen.

Man lernte von den Arbeitern und organisierte sich. Gesehlich wurden die indifferenten Massen der Arbeitgeber zusammenschweißend, die vielen Sonderinteressen, die gegenseitige Konkurrenz, welche eine große Rolle innerhalb der Handwerker spielen, hinderte das gemeinsame Vorgehen derselben gegen die Arbeiter nicht. Die Kämpfe in Schmölln und Lauterberg zu Anfang der

letzten günstigen Geschäftsperiode lehrten uns zum ersten Male, daß widerstrebende Geschäftsinteressen kein Hinderniß bildeten, um gemeinsam gegen die Arbeiter und deren Koalition Front zu machen. Das hat sich fast in allen größeren späteren Kämpfen wiederholt, immer war man sich einig im Momente der Gefahr, wenn man sich auch später wieder gegenseitig wirtschaftlich todkonkurrierte. So ging es bis auf den heutigen Tag. Hunderte von kleinen Handwerkern haben in's Gras beißen müssen, Hunderte Andere haben keine Nutzenanwendung aus ihren Pyrrhusstiegen zu ziehen vermocht, denn immer wieder sind sie — trotz der üblen Erfahrungen, die sie machten — auf Seiten Derer zu finden, die zum Kampf aufrufen gegen die um ihre Existenz ringende Arbeiterschaft. So auch in Berlin.

Die „Fachzeitung“ berichtet in ihrer letzten Nummer über die vorhin berührten Vorgänge und über die am 20. Januar stattgefundene letzte Versammlung, an der circa 2000 Meister theilgenommen haben. Zu dieser seien die bevollmächtigten Vertreter des Holzarbeiterverbandes gekommen und hätten ganz unerwartet folgenden Vermittelungsorschlag gemacht:

1. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, bei allen Werkstattdifferenzen mit dem Holzarbeiterverband zur Beseitigung derselben in Verhandlung zu treten.
2. Während der Verhandlung dürfen weder Sperren verhängt, noch Posten gestellt werden; auch sollen Neueinstellungen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden.
3. Bei allen Differenzen dürfen die in Frage kommenden Arbeiter während der Verhandlungen die Arbeit nicht niederlegen.
4. Der Holzarbeiterverband zieht die bestehenden Sperren und Streikposten zurück.

Die „Fachzeitung“ bemerkt zu diesem Vorschlag: „Man denke sich in die Situation der Herren vom Exekutivcomité: Draußen im Saale die harrende kampflustige Generalversammlung und hier im Berathungszimmer eine völlig geänderte Sachlage. Draußen die allgemeine Stimmung für die Gegen Sperre und hier allerdings als Frucht der bisherigen Operationen, ein Friedensvorschlag von feindlicher Seite, eine Nachgiebigkeit des Holzarbeiterverbandes in letzter Stunde!“

Unsererseits sei bemerkt, daß der Vermittelungsorschlag doch nicht ganz unerwartet kam. Herr Bry erklärte nämlich, daß er gleich nach dem Aussperrungsbeschluß am 10. Januar mit Herrn Maas, dem Vertreter der Berliner Holzarbeiter gesprochen, und daß dieser ihm das weiteste Entgegenkommen seiner Organisation zugesichert habe, daß er weiter innerhalb 48 Stunden ihm Mittheilung gemacht habe von einer Beilegung der Differenzen bei Hülfsbed. Dies sei ihm (Bry) aber nicht weitgehend genug gewesen, und er habe eine generelle Entscheidung die sie (die Unternehmer) in Zukunft vor den willkürlichen Sperren schütze, als unbedingt notwendig gehalten. Er habe eine blüthige und schriftliche Erklärung verlangt, daß alle Sperren aufgehoben und alle Streikposten zurückgezogen werden.

So unerwartet kam also die obige Erklärung des Holzarbeiterverbandes nicht, sie war vielmehr die Frucht einer längeren Berathung, und die „Fachzeitung“ hat unseres Erachtens gar keine Ursache, so zu thun, als ob die Berliner Holzarbeiter eine Hölleangst vor dem Aussperrungsbeschluß der Holzindustriellen gehabt hätten und sie deshalb ganz unerwartet in die Höhle des Löwen gegangen und um Gnade gefleht hätten. So liegen die Dinge denn doch nicht. Die Berliner Holzarbeiter haben seit dem 20. März des Jahres 1900 nur eine Friedenspolitik getrieben, und, um Differenzen vorzubeugen, sich immer strikte an die Vereinbarungen gehalten; sie waren es nicht, die angefangen haben, sie befanden sich den Firmen Weinland, Geißler und anderen gegenüber lediglich in der Nothwehr, sie ver-

theiligten ein Recht, das vor zwei Jahren am 20. März für die Arbeiter und Arbeitnehmer der Holzindustrie Gesetz wurde, das aber durch den Tarifbruch der Unternehmer frivol über den Haufen geworfen worden ist. Wie kann man dieser Thatsache gegenüber davon reden, daß der Holzarbeiterverband Terrorismus an Mitgliedern der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ verübt habe, was für diese Anlaß gewesen sein soll, mit „gewappneter Faust“ einzugreifen. Unseres Erachtens hatte der Vorstand der Vereinigung die Pflicht, gleichfalls die Sitzungen der Vereinigung zu vertreten, nicht aber den Mitgliedern in ihrem Uebertretungseifer Vorschub zu leisten. Es ist uns daher ganz unverständlich, wie dem durchaus pflichtgemäßen Verhalten der Holzarbeiter gegenüber die Tischlermeister von Nachgefühl überschäumen, „der Revanchegedanke aus aller Augen blitzen“ konnte!

Die Herren Rahardt, Bry, Plathen, Schöning und Andere waren es, wie die „Fachzeitung“ selbst zugiebt, die „den hoch emporlodernnden Kampfesmuth der Arbeitgeber entfacht haben“. Sie waren es, die den Streit geschürt hatten und sich, als sie sahen, was sie mit ihrem wahnwinnigen Aussperrungsbeschluß anrichten würden, mit dem ihnen eigenen Reflex abzuwehren begannen. Obendrein thut man, als ob man aus Mitleid für die Familien der Holzarbeiter von der Ausführung des Aussperrungsbeschlusses abgesehen habe, und doch sagte Herr Rahardt (nach der „Günther'schen Tischlerzeitung“), „daß sie auch mit dem Publikum rechnen müßten, dessen Sympathie sie sich vielleicht verschmerzten, wenn es erführe, daß sie in der Zeit des schlechten Geschäftsganges, wo Tausende von Familien arbeitslos sind, noch 25 pZt. oder mehr unserer Arbeiter aussperrten wollten“. Das ist des Jubels Kern. Die Herren fühlten, daß sie offenbar im Unrecht waren und deshalb wiegelten sie ab.

Wir sind ja damit zufrieden, daß die Differenzen beigelegt worden sind, glauben aber, daß der Friede, der „der Noth gehorcht, nicht dem eigenen Triebe“ zu Stande gekommen ist, nicht von langer Dauer sein kann. Ein Unternehmerrthum, daß so prozig mit der Organisation der Holzarbeiter verfuhr, **verdiente anders behandelt zu werden.**

Der Kampf in Berlin und sein Abschluß mahnt die deutschen Holzarbeiter, auf dem Posten zu sein. Der Schlandrian, der sich leider allgemein breit macht, muß aufhören. Mehr als bisher muß die Agitation für Gewinnung der indifferenten Kollegen betrieben werden. Die bisherige Agitation gefällt uns nicht, sie ist nicht planmäßig organisiert, die Gaue opfern viel Zeit und Geld und das Resultat ist gleich Null. Haus- und Werkstättenagitation ist das einzige Mittel, um vorwärts zu kommen. Was nützen einige Duzend Versammlungen in irgend einem Bosenuckel, wenn in den bestehenden Zahlstellen dreimal mehr Mitglieder flöten gehen als in jenen Orten für den Augenblick gewonnen werden. Blickt um Euch, Kollegen, mehr als 5000 Mitglieder hat der Verband eingebüßt in einem Jahre. Mehr als 20 000 sind im gleichen Zeitraum hindurchmarschirt. Wenn die Fluktuation im Mitgliederstand auch zum guten Theil auf die Folgen der wirtschaftlichen Krise zurückzuführen ist, so können wir nicht glauben, daß Alles gethan worden ist, was hätte gethan werden können, um die Mitglieder zu halten. Der Idealismus, fehlt, er ist vollständig verschwunden, und das ist höchst bedauerlich. Das ganze Interesse scheint sich momentan der Arbeitslosenunterstützung zuzuwenden, das Materielle tritt in den Vordergrund.

Wir haben viele Jahre hindurch freudig und mit Begeisterung die Fagme des Idealismus vorangetragen, der wirtschaftliche Niedergang verringerte die Zahl

unserer Anhänger, die mit zwingender Gewalt materielle Unterstützung verlangen. Wir erkennen ihr berechtigtes Verlangen an und versprochen auch, diesen Weg mit ihnen zu gehen, ohne uns jedoch zu verpflichten, ihnen unter allen Umständen bis zu seinem vernünftigen Endziel zu folgen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der Verband, wenn er groß und stark werden will, der materiellen Unterstützung seiner Mitglieder nicht entbehren kann, aber auch **nur und nimmer auf den wirtschaftlichen Kampf verzichten kann und nicht verzichten darf.**

Die Fachzeitung erklärt selbst, daß es zwischen zwei Organisationen nie einen Frieden geben kann, „auch dann nicht, wenn Tarifverträge geschlossen wurden“. Die Rüstungen der Unternehmer, die Stärkung ihrer Organisationen und die Disziplinierung ihrer Mitglieder mahnen uns allesamt dringend, uns nicht vollends heimisch zu machen in dem Edegarthchen Arbeitslosenunterstützung. Die rauhe Wirklichkeit wird uns früher als wir ahnen auf den Kampfplatz führen, und da heißt es: **Kämpfer sein.** Der Abschluß des Berliner Friedens ist ein mahrender Fingerzeig, was der Verband nicht vernachlässigen darf neben der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, nämlich: eine ganz energische, nachhaltige Agitation, die Ansammlung von Mitteln für den Kampffonds, die Schulung und Erziehung der Mitglieder zu überzeugungstreuen Kämpfern für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Pflege des Gemeinsinnes, des Opfermuthes und der Solidarität für die Gesamtinteressen des Holzarbeiterverbandes.

Wird in Zukunft nach dieser Richtung hin nicht mehr gethan als bisher, dann wird das Unternehmertum in der Holzindustrie noch immer übermüthiger werden, und die Folge ist ein immer tiefer und tieferes Ducken unter den prozigen Unternehmervillen, und **das wollen wir nicht.** Darum fordern wir die deutschen Kollegen auf, nun endlich einmal aus ihrem Schlummer zu erwachen und um sich zu schauen, wie es um sie her aussieht. Mögen sie die Augen nur recht weit aufreißen und nach Berlin richten, dann werden sie sehen, daß der Berliner Friede die erste Etappe ist auf dem Wege, den wir nicht gehen sollen, in diesem Falle aber gehen mußten, weil die **oben von uns bezeichneten Vorbedingungen fehlten.** Hülfe Jeder dazu beitragen, daß es auf dieser Bahn nicht weiter abwärts geht.

Die Kinderwagenfabrik Firma Krellig & Co. in Düben a. d. Mulde.

In Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre befand sich ein Bericht, welcher über die Verhältnisse in obiger Fabrik bitter Klage führte. So waren Lohnabzüge gemacht eine Fabrikordnung eingeführt worden, die man die harte Bestimmung enthielt, usw. Auf diese Beschwerden hin richtete die Firma in Nr. 44, daß Lohnabzüge überhaupt nicht stattgefunden und sie immer, wenigstens für Reiseförbe, die höchsten Preise am Plage gezahlt hätte. Ueberstunden seien stets bezahlt worden; in der Kinderwagenfabrikation zahlte sie mehr als die Konkurrenz. Gegen die Behauptung der Arbeiter, sie seien bei der Einführung der Fabrikordnung nicht befragt worden, machte die Firma mehrere gegentheilige Einwendungen und sagt dann am Schluß, daß in Bezug auf die nicht rosig gezeichneten Verhältnisse jeder ihrer Arbeiter konstatieren müsse, daß in keiner Hinsicht etwas zu wünschen übrig bliebe. Als Antwort erhielten wir von den Arbeitern der Firma einen Bericht, in welchem nicht nur die gleichen Behauptungen wie in Nr. 42 aufgestellt, sondern auch schwere persönliche Angriffe gegen die Firmeneinhaber und den Verführer Rint unternommen wurden. Wir wandten uns am 6. Dezember 1901 per Karte an die Firma mit dem Ersuchen, sie möge zuecks Schlichtung der Differenzen unseren Vertrauensmann, Herrn G. Wilsdorf aus Leipzig, empfangen. Ein sechs Seiten langer Brief ist die Antwort; und was steht Alles in dem Briefel Die Arbeiter sollen natürlich im Unrecht sein, sie sollen sich ganz unnützig gegen die Bestimmungen der Fabrikordnung gewehrt haben, auch dagegen, daß deren Theil über die Hälfte der Strafgehalt, **weil diese in Nothfällen an bezugsfähige Arbeiter vertheilt werden sollen, ein Verathungsrecht eingeräumt werde.** Bei Verathung der Fabrikordnung haben die Arbeiter zu viele Meinungen gehabt, was der Firma nicht paßte; dann ist auf Wunsch ein Ausschuß gewählt worden, auch dieser paßte der Firma nicht, weil er sich aus den gleichen Personen zusammensetzte, welche die Firma gerade veranlagte, energische Maßnahmen zu ergreifen und weil die Arbeiterinnen-Vorarbeiter bei der Wahl gefehlt hätten. Der Ausschuß war nicht nach der Mithie der Firma und sie zog sich deshalb von den Verhandlungen zurück und übergab die Fabrikordnungsangelegenheiten ihrem Verführer Rint mit dem Bemerkten: Jedem zu hindern, der nicht unterschreibe. Dies ist in 14 Fällen geschehen. Nachdem ist Kollege Wilsdorf (vor unserer Karte an die Firma — Die Red.) bei Herrn Simon (dem Firmeneinhaber) gewesen; ihm ist erklärt worden, daß die Bestimmungen nicht zurückgenommen werden, da man überhaupt keine Korrekturen auf Reife habe gebracht, weil man die Karte billiger von außerhalb bezog; für die in der Kinderwagenbranche thätig Geheime ist Ertrag (Arbeitswillige) gerundet. Es blieb also dabei: Der sich nicht fügt, der kriegt nur einige unbedeutende Ausnahmen bei Herr Simon dem Gesamtheiter Wilsdorf zugestanden. Dann tadelt Herr Simon unseres

Erachtens mit Recht, daß diejenigen Arbeiter, welchen gekündigt wurde, nicht einmal die Frist ablaufen dürfen und schon gleich die Arbeit verlieren, nur um die Streikunterstützung erheben zu können. Darüber wollte sich die Firma auch noch in Stuttgart beschweren. Dann lobt Herr Simon seinen Verführer Rint über das Bohnenlied. Dieser Mann komme den Arbeitern immer höflich entgegen. Seine (Simon's) Fabrik sei im Gegensatz zu den Fabriken seiner Konkurrenz in Zeig „das reine Paradies“. Herr Simon rühmt dann noch seine freijährigen Ansichten, auf deren Konto er es schreibt, daß die Arbeiter „gern bei ihm in Arbeit treten“ und auch „ihr reichliches Auskommen haben“. Damit dürfte Herr Simon Recht haben, wenn er sagt, daß wir uns seinen Ansichten nicht in allen Punkten anschließen würden. Das können wir ganz besonders nicht in Bezug auf die Lobeshymnen, welche Herr Simon auf seinen Verführer Rint anstimmt. Ein Mann, der es fertig bringt, sich über die Arbeiter, wie im nachfolgenden Briefe an uns, zu äußern und sich selbst über Gebühr beweihräuchernd, von dem können wir nicht glauben, daß er es mit den Arbeitern besonders gut meint. Hier ist der von „Arbeiterfreundlichkeit“ strotzende Brief des Herrn Rint:

(Firma.)

Düben a. d. Mulde, den 10. Dezember 1901.

Herrn A. Röske, Redakteur, Hamburg.

Mit Bezug auf Ihre werthe Postkarte und des heutigen Schreibens unseres Herrn Simon erlaube ich mir noch höflich zu bemerken, daß es überhaupt keine Worte giebt diese unverschämte, aller Vernunft spottenden Schmähungsweise der in fraglicher Angelegenheit hauptsächlich zur Geltung kommenden Arbeiter in gehöriger Weise zu geißeln. Denn die Punkte unserer Fabrikordnung resp. die Differenzen, worum es sich handelte, sind so bedeutungslosler Art, daß es nicht der Mühe werth war, Zeit damit zu verschwenden, noch weniger aber seitens unserer Arbeiter ein Recht vorlag, irgendwelchen Widerspruch zu erheben, zumal wir die Rechte unserer Arbeiter nicht im Mindesten schmälern und wir unsere Rechte lange nicht so wahrnehmen, wie uns dieses die gesetzlichen Bestimmungen erlauben. Was nun meine Person bezüglich der Löhne als auch der Behandlung unserer Arbeiter anlangt, verstehe gerade ich, den vernünftigen Arbeiter hoch zu schätzen und thue deshalb zu Gunsten unserer Leute mehr und übe so viele Rücksichten, als ich dem Geschäft gegenüber kaum verantworten kann. Kurz der wirkliche Sachverhalt der momentanen Affaire ist der: daß mehrere tropföpfige Charaktere Ihres Verbandes, welche sicher auch Ihren Begriffen nach nicht zu den mustergültigen Leuten Ihrer Organisation gezählt werden können — mehreren unserer Arbeiter die Gedanken so verdreht haben, daß auch diese widerspenstig wurden — und in dieser Weise uns um circa zehn Arbeiter und diese Arbeiter außer Arbeit gebracht haben. Was nun die Mißsprache mit Herrn Wilsdorf angeht, kann ich nur noch ergänzen, daß meinen Begriffen nach es Herrn Wilsdorf seine Pflicht war, die in Frage kommenden Leute gehörig zurecht zu weisen und ihnen plausibel zu machen, daß dieselben unüberlegt und unrichtig gehandelt haben. Denn gerade diese Leute, welche dieses Mal Urheber der ganzen Komödie bei uns sind, scheinen direkt damit zu rechnen, daß sie im Falle einer oiesbezüglichen Arbeitslosigkeit unterstützt werden und erdreisten sich in dieser Weise manche Ungehörigkeit, zumal Ihren Mitarbeitern gegenüber beweisen dieselben sehr oft — was Geistes Kind sie sind — und vergessen hierbei sehr oft die Grenzen des Anstandes und Rechtes, womit sie nach anderer Richtung hin bei zehn Worten neumal damit prassen! Ob unsere Arbeiter organisiert sind oder nicht, ist mir einerlei, denn ein jeder Mensch hat das Recht und Anspruch auf Arbeit um zu verdienen, damit er als Mensch leben kann, demnach giebt es meiner Meinung nach keine größere Nichtswürdigkeit und Niedertracht, — als einen Menschen um die Gelegenheit Geld zu verdienen zu bringen, oder bei der jegigen Arbeitslosigkeit willige Leute von der Arbeit abzulenken, oder gar seinen Mitarbeitern während des Tages Mühe und Last das Leben in ungehöriger Weise schwer zu machen. Demzufolge ist es von den, in diesem Falle, bei uns in Frage kommenden Leuten eine unerhörte Infamie, durch Ihre Fachzeitung — den Zugug von Arbeitern nach hier zu uns fernzuhalten. Welch eine unverschämte Gemeinheit dieses ist, von Leuten, die nach jeder Richtung hin im Scheine der Tendenz für das Wohergehen der Allgemeinheit zu triumphieren sich bemühen, können Sie verehrtester Herr Redakteur jedenfalls noch besser beurtheilen als ich! Ich stehe auf dem Standpunkte — Jedem das Seine — erfülle dementsprechend meine Pflichten, mit dem Vorzuge — ehrlich währt am längsten. — thue deshalb Recht und schene Niemanden!

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rint.

Wir meinen auch, Herr Rint, daß Sie, da Sie ja eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich haben, vor allen Dingen Recht thun sollten, um sich die Achtung der Arbeiter und ihrer sonstigen Nebenmenschen nicht ganz zu verschmerzen. Der Ton Ihres Briefes und die darin beliebten Ausdrücke bürgen uns dafür, daß Sie nicht der Mann sind, der es versteht, sich die Achtung und Liebe der Arbeiter zu erwerben. Wo Achtung ist, da ist auch Respekt und diesen verschafft man sich nicht, indem man die Arbeiter zu schimpfen sucht. Warum sind denn früher mehrfache Differenzen zur beiderseitigen Zufriedenheit geschlichtet worden, als Sie noch nicht dort waren, warum ging es früher ohne Fabrikordnung und Strafen, als noch Herr Spieler Theilhaber des Geschäfts war, warum trat dieser Herr aus, als Sie kamen? Haben Sie sich schon einmal erkundigt, wie Herr Spieler und wie die Bevölkerung des kleinen Ortes Düben über Ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber denkt? Wenn nicht, thun Sie das einmal und vielleicht leuchtet Ihnen dann ein, daß es besser ist, wenn Sie den Platz ihrer bisherigen Thätigkeit verlassen. Sie dürfen beruhigt sein, daß Ihnen Niemand eine Thron nachweihen wird; ja, wir behaupten, daß, wenn Herr Simon Sachmann wäre und Ihre Leistungen und Ihre Geschäftsführung nach ihrem Werthe beurtheilen könnte, Sie längst über alle Berge wären. Hoffentlich kommt Herr Simon etwas früher als die Firma Wilsdorf & Prellsch in Zeig zur Einsicht, daß mit einem Verführer von der Qualität eines Herrn Rint auf keinen grünen Zweig zu kommen ist.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Wieder sind die Geister bewegt wegen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Viel wird gerechnet von dieser Unterstüzung halber. Besser, glaube ich, wären diese beiden theuren Artikel vermandt worden zur Agitation in den Kreisen indifferenter Kollegen. Für mich kann es nur eine Frage geben: Ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband nothwendig oder nicht? Nicht, daß man fragt: Ist diese Einführung möglich, ohne die Mitglieder gar zu sehr zu belasten? Müßen wir die erste Frage bejahen, dann muß die Unterstützung eingeführt werden, koste es, was es wolle. Ich behaupte allerdings, die Unterstützung ist nicht nothwendig, sondern sogar schädlich. Sie belastet unseren Verband mit kollossaler Arbeit und drängt das grundlegende ideale Prinzip vollständig in den Hintergrund. Haben wir den Verband gegründet und ausgebaut, um nur uns zu unterstützen in irgend einem Nothfall oder sind wir darin zusammengekommen, um zu arbeiten, daß unsere Lage verbessert werde? Wäre ersteres der Fall, dann hätten wir uns die Mühe ersparen können, wenn wir einfach zu den Hirsch-Dunder'schen gegangen wären. So haben wir diese aber immer verspottet wegen ihrer Unterstützungsduflei. Unsere Lage kann aber nur verbessert werden, indem wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen, welche dann gesetzlich sanktionirt werden sollen, so daß nicht jeder einzelne Unternehmer bei irgend welcher Gelegenheit kommen kann und die Errungenschaften großer Kämpfe mit einem Schlage zu nichte macht. Es wird gesagt, daß man mit der Arbeitslosenunterstützung besser Mitglieder werben und halten könne, indem man was Greifbares bietet. Ist das nicht ein falscher Standpunkt? Man will also das egoistische Interesse nachrufen und Egoisten erziehen. Man will alle möglichen Individuen zusammenschmeißen, um mit Zahlen prahlen zu können. Also Großmacht spielen. Dem Unternehmertum will man so Respekt einflößen. Viel besser würde das aber erreicht werden, wenn man einmal gestellte Forderungen strikte durchführte und nicht immer schrittweise zurückging. Lieber die Forderungen nicht so hoch spannen, aber dann auch daran festhalten. Haben einmal Diejenigen, welche wegen der Arbeitslosenunterstützung eingetreten sind, nur einmal festen Fuß gefaßt, dann wird man auch sagen können: „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los“. Bald kommen dann neue Forderungen, wie z. B. Krankunterstützung, wie ja schon Anträge vorgelegen haben. Jeder Kollege wird aber auch dem Anderen sein Schutzmann sein. Wie es z. B. bei den Tischlern ist; so ist es doch bekannt, daß eine unendliche Anzahl von Kollegen eine Hobelbank zu Hause hat. Nun wird ein Kollege arbeitslos. Er findet nicht gleich Arbeit. Er bekommt Unterstützung, die natürlich nicht ausreicht zum Lebensunterhalt. Ihm wird eine Kleinigkeit geboten, die er zu Hause machen kann. Flug geht ein Anderer hin und beschwert sich, daß dieser Unterstützung bekommt, wo er doch zu Hause arbeitet, wenn er auch bloß ein oder zwei Mark verdient hat. Hier kommt das egoistische Interesse zum Vorschein. Hier wird Streit und Zwietracht unter die Kollegen gesetzt. Hier zeigt es sich, aus was für Holz die Mitglieder geschnitten sind. Die Fluktuation, die abgeschafft sein sollte, wird hier wieder eingetrieben. Nun will man aber ja auch diese Mitglieder idealen Zielen zuführen, denn vorläufig soll ja der Kampfcharakter noch nicht verwischt werden. Egoisten sind aber Idealen sehr schwer zugänglich. Unsere besten Kräfte sind aber mit Arbeit durch diese Unterstützung überlastet. Zweifellos wird sich in vielen Zahlstellen die Anstellung von Beamten nothwendig machen. Und dazu nimmt man doch nicht die schlechtesten Kollegen. In puncto Agitation sind diese ziemlich lahm gelegt. Sie haben mit der Verwaltung genug zu thun. Kollegen, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen wollen, zahlen auch gern höhere Beiträge. Für das Ideal, die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Joche des Kapitals hatten sie keinen Pfennig übrig. Aber man darf auch die Beiträge nicht in's Unendliche steigern, so lange noch so eine Ungleichheit in der Summe des Lohnes herrscht. Man soll jedem, auch dem schlechtesten gestellten Kollegen den Beitritt ermöglichen. Arbeiter, die nur 10 bis 12 verdienen, sind nicht im Stande, höhere Beiträge zu zahlen und wir sind nicht befugt, diese Leute, die begriffen haben, was Organisation bedeutet, von uns zu stoßen. Sonst würde man eine Arbeiteraristokratie schaffen, wie sie Amerika schon hat, die sich durch hohe Eintrittsgelder und Beiträge von den schlechter gestellten Arbeitern abschließt. Wir haben seit 1893, der Gründung des Holzarbeiterverbandes, unsere Mitgliederzahl verdreifacht. Heute muß sich jedes Mitglied bei Bezahlung der Beiträge fragen: Warum giebt Du das Geld? Es muß sich also den Zweck der Organisation immer wieder vor Augen führen. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist es dieser Mühe überhoben. Es sagt sich einfach, wenn ich arbeitslos bin, bekomme ich das Geld wieder. Die Freunde der Einführung haben allerdings den Vortheil, daß sie immer wieder mit anderem Material kommen können. Ob die Meinungen auch stimmen, kann Keiner so leicht verfolgen, der nicht das Material in Händen hat, während die prinzipiellen Gegner nur immer dasselbe vorbringen können und daher ihre Agitation zurückbleibt. Sonst könnte die Frage, trotz der Krise, die so manchen Kollegen die Augen trübt, nicht so an Boden gewonnen haben. Man hält sich daran, wie an einen reitenden Strohhalm. Jetzt, vor der Urabstimmung, ist es aber Zeit, wieder heraustrreten und den Kollegen zu zeigen, wo wir noch hingerathen können. Wir wollen lieber mit niedrigen Beiträgen in die entferntesten Winkel dringen, um die Kollegen aufzuklären, daß sie sich nicht zu Streibrechern hergeben, sondern auch in ihren Gegenden für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen bereit sind. Richard Finster, Postschappel.

Kollege S. Loder in Weilheim hegt die gleiche Befürchtung wie Kollege Vogler, und glaubt außerdem, daß mit der Arbeitslosenunterstützung der Zugug nach der Großstadt sich steigern werde. Der Arbeitslose zahle seinen Beitrag, beziehe aber Unterstützung und merde vielleicht gar, soweit es sich um Kollegen mit niedrigen Löhnen handle, jede Arbeitsgelegenheit. An den beiden Arbeitslosenzählungen hätte sich sicher eine ganze Reihe Arbeitsloser nicht betheiligt, und deshalb könnten die Berechnungen auch nicht maßgebend sein. Viele Kollegen würden nur

der Unterstützung wegen Mitglied werden, wenn sie aber eine gute Arbeitsstelle bekämen, davon laufen, was man bei Streiks häufig genug wahrnehmen könne. 50 % Beitrag sei zu viel und 35 % zu wenig, da könne es zum Weibhalten der Organisation kommen. Die Verwaltung würde sehr belastet, und manche Unregelmäßigkeit dürfe vorkommen; die reglementwidrige Reiseunterstützungsauszahlung sei ein Beweis, daß es nicht immer so genau genommen würde.

Kollege Jof. Vogler aus Flinsbach (Schlesien) glaubt nicht, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit einem Mehrbeitrag von 10 % möglich ist, würde dieser aber höher sein, sei jede Agitation in den kleinen Städten Schlesiens unmöglich gemacht. Schon heute halte es schwer, die 25 % aufzubringen. Die sehr niedrigen Löhne reichten nicht einmal zum Nötigsten aus. Er meint, daß man vor allen Dingen der Gewinnung von Mitgliedern sein Hauptaugenmerk zutenden müsse. Würde ein noch höherer Beitrag als gegenwärtig gefordert, würde eine kleine Zahlstelle nach der anderen eingehen. Aufklärung thue nöthiger als Unterstützung.

Hundiman.

Kaum sind die Bestimmungen der Gewerbegerichts-Novelle vom 30. Juni 1900, betreffend die Funktionen des Gewerbegerichts als Einigungsamt, in Kraft getreten, und schon machen die Scharfmacher in unerschämtester Weise gegen dieselben mobil. Bekanntlich ist das Gewerbegericht danach berechtigt, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern Einigungsverhandlungen anzubahnen, auch wenn es nur von einer der Parteien angerufen wird, ja es kann sogar, ohne direkt angerufen zu werden, die Streitenden veranlassen, vor sein Forum zu kommen und für den Fall des Nichterscheins Geldstrafen bis zu M 100 androhen. Diese Bestimmungen liegen den Scharfmachern natürlich schwer im Magen und sie suchen die Arbeitgeber nunmehr zu einem förmlichen Widerstand gegen die Staatsgewalt herauszufordern. Ein durch das „Hamburger Echo“ bekannt gegebenes Rundschreiben des Hamburger Scharfmacherverbandes, fordert die Arbeitgeber direkt dazu auf, falls sie auf Grund dieser neuen Bestimmungen des Gesetzes vor dem Einigungsamt erscheinen müssen, der Vorladung zwar Folge zu leisten, nicht aber sich irgendwie auf eine Verhandlung vor dem Einigungsamt einzulassen.

Da zeigt sich das gesetzerückende Unternehmertum wieder einmal in seiner ganzen Glorie. Noch bevor also irgend ein Fall dagesewen ist, der dem Verband Anlaß geben könnte, sich beschwert zu fühlen, erklärt er dem Gewerbegericht den Krieg. Das sind die „Herren im Hause“, vom Schittel bis zur Sohle. „Wer sich nicht fügt, der fliegt“ und „Die Welt will betrogen sein“ — das sind die obersten Leitsätze dieser Scharfmacher. Und dennoch sind die immer noch nicht alle geworden, die von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit schwafeln!

Die Forderung der Schaffung ausreichender und vor allem paritätischer Arbeitsnachweise wird in letzter Zeit gelegentlich der Debatten über die Arbeitslosigkeit zahlreicher als je erhoben. Erst vor einigen Tagen haben einige bürgerliche Sozialpolitiker — an ihrer Spitze die Dinstbüchlerin Hooghe und Dr. Bachnick — gelegentlich der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im Reichstag eine Resolution eingebracht, durch die sie die Verlegung eines Gesetzes, betreffend die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen, verlangen. Wenn irgendwo, so hat diese Forderung für die Arbeitererschaft in Hamburg große Bedeutung, da gerade hier der Arbeitsnachweis des aus dem letzten Hamburger Arbeiterkonflikten berückichtigten Arbeitgeberverbandes sich immer mehr zu einem Maßregelungsbureau par excellence herausentwickelt hat. Die Metallarbeiter und Modellstecher Hamburgs können ein Liedchen davon singen, was es heißt, von diesem Bureau, dem alle einflussreichen Firmen angehören, und das Verbindungen über ganz Deutschland aufrecht erhält, in Verzug erklärt zu werden. Um diesem Treiben nun einigermaßen ein Ziel zu setzen, hatte das Hamburger Gewerkschaftsfakultät beim dortigen Senat die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beantragt. Der Senat hat dieses Gesuch ablehnend beschieden, da nach seiner Ansicht die staatlich unterstützten Arbeitsnachweise für die örtlichen Bedürfnisse vollständig ausreichen und nach Lage der Verhältnisse die paritätischen Arbeitsnachweise nicht als ein geeigneteres Mittel erscheinen, um eine bessere, den örtlichen Bedürfnissen mehr entsprechende Ausbeziehung zwischen Bedarf und Angebot von insbesondere gelernter Arbeit herbeizuführen.

Eine andere Antwort war wohl kaum zu erwarten. Denn nachdem die Handelskammer, die offizielle Interessenvertretung der Hamburger Großgewerbetreibenden, sich vor kurzem ganz entschieden gegen die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise ausgesprochen hatte, war vom Senat, der doch immerhin unter einem gewissen Einfluß der Großkaufleute und Scharfmacher steht, eine andere Stellungnahme kaum voranzuführen. Für die Scharfmacher giebt es nun einmal keinen idealeren Zustand, als wenn sie Arbeiter, die für ihre Existenz und ihr Recht einzustehen wagen, dauernd dem Hunger überantworten können. Und gegen den Willen dieser Unternehmer wird ebenso wenig der Reichstag etwas unternehmen, wie der Hamburger Senat es wagte, wider ihren Stachel zu löden. Nur starken Arbeiterorganisationen wird es gelingen, den Herren Scharfmachern menschlichere Grundsätze in der Behandlung ihrer Arbeiter beizubringen.

Der herrschende Nothstand, den die große Arbeitslosigkeit über die Arbeitererschaft gebracht hat, hat der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages Veranlassung zu folgender Interpellation gegeben:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, die sich in Betriebs Einschränkungen, Lohnfällungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Nothstand weiter Volksschichten entgegen zu wirken?“

Diese Anfrage war umso notwendiger, als sich in der letzten Zeit nur zu deutlich gezeigt hat, daß die Kommunen und Landesbehörden kaum den Finger rühren, um hier

helfend einzugreifen. In den meisten dieser Körperschaften wurde den auf Ergreifung von Nothstandsmaßnahmen gerichteten Anträgen der Arbeiter die kategorische Erklärung entgegengekehrt: „Ein Nothstand existirt nicht“; und wo man doch Mittel zur Nothstandsarbeiten bewilligte, da geschah es in allen Fällen nur in unzureichendem Maße.

Die Interpellation, die von unserem alten Verbandsmitglied, dem Kollegen Zubeil, begründet wurde, kam am Freitag voriger Woche zur Beratung. Zubeil geißelte in seiner groß angelegten Rede scharf und trefflich die offizielle Vertuschungs- und Beschönigungsmanier der Behörden und herrschenden Klassen, die trotz der großen Arbeitslosigkeit einen Nothstand nicht kennen, die den Nothstand leugnen, nur um der Pflicht weitgehenderer Hilfe überhoben zu sein. Redner gab demgegenüber an der Hand unwiderleglicher Zeugnisse ein den Thatfachen entsprechendes Bild des Nothstandes und stellte den ganz unzureichenden Versuchen einzelner Kommunen, die Arbeitslosen ihres Bezirkes zu beschäftigen, ein umfassendes und gründlich durchdachtes Programm entgegen, dessen Durchführung vom Reich, Bundesstaaten und Kommunen gemeinsam zu bewirken und sofort in Angriff zu nehmen ist. Dann entwarf er über die momentansten Bedürfnisse hinaus ein Bild sozialpolitischer Forderungen, wie sie die Sozialdemokratie vertritt: Schaffung eines Arbeitsministeriums, eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeiterkammern, fortlaufende Arbeitslosenstatistik, Einführung des Maximalarbeitstages, Verbot der gewerblichen Arbeit von Kindern unter 14 Jahren — kurz, unser Kollege forderte den konsequenten Ausbau der Arbeiterschutzesorggebung.

Die Antwort auf die Interpellation gab als Vertreter der Reichsregierung der Staatssekretär Graf Posadowsky. Er stützte sich darin auf Berichte, die ihm aus den einzelnen Bundesstaaten zugegangen waren, und in denen in der Hauptsache das Vorhandensein eines größeren Nothstandes bestritten wird. Es charakterisirt diese Berichte zur Genüge, daß als ein Beweis dieser Behauptung u. A. angeführt wird, die Langluftbarkeiten und Vergnügungen seien in letzter Zeit im Allgemeinen nicht seltener geworden, die öffentlichen Lokale seien stark besucht. Was der Staatssekretär an augenblicklichen Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Aussicht stellte, war für die Arbeiter nicht sonderlich ermutigend. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises will er nach Möglichkeit fördern, für ein staatliche Arbeitslosenversicherung hat er wenig Sympathie, er überläßt Alles den Kommunen und Gewerkschaften. Mehr oder weniger im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen der folgenden bürgerlichen Redner. Mit ihnen rechnete Genosse Hoch am dritten Beratungstage gründlich ab.

Die Beratungen, die am dritten Tage vertagt wurden, haben wiederum nur bewiesen, daß wir in der Bekämpfung des Nothstandes wohl fast ausschließlich auf die eigene Hilfe angewiesen sind; vom Staat und von den Kommunen, die, um der durchgreifenden Abhilfe überhoben zu sein, einfach den Nothstand leugnen, ist eine Besserung kaum zu erwarten. Hier bewahrheitet sich für die Arbeiter das Sprüchwort: „Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott!“ Sehen wir das in die That um, indem wir unsere Gewerkschaften stärken und ausbauen, um die Selbsthilfe nachhaltiger zu gestalten.

Einer Beschränkung der Freizügigkeit reden die Junker fortgesetzt das Wort. Keine Gelegenheit lassen sie vorübergehen, um diesen Wunsch ihres Herzens zu enthüllen. Im preussischen Herrenhause, dem aus „erlauchten, edlen und geehrten Herren“ zusammengesetzten Erbredtsparlament, wo sich die unerschämtesten Wünsche des Junkerthums am unverhülltesten hervorwagen, stand kürzlich erst eine Interpellation der Konservativen auf der Tagesordnung, die sich, wie erst aus der Debatte hervorging, gegen die Arbeiter richtete und folgenden Wortlaut hatte:

„1. Ist es der königl. Staatsregierung bekannt, daß ein nicht unerheblicher Theil der Arbeiterfamilien, die im letzten Dezennium aus den östlichen Provinzen der Monarchie nach dem Westen verzogen sind, den dringenden Wunsch hegen, in ihre früheren Heimathsorte zurückzukehren, aus Mangel an Mitteln hierzu jedoch nicht im Stande sind? 2. Ist die Staatsregierung bereit, solchen Familien behufs Rückwanderung behilflich zu sein?“

Bei dieser Gelegenheit ist es von verschiedenen konservativen Junkern rückhaltlos wieder ausgesprochen worden, daß ihr Bestreben darauf gerichtet ist, die Freizügigkeit zu beschränken, um dadurch den Landarbeitermangel zu beheben und die östlichen Arbeiter vor dem Einfluß der Sozialdemokratie zu bewahren. Nun hat ihnen zwar Graf Posadowsky im Reichstag gelegentlich der Nothstandsdebatte eine unzweideutige Antwort gegeben. Er hat gesagt: „Ich halte jeden Versuch, die Freizügigkeit mittelbar oder unmittelbar zu beschränken, für vollkommen utopisch. Das ist in unserer Zeit der Eisenbahnen und billigen Verkehrsverhältnisse nicht mehr möglich.“ Doch wissen wir zur Genüge, daß unsere Rechte in solchen Händen nicht gar zu gut aufgehoben sind, das beweist der 12 000 Mark-Handel und die Regierung geht mit den Junkern nicht weniger gern durch Dick und Dünn als mit den Industriellen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle Stralsund wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, vom 1. Februar d. S. an einen lokalen Beitrag von 10 % pro Monat zu erheben.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 71 765 E. Wählfhausen, Tischler, geb. 23. 5. 79 zu Erfurt.
77 410 Wilhelm Schwarz, Tischler, geb. 26. 8. 63 zu Stettin.
30 567 Wilhelm Helmke, Tischler, geb. 8. 5. 58 zu Stendal.
30 766 Friedrich Schwon, Schreiner, geb. 20. 7. 83 zu Saiterbach.

93 206 Wilhelm Stelzenmüller, Stockdrechler, geb. 21. 6. 78 zu Mannheim.

95 761 Anton Reinholz, Tischler, geb. 30. 6. 68 zu Darnstadt.

101 681 Karl Göller, Schreiner, geb. 31. 5. 59 zu Wolfrathhausen.

Stuttgart, den 25. Januar 1902.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

1. Gau. Borort Hannover.

Jahresbericht des Gauvorstandes.

Unsere Thätigkeit im letzten Jahre stand fast durchweg unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges. Zu Anfang des Jahres rüsteten sich einige Orte zum Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen; doch haben einige Orte von vornherein auf die Ausführung ihres Vorhabens verzichtet müssen, während diejenigen Orte, welche in den Kampf zogen, trotzdem mit ihren Erfolgen zufrieden sein dürfen.

In Nienburg gelang es den Kollegen, ohne Kampf eine bedeutende Lohnerrhöhung in verschiedenen Werkstätten durchzusetzen; die zehnstündige Arbeitszeit wurde in allen Betrieben durchgeführt.

In Bodenem war es die Firma Rutsche & Co., wo durch Vermittelung des Gauvorstehers die Differenzen zu unserer Zufriedenheit beigelegt wurden.

In Wafede, Hamel Springs, war es der Inhaber einer Stuhlfabrik, der glaubte, mit uns fertig zu werden; auch hier wurde durch Vermittelung ein annehmbares Resultat erzielt.

In Weine waren unsere Kollegen zum Angriff gerüstet, nach unendlichen Mühen gelang es auch hier durch Vermittelung des Gauvorstandes, mit den haßstarrigen Innungsmeistern ein für uns verhältnismäßig günstiges Abkommen zu treffen.

Der Streik der Drechler in Mar war von vornherein verloren und konnte nur durch Abreise der Kollegen beendet werden.

Der Streik der Gummidrechler in Kassel hat ja recht viel Staub aufgewirbelt und wurde die Aufregung der Kollegen hauptsächlich durch die Ablehnung der Unterstützung durch den Hauptvorstand hervorgerufen; wir hätten gewünscht, der Vorstand wäre in diesem Falle etwas nachgiebiger (bezüglich der Genehmigung des Streiks) gewesen und es wäre beiden Seiten viel Unangenehmes erspart geblieben, obwohl wir nicht verkennen wollen, daß der Vorstand nach dem Statut in seinem Rechte war. Soweit wir übersehen können, hat der Streik für die Zahlstelle Kassel wie auch für die beteiligten Kollegen erhebliche Vortheile im Gefolge gehabt; hoffen wir auch, daß die Spannung, welche sich durch das Eingreifen der verschiedenen Instanzen bei und nach dem Streik zwischen der Zahlstelle und diesen entstanden ist, recht bald überwunden sein wird, um in Zukunft, wie früher, ein geblühendes Zusammenarbeiten für die Organisation weiter zu ermöglichen.

Ein Leidenskind war in diesem Jahre die Zahlstelle Münden. Dort war es wieder die Stuhlfabrik Mahlmühle, wo wir ja fast immer mit Differenzen zu rechnen hatten, wo die Kollegen keine Ruhe haben sollten. Abzüge auf Abzüge wurden angekündigt. Unseren Kollegen, welche gut organisiert waren, gelang es in der ersten Zeit, durch ihre Geschlossenheit diese abzuwehren, bis endlich, durch die schlechter werdende Konjunktur ermuntert, bei Firma auf den vorzunehmenden Abzügen bestand. Der Gauvorsteher war schon früher einmal aus der „gastlichen Stätte“ hinausbesördert und wurden darum die Kollegen Wolfmann und Fieseler aus Hannover zur Vermittelung nach dort geschickt, diese verlief resultatlos. Ein Gesuch der Zahlstelle Münden um Streilgenehmigung wurde abschlägig vom Vorstande beschieden, jedoch auf unser Verlangen der Kollege Leipart zur Untersuchung und möglichen Schlichtung der Angelegenheit in Begleitung des Gauvorstehers nach Münden entsandt. Das Resultat dieser Mission war, daß auch der Kollege Leipart von dem Herrn Förm in nicht mißzuverstehender Weise aus dem Comptoir entfernt wurde. Den Kollegen wurde jedoch dann, wenn sie sich weigerten, zu niedrigeren Sätzen als bis dahin zu arbeiten, vom Vorstande bei Gemäßigter-Unterstützung zugesichert. Wir dürfen sagen, daß unsere Kollegen sich wie Männer gezeigt haben; Jeder, dem die Arbeit zu niedrigeren Preisen angeboten wurde, lehnte dieses ab und wurde darauf von der Firma entlassen; Einer nach dem Anderen verließ die Fabrik, Leute, die 15 bis 16 Jahre dort arbeiteten; Thränen in den Augen, ermahnten die Zurückbleibenden, ja standhaft zu bleiben. Die Firma ist ihre tüchtigen Leute zum größten Theil los geworden, die Aufträge sind ferngeblieben — nur mit wenigen Arbeitern arbeitet sie heute, wie lange noch? —

In den hannoverschen Waggonsfabriken hatten wir die neunstündige Arbeitszeit ohne Schwertstreich im Vorjahre errungen. Bei der schlechter werdenden Konjunktur versuchte sich die Direktion in Lohnabzügen. Es ist hier ein Mann berühmten Angebendens, ein Ingenieur Zimmermann, der auf diesem Gebiete Großes leistet; er war, wenn wir nicht irren, derzeit bei dem Streik der Waggonsfabrik in Wismar betheiligigt und spielte dort eine „berühmte“ Rolle. (Vielleicht veröffentlicht einer der dort betheiligten Kollegen eine Lebensbeschreibung von dem „berühmten“ Manne.)

Er erklärt, oder läßt erklären, daß giebt's für die Arbeit und wer sie nicht dafür machen will, der kann —!

Durch Vermittelung des Gauvorstehers gelang es, verschiedene Male mit der Direktion ein Uebereinkommen zu erzielen; es scheint aber, als wenn jetzt Hopfen und Malz verloren ist und werden wir wohl zum äußersten greifen müssen, um die Rechte unserer Kollegen zu wahren.

Unsere Kollegen in Celle hatten Differenzen mit der Firma Wundbente (Stuhlfabrik), welche sich durch bedeutende Abzüge bei ihren Arbeitern beliebt zu machen vermaßte; durch Vermittelung ist dort eine Einigung erzielt.

Bei der Firma Wallmann-Hannover hatten die Kollegen beschlossen, den 1. Mai zu feiern, worauf Herr Wallmann erklärte, nach dem Beschlusse der Fabrikanten die Leute entlassen zu müssen. Die Einigung zwischen dem Gauvorsteher und Herrn Wallmann ging dahin, daß am 2. Mai Mittags die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

unserer Anhänger, die mit zwingender Gewalt materielle Unterstützung verlangen. Wir erkennen ihr berechtigtes Verlangen an und versprochen auch, diesen Weg mit ihnen zu gehen, ohne uns jedoch zu verpflichten, ihnen unter allen Umständen bis zu seinem verknöcherten Endziel zu folgen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der Verband, wenn er groß und stark werden will, der materiellen Unterstützung seiner Mitglieder nicht entbehren kann, aber auch **nie und nimmer auf den wirtschaftlichen Kampf verzichten kann und nicht verzichten darf.**

Die Fachzeitung erklärt selbst, daß es zwischen zwei Organisationen nie einen Frieden geben kann, „auch dann nicht, wenn Tarifverträge geschlossen wurden“. Die Rüstungen der Unternehmer, die Stärkung ihrer Organisationen und die Disziplinierung ihrer Mitglieder mahnen uns allesamt dringend, uns nicht vollends heimlich zu machen in dem Ebengärtchen Arbeitslosenunterstützung. Die rauhe Wirklichkeit wird uns früher als wir ahnen auf den Kampfplatz führen, und da heißt es: **Kämpfer sein.** Der Abschluß des Berliner Friedens ist ein mahrender Fingerzeig, was der Verband nicht vernachlässigen darf neben der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, nämlich: eine ganz energische, nachhaltige Agitation, die Ansammlung von Mitteln für den Kampffonds, die Schulung und Erziehung der Mitglieder zu überzeugungstreuen Kämpfern für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Pflege des Gemeinsinnes, des Opfermuthes und der Solidarität für die Gesamtinteressen des Holzarbeiterverbandes.

Wird in Zukunft nach dieser Richtung hin nicht mehr gethan als bisher, dann wird das Unternehmertum in der Holzindustrie noch immer übermüthiger werden, und die Folge ist ein immer tiefer und tieferes Duden unter den progigen Unternehmerwillen, und **das wollen wir nicht.** Darum fordern wir die deutschen Kollegen auf, nun endlich einmal aus ihrem Schlummer zu erwachen und um sich zu schauen, wie es um sie her aussieht. Mögen sie die Augen nur recht weit aufreißen und nach Berlin richten, dann werden sie sehen, daß der Berliner Friede die erste Etappe ist auf dem Wege, den wir nicht gehen sollen, in diesem Falle aber gehen **mußten, weil die oben von uns bezeichneten Vorbedingungen fehlten.** Hülfe Jeder dazu beitragen, daß es auf dieser Bahn nicht weiter abwärts geht.

Die Kinderwagenfabrik Firma Krellig & Co. in Düben a. d. Mulde.

In Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre befand sich ein Bericht, welcher über die Verhältnisse in obiger Fabrik bittere Klagen führte. So waren Lohnabzüge gemacht eine Fabrikordnung eingeführt worden, die man die harte Bestimmung enthielt, usw. Auf diese Beschwerden hin richtete die Firma in Nr. 44, daß Lohnabzüge überhaupt nicht stattgefunden und sie immer, wenigstens für Reiseförderung, die höchsten Preise am Plage gezahlt hätte. Ueberstunden seien stets bezahlt worden; in der Kinderwagenfabrik zahlte sie mehr als die Konkurrenz. Wegen der Behauptung der Arbeiter, sie seien bei der Einführung der Fabrikordnung nicht befragt worden, machte die Firma mehrere gegentheilige Einwendungen und sagt dann am Schluß, daß in Bezug auf die nicht richtig gezeichneten Verhältnisse jeder ihrer Arbeiter konstatieren müsse, daß in keiner Hinsicht etwas zu wünschen übrig bliebe. Als Antwort erhielten wir von den Arbeitern der Firma einen Bericht, in welchem nicht nur die gleichen Behauptungen wie in Nr. 42 aufgestellt, sondern auch schwere persönliche Angriffe gegen die Firmeninhaber und den Geschäftsführer Rint unternommen wurden. Wir wandten uns am 6. Dezember 1901 per Karte an die Firma mit dem Ersuchen, sie möge über die Schlichtung der Differenzen unseren Vertretermann, Herrn S. Wilsdorf aus Leipzig, empfangen. Ein sechs Seiten langer Brief ist die Antwort; und was steht Alles in dem Briefe! Die Arbeiter sollen natürlich im Unrecht sein, sie sollen sich ganz unmäßig gegen die Bestimmungen der Fabrikordnung gewehrt haben, auch dagegen, daß deren Chef über die Hälfte der Strafgebühren, weil diese in Nothfällen an verunglückte Arbeiter vertheilt werden sollen, ein Beratungsrecht eingeräumt werde. Bei Beratung der Fabrikordnung haben die Arbeiter zu viele Meinungen gehabt, was der Firma nicht paßte; dann ist auf Wunsch ein Ausschuss gewählt worden, auch dieser paßte der Firma nicht, weil er sich aus den gleichen Personen zusammensetzte, welche die Firma gerade veranlaßte, energische Maßnahmen zu ergreifen und weil die Arbeiterinnen-Vorarbeiter bei der Wahl gewählt hätten. Der Ausschuss war nicht nach der Mühle der Firma und sie zog sich deshalb von den Verhandlungen zurück und übergab die Fabrikordnungsangelegenheiten ihrem Geschäftsführer Rint mit dem Bemerkung: Jedem zu kündigen, der nicht unterjähre. Dies sei in 12 Fällen geschehen. Nachdem ein Kollege Wilsdorf (der letzter Karte an die Firma — Die Red.) bei Herrn Simon (dem Firmeninhaber) gewesen; ihm ist erklärt worden, daß die Kündigungen nicht zurückgenommen würden, da man überhaupt keine Kompromisse auf Reisekosten gemacht, weil man die Löhne billiger von außerhalb bezog; für die in der Kinderwagenfabrik thätig Gewesenen sei Ersatz (Arbeitswillige) gefunden. Es blieb also dabei: Der sich nicht fügt, der fliegt, nur einige unbedeutende Ausnahmen hat Herr Simon dem Gewerkschaftsleiter zugesprochen. Dann tadelt Herr Simon unser

Erachtens mit Recht, daß diejenigen Arbeiter, welchen gekündigt wurde, nicht einmal die Frist ablaufen lassen und schon gleich die Arbeit verlassen, nur um die Arbeitslosenunterstützung erheben zu können. Darüber wollte sich die Firma auch noch in Stuttgart beschweren. Dann lobt Herr Simon seinen Geschäftsführer Rint über das Wohlwollen. Dieser Mann komme den Arbeitern immer höflich entgegen. Seine (Simon's) Fabrik sei im Gegensatz zu den Fabriken seiner Konkurrenz in Zeitz „das reine Paradies“. Herr Simon rühmt dann noch seine freijünnigen Ansichten, auf deren Konto er es schreibt, daß die Arbeiter „gern bei ihm in Arbeit treten“ und auch „ihre reichlichen Auskommen haben“. Damit dürfte Herr Simon Recht haben, wenn er sagt, daß wir uns seinen Ansichten nicht in allen Punkten anschließen würden. Das können wir ganz besonders nicht in Bezug auf die Lobeshymnen, welche Herr Simon auf seinen Geschäftsführer Rint anstimmte. Ein Mann, der es fertig bringt, sich über die Arbeiter, wie im nachfolgenden Briefe an uns, zu äußern und sich selbst über Gebühr beweihräuchert; von dem können wir nicht glauben, daß er es mit den Arbeitern besonders gut meint. Hier ist der von „Arbeiterfreundlichkeit“ strotzende Brief des Herrn Rint:

(Firma.)
Düben a. d. Mulde, den 10. Dezember 1901.
Herrn A. Köste, Redakteur, Hamburg.

Mit Bezug auf Ihre werthe Postkarte und des heutigen Schreibens unseres Herrn Simon erlaube ich mir noch höflich zu bemerken, daß es überhaupt keine Worte giebt, die unverkennbar, aller Vernunft spottenden Handlungsweise der in fraglicher Angelegenheit hauptsächlich zur Geltung kommenden Arbeiter in gehöriger Weise zu geißeln. Denn die Punkte unserer Fabrikordnung resp. die Differenzen, worum es sich handelt, sind so bedeutungslos, daß es nicht der Mühe werth war, Zeit damit zu verschwenden, noch weniger aber seitens unserer Arbeiter ein Recht vorlag, irgendwelchen Widerspruch zu erheben, zumal wir die Rechte unserer Arbeiter nicht im Mindesten schmälern und wir unsere Rechte lange nicht so wahrnehmen, wie uns dieses die gesetzlichen Bestimmungen erlauben. Was nun meine Person bezüglich der Löhne als auch der Behandlung unserer Arbeiter anlangt, verstehe gerade ich, den vernünftigen Arbeiter hoch zu schätzen und thue deshalb zu Gunsten unserer Leute mehr und übe so viele Rücksichten, als ich dem Geschäft gegenüber kaum verantworten kann. Kurz der wirkliche Sachverhalt der momentanen Affaire ist der: daß mehrere trostlose Charaktere Ihres Verbandes, welche sicher auch Ihren Begriffen nach nicht zu den tüchtigsten Leuten Ihrer Organisation gezählt werden können — mehreren unserer Arbeiter die Gedanken so verdreht haben, daß auch diese widerspenstig wurden — und in dieser Weise uns um circa zehn Arbeiter und diese Arbeiter außer Arbeit gebracht haben. Was nun die Rücksicht mit Herrn Wilsdorf angeht, kann ich nur noch ergänzen, daß meinen Begriffen nach es Herrn Wilsdorf seine Pflicht war, die in Frage kommenden Leute gehörig zurecht zu weisen und ihnen plausibel zu machen, daß dieselben unüberlegt und unbedachtig gehandelt haben. Denn gerade diese Leute, welche dieses Mal Urheber der ganzen Komödie bei uns sind, scheinen direkt damit zu rechnen, daß sie im Falle einer oiesbezüglichen Arbeitslosigkeit unterstützt werden und erdreisten sich in dieser Weise manche Ungehörigkeit, zumal Ihren Mitarbeitern gegenüber beweisen dieselben sehr oft — was Geistes Kind sie sind — und vergessen hierbei sehr oft die Grenzen des Anstandes und Rechtes, womit sie nach anderer Richtung hin bei zehn Worten neunmal damit prassen! Ob unsere Arbeiter organisiert sind oder nicht, ist mir einerlei, denn ein jeder Mensch hat das Recht und Anspruch auf Arbeit um zu verdienen, damit er als Mensch leben kann, demnach giebt es meiner Meinung nach keine größere Nichtwürdigkeit und Niedertracht, — als einen Menschen um die Gelegenheit Geld zu verdienen zu bringen, oder bei der jetzigen Arbeitslosigkeit willige Leute von der Arbeit abzulenken, oder gar seinen Mitarbeitern während des Tages Mühe und Last das Leben in ungebührlicher Weise schwer zu machen. Demzufolge ist es von den, in diesem Falle, bei uns in Frage kommenden Leuten eine unerhörte Infamie, durch Ihre Fachzeitung — den Zugug von Arbeitern nach hier zu uns fernzuhalten. Welch eine unverfrorene Gemeinheit dieses ist, von Leuten, die nach jeder Richtung hin im Scheine der Tendenz für das Wohlergehen der Allgemeinheit zu triumphieren sich bemühen, können Sie verhehltester Herr Redakteur jedenfalls noch besser beurtheilen als ich! Ich setze auf dem Standpunkte: — Jedem das Seine — erfülle dementsprechend meine Pflichten, mit dem Vorsatze — ehrlich wahr am längsten — thue deshalb Recht und scheue Niemanden!

Mit vorzüglicher Hochachtung
Rint

Wir meinen auch, Herr Rint, daß Sie, da Sie ja eine recht bewegte Vergangenheit hinter sich haben, vor allen Dingen Recht thun sollten, um sich die Achtung der Arbeiter und ihrer sonstigen Nebenmenschen nicht ganz zu verächtigen. Der Ton Ihres Briefes und die darin beliebten Ausdrücke hängen uns dafür, daß Sie nicht der Mann sind, der es versteht, sich die Achtung und Liebe der Arbeiter zu erwerben. Wo Achtung ist, da ist auch Respekt und diesen beschafft man sich nicht, indem man die Arbeiter zu chikanieren sucht. Warum sind denn früher mehrfache Differenzen zur beiderseitigen Zufriedenheit geschlichtet worden, als Sie noch nicht dort waren, warum ging es früher ohne Fabrikordnung und Strafen, als noch Herr Spieler Theilhaber des Geschäftes war, warum trat dieser Herr aus, als Sie kamen? Haben Sie sich schon einmal erkundigt, wie Herr Spieler und wie die Bevölkerung des kleinen Ortes Düben über Ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber denkt? Wenn nicht, thun Sie das einmal und vielleicht leuchtet Ihnen dann ein, daß es besser ist, wenn Sie den Platz ihrer bisherigen Thätigkeit verlassen. Sie dürfen versichert sein, daß Ihnen Niemand eine Ohrfeige nachweisen wird; ja, wir behaupten, daß, wenn Herr Simon Sachmann wäre und Ihre Leistungen und Ihre Geschäftsführung nach ihrem Werthe beurtheilt werden könnte, Sie längst über alle Berge wären. Goffentlich kommt Herr Simon etwas früher als die Firma Wunsch & Bretsch in Zeitz zur Einsicht, daß mit einem Berufsmann von der Qualität eines Herrn Rint auf keinen Zweig zu kommen ist.

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Wieder sind die Geister bewegt wegen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Viel wird geredet von dieser und von jener Seite. Viel Zeit und Geld wird verwendet dieser Unterstützung halber. Besser, glaube ich, wären diese beiden theuren Artikel verwendet worden zur Agitation in den Kreisen indifferenter Kollegen. Für mich kann es nur eine Frage geben: Ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für unseren Verband notwendig oder nicht? Nicht, daß man fragt: Ist diese Einführung möglich, ohne die Mitglieder gar zu sehr zu belasten? Müßen wir die erste Frage bejahen, dann muß die Unterstützung eingeführt werden, koste es, was es wolle. Ich behaupte allerdings, die Unterstützung ist nicht notwendig, sondern sogar schädlich. Sie belastet unseren Verband mit kollossaler Arbeit und drängt das grundlegende ideale Prinzip vollständig in den Hintergrund. Haben wir den Verband gegründet und ausgebaut, um nur uns zu unterstützen in irgend einem Nothfall oder sind wir darin zusammengelassen, um zu arbeiten, daß unsere Lage verbessert werde? Wäre letzteres der Fall, dann hätten wir uns die Mühe ersparen können, wenn wir einfach zu den Kirch-Dunder'schen gegangen wären. So haben wir diese aber immer verspottet wegen ihrer Unterstützungsbusel. Unsere Lage kann aber nur verbessert werden, indem wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen, welche dann gesetzlich sanktionirt werden sollen, so daß nicht jeder einzelne Unternehmer bei irgend welcher Gelegenheit kommen kann und die Errungenschaften großer Kämpfe mit einem Schlag zu nichte macht. Es wird gesagt, daß man mit der Arbeitslosenunterstützung besser Mitglieder werben und halten könne, indem man was Greifbares bietet. Ist das nicht ein falscher Standpunkt? Man will also das egoistische Interesse wachrufen und Egoisten erziehen. Man will alle möglichen Individuen zusammenschweigen, um mit Zahlen prahlen zu können. Also Großmacht spielen. Dem Unternehmertum will man so Respekt einflößen. Viel besser würde das aber erreicht werden, wenn man einmal gestellte Forderungen strikte durchführte und nicht immer schrittweise zurückging. Lieber die Forderungen nicht so hoch spannen, aber dann auch daran festhalten. Haben einmal Diejenigen, welche wegen der Arbeitslosenunterstützung eingetreten sind, nur einmal festen Fuß gefaßt, dann wird man auch jagen können: „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los“. Bald kommen dann neue Forderungen, wie z. B. Krankenunterstützung, wie ja schon Anträge vorgelegen haben. Jeder Kollege wird aber auch dem Anderen sein Schuhmann sein. Wie es z. B. bei den Tischlern ist; so ist es doch bekannt, daß eine unendliche Anzahl von Kollegen eine Hobeibank zu Hause hat. Nun wird ein Kollege arbeitslos. Er findet nicht gleich Arbeit. Er bekommt Unterstützung, die natürlich nicht ausreicht zum Lebensunterhalt. Ihm wird eine Kleinigkeit geboten, die er zu Hause machen kann. Flugs geht ein Anderer hin und beschwert sich, daß dieser Unterstützung bekommt, wo er doch zu Hause arbeitet, wenn er auch bios ein oder zwei Mark verdient hat. Hier kommt das egoistische Interesse zum Vorschein. Hier wird Streit und Zwietracht unter die Kollegen gesät. Hier zeigt es sich, aus was für Holz die Mitglieder geschnitten sind. Die Fluktuation, die abgeschafft sein sollte, wird hier wieder eingreifen. Nun will man aber ja auch diese Mitglieder idealen Zielen zuführen, denn vorläufig soll ja der Kampfscharakter noch nicht verwischt werden. Egoisten sind aber Idealen sehr schwer zugänglich. Unsere besten Kräfte sind aber mit Arbeit durch diese Unterstützung überlastet. Zweifellos wird sich in vielen Zahlstellen die Anstellung von Beamten notwendig machen. Und dazu nimmt man doch nicht die schlechtesten Kollegen. In puncto Agitation sind diese ziemlich lahm gelegt. Sie haben mit der Verwaltung genug zu thun. Kollegen, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen wollen, zahlen auch gern höhere Beiträge. Für das Ideal, die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fängen des Kapitals hatten sie keinen Pfennig übrig. Aber man darf auch die Beiträge nicht ins Unendliche steigern, so lange noch so eine Ungleichheit in der Summe des Lohnes herrscht. Man soll jedem, auch dem schlechtesten gestellten Kollegen den Beitritt ermöglichen. Arbeiter, die nur 10 bis 12 verdienen, sind nicht im Stande, höhere Beiträge zu zahlen und wir sind nicht befugt, diese Leute, die begriffen haben, was Organisation bedeutet, von uns zu stoßen. Sonst würde man eine Arbeiteraristokratie schaffen, wie sie Amerika schon hat, die sich durch hohe Eintrittsgelder und Beiträge von den schlechter gestellten Arbeitern abschließt. Wir haben seit 1893, der Gründung des Holzarbeiterverbandes, unsere Mitgliederzahl verdreifacht. Heute muß sich jedes Mitglied bei Bezahlung der Beiträge fragen: Warum giebst Du das Geld? Es muß sich also den Zweck der Organisation immer wieder vor Augen führen. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist es dieser Mühe überhoben. Es sagt sich einfach, wenn ich arbeitslos bin, bekomme ich das Geld wieder. Die Freunde der Einführung haben allerdings den Vortheil, daß sie immer wieder mit anderem Material kommen können. Ob die Rednungen auch stimmen, kann Keiner so leicht verfolgen, der nicht das Material in Händen hat, während die prinzipiellen Gegner nur immer dasselbe vorbringen können und daher ihre Agitation zurückbleibt. Sonst könnte die Frage, trotz der Krise, die so manchem Kollegen die Augen trübt, nicht so an Boden gewonnen haben. Man hält sich daran, wie an einen rettenden Strohhalm. Jetzt, vor der Urabstimmung, ist es aber Zeit, wieder herauszutreten und den Kollegen zu zeigen, wo wir noch hingehen können. Wir wollen lieber mit niedrigen Beiträgen in die entferntesten Winkel bringen, um die Kollegen aufzuklären, daß sie sich nicht zu Streikbrechern hergeben, sondern auch in ihren Gegenden für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen bereit sind.
Richard Fustler, Postschappel.

Kollege S. Loder in Weilheim hegt die gleiche Befürchtung wie Kollege Vogler, und glaubt außerdem, daß mit der Arbeitslosenunterstützung der Zugug nach der Großstadt sich steigern werde. Der Arbeitslose zahle keinen Beitrag, beziehe aber Unterstützung und meide vielleicht gar, so weit es sich um Kollegen mit niedrigen Löhnen handle, jede Arbeitsgelegenheit. An den beiden Arbeitslosenzählungen hätte sich sicher eine ganze Reihe Arbeitsloser nicht betheiligt, und deshalb könnten die Berechnungen auch nicht maßgebend sein. Viele Kollegen würden nur

der Unterstützung wegen Mitglied werden, wenn sie aber eine gute Arbeitsstelle bekämen, davon laufen, was man bei Streiks häufig genug wahrnehmen könne. 50 % Beitrag sei zu viel und 35 % zu wenig, da könne es zum Weibhalten der Organisation kommen. Die Verwaltung wurde sehr belästigt, und manche Unregelmäßigkeit dürfe vorkommen; die reglementwidrige Reiseunterstützungsauszahlung sei ein Beweis, daß es nicht immer so genau genommen würde.

Kollege Jos. Vogler aus Flintsbach (Schlesien) glaubt nicht, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit einem Mehrbeitrag von 10 % möglich ist, würde dieser aber höher sein, sei jede Agitation in den kleinen Städten Schleiens unmöglich gemacht. Schon heute halte es schwer, die 25 % aufzubringen. Die sehr niedrigen Löhne reichten nicht einmal zum Nötigsten aus. Er meint, daß man vor allen Dingen der Gewinnung von Mitgliedern sein Hauptaugenmerk zuwenden müsse. Würde ein noch höherer Beitrag als gegenwärtig gefordert, würde eine kleine Zahlstelle nach der anderen eingehen. Aufklärung thue nöthiger als Unterstützung.

Mundman.

Raum sind die Bestimmungen der Gewerbegerichts-Novelle vom 30. Juni 1900, betreffend die Funktionen des Gewerbegerichts als Einigungsamt, in Kraft getreten, und schon machen die Scharfmacher in unerschämtester Weise gegen dieselber mobil. Bekanntlich ist das Gewerbegericht danach berechtigt, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern Einigungsverhandlungen anzubahnen, auch wenn es nur von einer der Parteien angerufen wird, ja es kann sogar, ohne direkt angerufen zu werden, die Streitenden veranlassen, vor sein Forum zu kommen und für den Fall des Nichterscheins Geldstrafen bis zu M 100 androhen. Diese Bestimmungen liegen den Scharfmachern natürlich schwer im Magen und sie suchen die Arbeitgeber nunmehr zu einem förmlichen Widerstand gegen die Staatsgewalt herauszufordern. Ein durch das „Hamburger Echo“ bekannt gegebenes Rundschreiben des Hamburger Scharfmacherverbandes, fordert die Arbeitgeber direkt dazu auf, falls sie auf Grund dieser neuen Bestimmungen des Gesetzes vor dem Einigungsamt erscheinen müssen, der Vorladung zwar Folge zu leisten, nicht aber sich irgendwie auf eine Verhandlung vor dem Einigungsamt einzulassen.

Da zeigt sich das gescheitende Unternehmertum wieder einmal in seiner ganzen Glorie. Nach bevor auch irgend ein Fall dagewesen ist, der dem Verband Anlaß geben könnte, sich beschwert zu fühlen, erklärt er dem Gewerbegericht den Krieg. Das sind die „Herren im Hause“, vom Scheitel bis zur Sohle. „Wer sich nicht fügt, der fliegt“ und „Die Welt will betrogen sein“ — das sind die obersten Leitsätze dieser Scharfmacher. Und dennoch sind die immer noch nicht alle geworden, die von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit schwafeln!

Die Forderung der Schaffung ausreichender und vor allem paritätischer Arbeitsnachweise wird in letzter Zeit gelegentlich der Debatten über die Arbeitslosigkeit zahlreicher als je erhoben. Erst vor einigen Tagen haben einige bürgerliche Sozialpolitiker — an ihrer Spitze die Linkliberalen Noske und Dr. Bachmeide — gelegentlich der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im Reichstag eine Resolution eingebracht, durch die sie die Verlegung eines Gesetzes, betreffend die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen, verlangen. Wenn irgendwo, so hat diese Frage für die Arbeiterschaft Hamburgs große Bedeutung, da gerade hier der Arbeitsnachweis des aus den letzten Hamburger Arbeiterkongressen berückichtigten Arbeitgeberverbandes sich immer mehr zu einem Nachregelungsbureau par excellence herausentwickelt hat. Die Metallarbeiter und Modellstichler Hamburgs können ein Liedchen davon singen, was es heißt, von diesem Bureau, dem alle einflussreichen Firmen angehören, und das Verbindungen über ganz Deutschland aufrecht erhält, in Verzug erklärt zu werden. Um diesem Treiben nun einigermaßen ein Ziel zu setzen, hatte das Hamburger Gewerkschafts-Komitee beim dortigen Senat die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises beantragt. Der Senat hat dieses Gesuch ablehnend beschieden, da nach seiner Ansicht die staatlich unterstützten Arbeitsnachweise für die örtlichen Bedürfnisse vollständig ausreichen und nach Lage der Verhältnisse die paritätischen Arbeitsnachweise nicht als ein geeignetes Mittel erscheinen, um eine bessere, den örtlichen Bedürfnissen mehr entsprechende Ausbeileidung zwischen Bedarf und Angebot von insbesondere gelernter Arbeit herbeizuführen.

Eine andere Antwort war wohl kaum zu erwarten. Denn nachdem die Handelskammer, die offizielle Interessenvertretung der Hamburger Großgewerbetreibenden, sich vor Kurzem ganz entschieden gegen die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise ausgesprochen hatte, war vom Senat, der doch immerhin unter einem gewissen Einfluß der Großkaufleute und Scharfmacher steht, eine andere Stellungnahme kaum vorauszusehen. Für die Scharfmacher giebt es nun einmal keinen idealeren Zustand, als wenn sie Arbeiter, die für ihre Existenz und ihr Recht einzustehen wagen, dauernd dem Hunger überantworten können. Und gegen den Willen dieser Unternehmer wird ebenso wenig der Reichstag etwas unternehmen, wie der Hamburger Senat es wagte, wider ihren Stachel zu löden. Nur starken Arbeiterorganisationen wird es gelingen, den Herren Scharfmachern menschlichere Grundsätze in der Behandlung ihrer Arbeiter beizubringen.

Der herrschende Nothstand, den die große Arbeitslosigkeit über die Arbeitererschaft gebracht hat, hat der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages Veranlassung zu folgender Interpellation gegeben:

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krisis, die sich in Betriebs Einschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeiterentlassungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem dadurch hervorgerufenen Nothstand weiter Volksschichten entgegen zu wirken?“

Diese Anfrage war umso notwendiger, als sich in der letzten Zeit nur zu deutlich gezeigt hat, daß die Kommunen und Landesbehörden kaum den Finger rührten, um hier

helfend einzugreifen. In den meisten dieser Körperschaften wurde den auf Ergreifung von Nothstandsmaßnahmen gerichteten Anträgen der Arbeiter die kategorische Erklärung entgegengekehrt: „Ein Nothstand existirt nicht“; und wo man doch Mittel zu Nothstandsarbeiten bewilligte, da geschah es in allen Fällen nur in unzureichendem Maße.

Die Interpellation, die von unserem alten Verbandsmitglied, dem Kollegen Zubeil, begründet wurde, kam am Freitag voriger Woche zur Berathung. Zubeil geißelte in seiner groß angelegten Rede scharf und trefflich die offizielle Vertuschungs- und Beschönigungsmannier der Behörden und herrschenden Klassen, die trotz der großen Arbeitslosigkeit einen Nothstand nicht kennen, die den Nothstand leugnen, nur um der Pflicht weitgehenderer Hilfe überhoben zu sein. Redner gab demgegenüber an der Hand unwiderleglicher Zeugnisse ein den Thatfachen entsprechendes Bild des Nothstandes und stellte den ganz unzureichenden Versuchen einzelner Kommunen, die Arbeitslosen ihres Bezirkes zu beschäftigen, ein umfassendes und gründlich durchdachtes Programm entgegen, dessen Durchführung vom Reich, Bundesstaaten und Kommunen gemeinsam zu bewirken und sofort in Angriff zu nehmen ist. Dann entwarf er über die momentansten Bedürfnisse hinaus ein Bild sozialpolitischer Forderungen, wie sie die Sozialdemokratie vertritt: Schaffung eines Arbeitsministeriums, eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeiterkammern, fortlaufende Arbeitslosenstatistik, Einführung des Maximalarbeitstages, Verbot der gewerblichen Arbeit von Kindern unter 14 Jahren — kurz, unser Kollege forderte den consequenten Ausbau der Arbeiterschutzesgesetzgebung.

Die Antwort auf die Interpellation gab als Vertreter der Reichsregierung der Staatssekretär Graf Posadowsky. Er stützte sich darin auf Berichte, die ihm aus den einzelnen Bundesstaaten zugegangen waren, und in denen in der Hauptsache das Vorhandensein eines größeren Nothstandes bestritten wird. Es charakterisirt diese Berichte zur Genüge, daß als ein Beweis dieser Behauptung u. A. angeführt wird, die Tauglichkeitsarbeiten und Vergnügungen seien in letzter Zeit im Allgemeinen nicht seltener geworden, die öffentlichen Lokale seien stark besucht. Was der Staatssekretär an augenblicklichen Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Aussicht stellte, war für die Arbeiter nicht sonderlich ermutigend. Die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises will er nach Möglichkeit fördern, für eine staatliche Arbeitslosenversicherung hat er wenig Sympathie, er überläßt Alles den Kommunen und Gewerkschaften. Mehr oder weniger im gleichen Rahmen bewegten sich die Ausführungen der folgenden bürgerlichen Redner. Mit ihnen rechnete Genosse Hoch am dritten Berathungstage gründlich ab.

Die Berathungen, die am dritten Tage vertagt wurden, haben wiederum nur bewiesen, daß wir in der Bekämpfung des Nothstandes wohl fast ausschließlich auf die eigene Hilfe angewiesen sind; vom Staat und von den Kommunen, die, um der durchgreifenden Abhilfe überhoben zu sein, einfach den Nothstand leugnen, ist eine Besserung kaum zu erwarten. Hier bewahrheitet sich für die Arbeiter das Sprüchwort: „Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott!“ Sehen wir das in die That um, indem wir unsere Gewerkschaften stärken und ausbauen, um die Selbsthilfe nachhaltiger zu gestalten.

Einer Beschränkung der Freizügigkeit reden die Junker fortgesetzt das Wort. Keine Gelegenheit lassen sie vorübergehen, um diesen Wunsch ihres Herzens zu enthüllen. Im preussischen Herrenhause, dem aus „erlauchtem, edlen und geehrten Herren“ zusammengesetzten Erbrechtsparlament, wo sich die unerschämtesten Wünsche des Junkertums am unerbülltesten hervortreiben, stand kürzlich erst eine Interpellation der Konservativen auf der Tagesordnung, die sich, wie erst aus der Debatte hervorging, gegen die Arbeiter richtete und folgenden Wortlaut hatte:

„1. Ist es der königl. Staatsregierung bekannt, daß ein nicht unerheblicher Theil der Arbeiterfamilien, die im letzten Decennium aus den östlichen Provinzen der Monarchie nach dem Westen verzogen sind, den dringenden Wunsch hegen, in ihre früheren Heimathsorte zurückzukehren, aus Mangel an Mitteln hierzu jedoch nicht im Stande sind? 2. Ist die Staatsregierung bereit, solchen Familien behufs Rückwanderung behülflich zu sein?“

Bei dieser Gelegenheit ist es von verschiedenen konservativen Junkern rückhaltlos wieder ausgesprochen worden, daß ihr Bestreben darauf gerichtet ist, die Freizügigkeit zu beschränken, um dadurch den Landarbeitermangel zu beheben und die ostelbischen Arbeiter vor dem Einfluß der Sozialdemokratie zu bewahren. Nun hat ihnen zwar Graf Posadowsky im Reichstag gelegentlich der Nothstandsdebatte eine unzweideutige Antwort gegeben. Er hat gesagt: „Ich halte jeden Versuch, die Freizügigkeit mittelbar oder unmittelbar zu beschränken, für vollkommen utopisch. Das ist in unserer Zeit der Eisenbahnen und billigen Verkehrsverhältnisse nicht mehr möglich.“ Doch wissen wir zur Genüge, daß unsere Rechte in solchen Händen nicht gar zu gut aufgehoben sind, das beweist der 12 000 Mark-Handel und die Regierung geht mit den Junkern nicht weniger gern durch Dick und Dünn als mit den Industriellen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zahlstelle Straßund wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, vom 1. Februar d. J. an einen lokalen Beitrag von 10 % pro Monat zu erheben.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 71 765 E. Mühlhausen, Tischler, geb. 23. 5. 79 zu Erfurt.
- 77 410 Wilhelm Schwarz, Tischler, geb. 26. 8. 63 zu Stettin.
- 80 567 Wilhelm Helme, Tischler, geb. 8. 5. 58 zu Stendal.
- 80 758 Friedrich Schwan, Schreiner, geb. 20. 7. 83 zu Saiterbach.

93 206 Wilhelm Stelzenmüller, Stockbrechler, geb. 21. 6. 78 zu Mannheim.

95 761 Anton Reinholz, Tischler, geb. 30. 6. 68 zu Darnstadt.

101 681 Karl Göller, Schreiner, geb. 31. 5. 59 zu Wolzstahausen.

Stuttgart, den 25. Januar 1902.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

14. Gau. Vorort Hannover.

Jahresbericht des Gauvorstandes.

Unsere Thätigkeit im letzten Jahre stand fast durchweg unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges. Zu Anfang des Jahres rüsteten sich einige Orte zum Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen; doch haben einige Orte von vornherein auf die Ausführung ihres Vorhabens verzichten müssen, während diejenigen Orte, welche in den Kampf zogen, trotzdem mit ihren Erfolgen zufrieden sein dürfen.

In Wienburg gelang es den Kollegen, ohne Kampf eine bedeutende Lohnerhöhung in verschiedenen Werkstätten durchzusetzen; die zehnjährige Arbeitszeit wurde in allen Betrieben durchgeführt.

In Bockem war es die Firma Rutsche & Co., wo durch Vermittelung des Gauvorstehers die Differenzen zu unserer Zufriedenheit beigelegt wurden.

In Bockede, Hamelsspringe, war es der Inhaber einer Stuhlfabrik, der glaubte, mit uns fertig zu werden; auch hier wurde durch Vermittelung ein annehmbares Resultat erzielt.

In Peine waren unsere Kollegen zum Angriff gerüstet, nach unendlichen Mühen gelang es auch hier durch Vermittelung des Gauvorstandes, mit den halsstarrigen Innungsmeistern ein für uns verhältnismäßig günstiges Abkommen zu treffen.

Der Streit der Drechsler in Hlar war von vornherein verloren und konnte nur durch Abreise der Kollegen beendet werden.

Der Streit der Gummidrechsler in Kassel hat ja recht viel Staub aufgewirbelt und wurde die Aufregung der Kollegen hauptsächlich durch die Ablehnung der Unterstützung durch den Hauptvorstand hervorgerufen; wir hätten gewünscht, der Vorstand wäre in diesem Falle etwas nachgiebiger (bezüglich der Genehmigung des Streiks) gewesen und es wäre beiden Seiten viel Unangenehmes erspart geblieben, obwohl wir nicht verkennen wollen, daß der Vorstand nach dem Statut in seinem Rechte war. Soweit wir übersehen können, hat der Streit für die Zahlstelle Kassel wie auch für die be-theiligten Kollegen erhebliche Vortheile im Gefolge gehabt; hoffen wir auch, daß die Spannung, welche sich durch das Eingreifen der verschiedenen Instanzen bei und nach dem Streit zwischen der Zahlstelle und diesen entstanden ist, recht bald überwunden sein wird, um in Zukunft, wie früher, ein gedeihliches Zusammenarbeiten für die Organisation weiter zu ermöglichen.

Ein Leidenskind war in diesem Jahre die Zahlstelle Münden. Dort war es wieder die Stuhlfabrik Rahlmühle, wo wir ja fast immer mit Differenzen zu rechnen hatten, wo die Kollegen keine Ruhe haben sollten. Abzüge auf Abzüge wurden angekündigt. Unseren Kollegen, welche gut organisiert waren, gelang es in der ersten Zeit, durch ihre Geschlossenheit diese abzuwehren, bis endlich, durch die schlechter werdende Konjunktur ermutigt, die Firma auf den vorzunehmenden Abzügen bestand. Der Gauvorsteher war schon früher einmal aus der „gastlichen Stätte“ hinausbefördert und wurden darum die Kollegen Woltmann und Diefeler aus Hannover zur Vermittelung nach dort geschickt, diese verlief resultatlos. Ein Gesuch der Zahlstelle Münden um Streitzulassung wurde abschlägig vom Vorstande beschieden, jedoch auf unser Verlangen der Kollege Leipart zur Unternehmung und möglichen Schlichtung der Angelegenheit in Begleitung des Gauvorstehers nach Münden entsandt. Das Resultat dieser Mission war, daß auch der Kollege Leipart von dem Herrn Jörn in nicht mißzuverachtender Weise aus dem Comptoir entfernt wurde. Den Kollegen wurde jedoch dann, wenn sie sich weigerten, zu niedrigeren Sätzen als bis dahin zu arbeiten, vom Vorstande bei Gemäßregelten-Unterstützung zugesichert. Wir dürfen sagen, daß unsere Kollegen sich wie Männer gezeigt haben; Jeder, dem die Arbeit zu niedrigeren Preisen angeboten wurde, lehnte dieses ab und wurde darauf von der Firma entlassen; Einer nach dem Anderen verließ die Fabrik, Leute, die 15 bis 16 Jahre dort arbeiteten; Thränen in den Augen, ermahnten die Zurückbleibenden, ja standhaft zu bleiben. Die Firma ist ihre tüchtigen Leute zum größten Theil los geworden, die Aufträge sind ferngeblieben — nur mit wenigen Arbeitern arbeitet sie heute, wie lange noch? —

In den hannoverschen Waggonfabriken hatten wir die neunjährige Arbeitszeit ohne Schwertstrich im Vorjahre erstrungen. Bei der schlechter werdenden Konjunktur versuchte sich die Direktion in Lohnabzügen. Es ist hier ein Mann berühmten Angebotes, ein Ingenieur Zimmermann, der auf diesem Gebiete Großes leistet; er war, wenn wir nicht irren, dergest bei dem Streit der Waggonfabrik in Wismar theilhaftig und spielte dort eine „berühmte“ Rolle. (Vielleicht veröffentlicht einer der dort theilhaftigen Kollegen eine Lebensbeschreibung von dem „berühmten“ Manne.)

Er erklärt, oder läßt erklären, das giebt's für die Arbeit und wer sie nicht dafür machen will, der kann —

Durch Vermittelung des Gauvorstehers gelang es, verschiedene Male mit der Direktion ein Uebereinkommen zu erzielen; es scheint aber, als wenn jetzt Hopfen und Malz verloren ist und werden wir wohl zum Neuzerster greifen müssen, um die Rechte unserer Kollegen zu wahren.

Unsere Kollegen in Celle hatten Differenzen mit der Firma Mündhenke (Stuhlfabrik), welche sich durch bedeutende Abzüge bei ihren Arbeitern beliebt zu machen versuchte; durch Vermittelung ist dort eine Einigung erzielt.

Bei der Firma Wallmann-Hannover hatten die Kollegen beschloffen, den 1. Mai zu feiern, worauf Herr Wallmann erklärte, nach dem Beschlusse der Fabrikanten die Leute entlassen zu müssen. Die Einigung zwischen dem Gauvorsteher und Herrn Wallmann ging dahin, daß am 2. Mai Mittags die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die angekündigte Lohnreduktion bei Mahlsieb & Dhes in List wurde nach Vorstelligwerden des Vertreters des Hauptvorstandes zurückgenommen.

Bei Henke & Junke (Wagenfabrik), Hannover-Wahrenwald, mußte wegen Differenzen der Gauborsteher vorstellig werden; die Sache wurde zu Gunsten unserer Kollegen beigelegt. Infolge ausgebrochener Differenzen bei der Firma Noack & Co. in Hannover wurde der Gauborsteher beauftragt, wenn möglich, dieselben beigelegen; Herr Noack war jedoch bei diesem Versuch so liebenswürdig, seinen Hund von der Kette loszumachen, was für unseren Kollegen das Signal zum Mäzang bedeutete, um mit heißen Weinen davon zu kommen. Unseren Kollegen konnte erst, soweit möglich, durch Pfändung ihr Recht werden.

Rassenrevisionen wurden vorgenommen in Bredenbeck, Lauenförde, Hameln, Burgdorf, im Ganzen 7 im Berichtsjahre.

Agitationsversammlungen fanden statt im ersten Halbjahr 33, und zwar in Hannover Fischler (1), Stellmacher (3), Lauenförde, Alfels, Nienburg (2), Peine (3), Hamel-springe (3), Bodenem (2), Burgdorf (2), Münden (3), Celle (2), Hildesheim (2), Lehrte und Einbeck, Hainholz (2), Fischerhof (4). In sonstigen Angelegenheiten mußten Peine, Bodenem, Uslar, Kassel, Münden, Burgdorf, Northeim und Hamel-springe besucht werden.

Für das erste Halbjahr stellt sich der Rassenbericht wie folgt:

Table with 2 columns: Item, Amount. Einnahme: Rassenbestand von 1900, Aus der Hauptkasse, Von den Zahlstellen.

Table with 2 columns: Item, Amount. Ausgabe: Diäten und Fahrgehalte an Referenten, Für sonstige Reisen, Drucksachen und Inserate, Porto und Schreibmaterial, Persönliche Verwaltungskosten, Diäten Gantag Hildesheim, Bureau-Einrichtung.

Table with 2 columns: Item, Amount. Bilanz: Einnahme, Ausgabe, Rassenbestand.

Freiwillige Beiträge zahlten: Hannover M. 899,70, Celle 20,10, Peine 15,-, Münden 20,-, Göttingen 10,80, Nienburg 6,-, Alfels 4,20, Springe 1,30, Lehrte 3,80, Burgdorf 3,-, Hannover (weibl.) 27,19.

Richtigkeit bezeugt

Hannover, 6. August 1901.

Für den Gauborstand: G. Becker, Hob. Scholz.

Die Revisoren:

Fr. Fieseler, Louis Müller, Jos. Hagemann.

Der Rassenbericht für das zweite Halbjahr lautet folgendermaßen:

Table with 2 columns: Item, Amount. Einnahme: Rassenbestand vom ersten Halbjahr, Beiträge der Zahlstellen.

Table with 2 columns: Item, Amount. Ausgabe: Diäten und Fahrgehalte an Referenten, für sonst. Reisen, Drucksachen und Inserate, Porto und Schreibmaterial, Persönliche Verwaltungskosten.

Table with 2 columns: Item, Amount. Bilanz: Einnahme, Ausgabe, Rassenbestand.

Freiwillige Beiträge leisteten: Göttingen M. 10,-, Münden 10,-, Peine 7,50, Lehrte 3,80, Hameln 5,20, Celle 10,80, Hannover (3. Quartal) 177,10.

Richtigkeit bezeugt

Hannover, 21. Januar 1902.

Für den Gauborstand: G. Becker, Hob. Scholz.

Die Revisoren:

Louis Müller, Fr. Fieseler, Jos. Hagemann.

Im zweiten Halbjahr fanden Agitationsversammlungen 24 statt, und zwar in Hannover (4), je eine in Einbeck, Kassel Göttingen, Holzminde, Hameln, Hildesheim, Peine, in Burgdorf (2), Kassel und Burgdorf mußten wegen sonstiger Angelegenheiten besucht werden.

Die Korrespondenz bezifferte sich im Berichtsjahre auf 311 Briefe und Karten im Ausgang. Eingänge wurden 220 konstatirt.

Die Mitgliederzahl ist am Jahreschlusse etwas zurückgegangen, doch glauben wir durch intensive Agitation im Frühling diesen Verlust zu ersetzen. In den Versammlungen ist die Tour des Kollegen Leopold-Beiz einbezogen. Durch Einrichtung unseres Bureaus ist es möglich gewesen, den Kollegen bei gerichtlichen und sonstigen Streitigkeiten mehr zur Seite zu stehen wie vordem, wurden doch nicht weniger dem 21 Klagen- und Mahnschreiben ausgesetzt. Vor allen Dingen möchten wir die übrigen Gauborstände darauf hinweisen, daß in acht Fällen, wo die Kollegen von Arbeitgebern noch Beiträge zu fordern hatten und entlassen waren, wir uns von diesen Vollmacht zum Einziehen des Geldes geben ließen. Es bedarf nur der „freundlichen“ Mitteilung an die Arbeitgeber, daß uns Vollmacht gegeben sei, wir aber in ihrem Interesse sie nochmals darauf aufmerksam machen, um ihnen Kosten zu ersparen, daß uns das Geld in wenigen Tagen behändigt wurde. Wir haben versagt, soweit

*) Der Beitrag von Hannover für das 4. Quartal fehlt 225 Mk.

es uns möglich — und hier sprechen verschiedene Umstände mit —, unseren Kollegen mit Rath und That zur Seite zu stehen, bitten aber die Kollegen, in der nächsten Zeit, wo eine recht rege Agitation entartet werden soll, an allen Orten recht kräftig mitzuarbeiten, damit der Rückgang, den uns das alte Jahr brachte, mindestens ausgeglichen wird. In diesem Sinne schließen wir unseren Bericht.

Der Gauborstand. J. A.: G. Becker.

18. Gau. Vorort Bielefeld.

In der Mitgliederversammlung am 25. Januar wurden folgende Kollegen in den Gauborstand gewählt: H. Feller, Gauborsteher, R. Schneider, Stellvertreter, H. Scheel, Kassirer, Gergströber, Schriftführer, Klage, Weisiger. Alle Korrespondenzen sind zu senden an H. Feller, Bielefeld, Mittelstr. 31; alle Gelder an H. Scheel, Bielefeld, Nordstraße 34.

Der Gauborstand. J. A.: H. Feller, Gauborsteher.

21. Gau. Vorort Nürnberg.

In der am 18. Januar stattgefundenen Versammlung der Zahlstelle Nürnberg wurden die Kollegen Stein, Eisinger, Falkner, Ritzmann und Sauer gewählt. Korrespondenzen sind wie bisher an E. Stein, Maxthorgraben 3, zu richten.

Der Gauborstand hat in der Sitzung am 21. Januar beschlossen, den Gantag am 9. März in Bayreuth abzuhalten. Wenn wir diesmal von dem Beschluß des Bamberger Gantages abgekommen sind, den Gantag alle zwei Jahre abzuhalten, so haben uns verschiedene Gründe dazu gezwungen. Erstens ist es viel richtiger, den Gantag immer vor dem Verbandstag tagen zu lassen, um zu den einschneidenden Fragen Stellung nehmen zu können. Die Vertretung der Zahlstellen auf dem Verbandstag kann nicht derartig sein, daß Allen Rechnung getragen wird. Zweitens ist die Frage der Arbeitslosenunterstützung so aktuell, daß noch vor der Urabstimmung die Meinung der Kollegen in den Zahlstellen zu hören, geboten erscheint. Auf dem Gantage ist es möglich, daß jede Zahlstelle durch einen Delegirten vertreten ist und so zum Besten der Organisation gewirkt werden kann.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Vorstands- und Rassenbericht. 2. Bericht der Delegirten. 3. Arbeitslosenunterstützung. Referent: Kollege Dorn. 4. Verschiedenes.

Wir eruchen deshalb die Zahlstellenverwaltungen, die Wahl der Delegirten vorzunehmen und uns die Namen der Kollegen mitzutheilen.

Der Gantag findet laut Beschluß des Bamberger Gantages in Bayreuth in den Centralhöfen statt, und wird am 9. März, Vormittags Punkt 11 Uhr, eröffnet. Es ist somit den Delegirten, die über Nürnberg fahren müssen, Gelegenheit gegeben, noch rechtzeitig einzutreffen.

Nähere Mittheilungen gehen den Bevollmächtigten der Zahlstellen durch Zirkular zu.

Der Gauborstand. J. A.: D. Stein.

22. Gau. Vorort München.

In der Generalversammlung der Zahlstelle München am 4. Januar wurden die Kollegen Ant. Ebert, Karl Deininger, Joh. Kojner, Paul Göb, Joh. Rimmerfull, Ed. Eril und Ant. Rath in den Gauborstand gewählt und in der konstituierenden Sitzung die Kollegen Ant. Rath als Gauborsteher und Karl Deininger zum Kassirer gewählt.

Kollegen! 1888 Mitglieder wurden im vergangenen Jahre in unserem Gau neu aufgenommen, durch rege Agitation muß darnach getrachtet werden, die Kollegen dem Verbands zu erhalten und dieselben von der Nothwendigkeit des festen Anschlusses an diesen zu überzeugen. Wenn wir stets gerüstet sein sollen, bedarf es der unablässigen Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen. Wir erwarten daher, daß uns diese wie die Zahlstellenverwaltungen in unserer Agitationsarbeit auf das Thätigste unterstützen. Korrespondenzen sind zu richten an: Ant. Rath, Humboldtstr. 40, I. Et. Geldsendungen an: Karl Deininger, Schreiner, Zieblandstr. 17, 3. Et.

J. A.: A. Rath.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Bromberg. Sonderbare Leute, die Innungsstrauer hier am Orte. Das Handwerk wollen sie damit haben, daß sie zu den Inhabern der Baugeschäfte und zur Direktion der Norddeutschen Holzindustrie Hohenholm gingen, gegen deren Gesellen hetzen und darum eruchten, die Löhne mit denen, die die Innungsstrauer zahlen, gleich zu stellen. Diese Löhne sind natürlich bedeutend niedriger. Sie haben ihren Zweck erreicht. Den Gesellen jammerten sie aber vor, daß die Baugeschäfte niedrigere Löhne zahlen, als die Tischlermeister und daher sei der Konkurrenzfähigkeit halber eine Preisreduktion nothwendig. Die Innungsmeister haben damit für ihre Konkurrenzfähigkeit gar nichts erreicht, im Gegentheil sind sie jetzt gezwungen, die Bauarbeiten noch billiger anzunehmen als die Baugeschäfte, und ihr Verdienst ist dann gleich Null, was weiter dazu führt, daß das Kleinmeisterthum noch etwas früher als unter dem vorher bestandenem Verhältnis zu Grabe getragen wird. Die Tischlergesellen mögen sich die That der Innungsstrauer Brombergs recht tief in ihr Gedächtniß schreiben. Mögen sie sich ze-loben, den Herzen zu gegebener Zeit mit Zins und Zinseszins heimzuzahlen. Vor der Hand ist die richtige Antwort die, daß alle Kollegen sich der Organisation anschließen und sich zu diesem Kampfe stellen, festigen und vorbereiten. Einer einzigen, festgefügteten Kollegenschaft gegenüber giebt es keinen Widerstand und nicht nur die mit List gemauerten Löhne, sondern noch etwas mehr soll man uns drauflegen. Also an die Arbeit, Kollegen Brombergs.

Celle. In der heutigen Mitgliederversammlung, welche am 25. v. Mts. stattgefunden hat und in welcher die Wahl eines Delegirten zum Verbandstag auf der Tagesordnung stand, wurde von den Kollegen die Zusammenfassung der Zahlstelle zum Verbandstag scharf getadelt. Da bei einer derartigen Zusammenfassung der kleineren Zahlstellen die Möglichkeit

genommen wird, auch nur annähernd daran zu denken, einen Delegirten durchzubringen. Wir sind nun der Meinung, daß selbe Recht als Mitglieder zu haben, wie die Kollegen der Großstädte. Wenn der Hauptvorstand auch der Meinung ist, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zum Besten des Verbandes dienen könne, findet die hiesige Zahlstelle es für niederträchtig, die Kollegen der kleineren Zahlstellen durch derartige Machinationen gänzlich mundtot zu machen. Von den Vertretern der Arbeiter wird in politischen Zeitungen darüber geschimpft, daß die Regierung bemüht ist, durch eine ähnliche Festsetzung des Wahlrechts die Vertreter des Reichs- und Landtages dadurch fernzuhalten. Wir müssen es hier wahrnehmen, daß Angestellte der Gewerkschaftsorganisation durch die Zusammenstellung der Wahlabtheilungen die Meinung der kleineren Zahlstellen zu unterdrücken suchen. Sehen wir z. B. verschiedene Wahlabtheilungen an, wie die 16., 27. und 35., so ist Jedem klar, daß nur Vertreter der größeren Zahlstellen, welche selbstverständlich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sind, ihre Kandidaten durchbringen zugetheilt sind, vollständig rechtlos gemacht werden. Was für uns hauptsächlich in Betracht kommt, ist die 32. Abtheilung, da hierin Braunschweig allein über die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigt; somit ist den übrigen 7 Zahlstellen genommen, einen Kandidaten aus ihrem Kreise durchzubringen. Nachdem nun die Eintheilungen der verschiedenen Wahlabtheilungen noch eingehend scharf kritisiert waren, wurde eine Resolution angenommen, durch welche sämtliche kleineren Zahlstellen ersucht werden, auch ihrerseits gegen die Niederträchtigkeit*) und Unterdrückung durch Anschließung an unseren Protest mitzuwirken. Da nun die Arbeitslosenunterstützung in der „Holzarbeiter-Zeitung“, das Für und Gegen von unseren Verbandskollegen genügend erörtert worden ist, wollen wir von einer weiteren Klarlegung Abstand nehmen. Aber das werden sämtliche Kollegen der kleineren Zahlstellen eingesehen haben, daß die Arbeitslosenunterstützung für uns mehr rückwärts als vorwärts wirken würde, deshalb eruchen wir Euch, bei der Urabstimmung gegen dieselbe zu stimmen. Also nochmals, Kollegen, schließt Euch diesem unseren Protest an.

Gr.-Osterleben. Hier ist seit Kurzem ein Möbel-fabrikant Namens Julius Horn seßhaft geworden, der aber noch in Magdeburg der Zinnung angehört und auch noch ein Möbelgeschäft in Liquidation besitzt. Bei demselben sind hier mit seinen Arbeitern Differenzen ausgebrochen. Eine Versammlung im Französischen Lokale wird sich am 8. Februar, Abends 8 Uhr, mit der Angelegenheit beschäftigen. Es wird daher um zahlreichem Besuch gebeten.

Gr.-Schöna. Hier wurde nach einer gut besuchten Versammlung, der alle Berufe beimohnten, und in der Kollege Hanke und Frau Kähler, Weibe aus Dresden, referirten, eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet und ein Vertrauensmann gewählt. Diefem steht noch eine große Arbeit bevor, da viele Kollegen noch nicht den Werth einer Organisation zu begreifen vermögen, dafür aber mit Leib und Seele den Klimbimbvereinen verschrieben sind. Hoffen wir aber das Beste.

München. Ein Arbeiter klagte gegen die Firma Fürtner & Ehrlich auf die Herausgabe seiner Papiere, als da sind: Militärpaß, Invalidentarte, Zeugnisse usw. Kläger war durch den Verwalter Rath vom Deutschen Holzarbeiterverband vertreten. Die Firma hat, wie dies einmal bei unseren Unternehmern Sitte geworden, den Kläger von Böhmen nach hier gelockt und ihm zur Ueberriedelung einen größeren Vorschuß gegeben, der in wöchentlichen Raten von M. 3 gefligt werden sollte. Der Arbeiter fand jedoch nicht, was ihm versprochen, und er löste das Arbeitsverhältnis, weil er inzwischen bei einem anderen Unternehmer lohnendere Arbeit fand. Mit seinem Vorschuß stand er jedoch bei der Firma noch mit M. 120 in der Kreibe; daher hatte die Firma Fürtner & Ehrlich die Papiere des Klägers zurückbehalten. Mit Recht stellte sich der Vertreter Rath auf den Standpunkt, daß hier eine rein zivilrechtliche Forderung (die bezutreiben ja der Firma zu jeder Stunde freistehe) vorliege und daß die Zurückbehaltung der Papiere unangesehlich sei. (§ 112 Abs. 2 der G.-O., § 108 Abs. 2 des Jn.- und Altersversicherungsgesetzes). Demgegenüber vertrat der Vorsitzende Sartorius die Anschauung, daß Beklagte von dem § 275 des B.-G.-B. Gebrauch gemacht hat, empfahl aber doch der beklagten Firma, die Papiere auszuhandigen, da ihr mit diesen doch nicht gedient sei und die Firma eher Aussicht auf Vereingung der Schuld durch den Kläger habe, wenn der Kläger durch Vorenthaltung der Papiere nicht gehindert werde, anderweitig Arbeit anzunehmen. Diefem Rath war der Vertreter der Firma zugänglich, er händigte die Papiere auch aus, konnte aber nicht umhin, seinem Zorn dadurch Luft zu machen, daß er den Kläger als „Lump“ titulirte, was ihm sowohl durch den Vorsitzenden als den Vertreter Rath eine gebührende Zurechtweisung eintrug. Nun verlangte der angehende Scharfmacher vom Gewerbegericht nicht mehr und nicht

*) Dieser Ausdruck, welcher gegen den Vorstand angewandt wird, ist durchaus deplazirt und entschieden zu mißbilligen. Nichts hat dem Vorstand ferner gelegen, als in „niederträchtiger“ Weise die Kollegen ihres Rechts zu berauben und sie mundtot zu machen. Wir nehmen an, daß nur allzu große Spar-samkeitsrücksichten bei der Zusammenstellung eine Rolle gespielt haben; man hat die Kosten eines oder zweier Delegirten sparen wollen, das ist Alles. Wir billigen die Zusammenstellung auch nicht; sie gefällt uns weniger dem jemals. Man hätte die Eintheilung durchweg nach den bestehenden Gaue vornehmen sollen, schon deshalb, weil die Kollegen oder doch die Verwaltungen sich einander kennen, auf den Gantagen des Oesteren ihre Meinungen austauschten und man sich schon auf den Gantagen über die Vertheilung der Delegirten einig werden könnte. Diese Wahlkreis-eintheilung muß dauernd sein und nicht alle zwei Jahre umgetrempelt werden; auch dann nicht, wenn die Zahl der Mitglieder in dem einen oder anderen Gau sich etwas verringert oder vermehrt. Was kommt es denn darauf an, ob der eine Gau schon mit 1200 Mitgliedern zwei, oder andere erst mit 1700 oder 1000 Mitgliedern zwei Delegirte wählen. Das Verbandsbureau ist doch keine Apotheke, in der nach Gramm und Quantität abgemessen werden muß. Wir halten es für zweckmäßig, daß der Verbandstag die Eintheilung der Wahlbezirke beschließt, um den fortwährenden Klagen ein Ende zu machen und um den Vorstand für die Folge gegen unpassende Vorwürfe und Verdächtigungen zu schützen. Die Redaktion.

weniger, als ihm die Ermächtigung zu erteilen, sämtliche Korffabrikanten vor dem Klä-ger zu warnen. Darauf erwiderte der Vertreter Raith, daß abgesehen davon, daß das Gewerbegericht nicht befugt sei zu einer derartigen Ermächtigung, der Deutsche Holzarbeiterverband mit der Sperre über das Geschäft der beklagten Firma antworten mußte. Raith gab der Firma den guten Rath, für geordnete Verhältnisse in ihrem Betriebe zu sorgen, damit es auch hiesigen Arbeitern möglich sei, bei der Firma Beschäftigung anzunehmen. Das wäre das beste Mittel, sich vor Schaden und Scheerereien ähnlicher Art zu bewahren. Wiederholt warnten wir die Kollegen der Korffabrikantenbranche vor der Firma, indem in diesem Betriebe eine dra-sonische Fabrikordnung herrscht, ebenso die Bezahlung eine für die Großstadt elende ist. Wir erjuchen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse, sich vorher bei der Zahlstelle Mün-chen zu erkundigen, da Unterstellungen hierdurch in Noth ge-rathener Kollegen abgelehnt werden müßten seitens der Zahlstellenverwaltung.

Naumburg. Zur Aufklärung der Kam-merarbeiter bei Gerson in Berlin. Als das Schreiben von Berlin hier ankam, war Kentsch schon abgereist. Wir hofften, daß den Berliner Kollegen es möglich sein würde, ihn abzufangen und ihn aus der Schlinge zu befreien, in die er gerathen war. Die Berliner Kollegen hatten eben veräumt, rechtzeitig von ihrem Streik Kenntniß zu geben. Die proklamerische Rede von Kentsch, er werde Ersatz für seine Person schicken, ist eitle Drohung, denn kein Naumburger Kammacher wird sich von Kentsch schiden lassen. Damit in Zukunft solche Mißverständnisse nicht wieder vorkommen, bitten wir die auswärtigen Kollegen, sich direkt an den Ver-trauensmann der Naumburger Kammacher, Kollegen Ger-mann Seidler, Naumburg a. d. S., Moritzstraße 35, zu wenden.

Niederböhmerndorf b. Trieses. Am 19. Januar hielt hier Kollege Werner aus Gera zum Zwecke der Gründung einer Zahlstelle einen Vortrag über: „Wirth und Bedeutung der Gewerkschaften“. Anwesend waren sämtliche 18 Kollegen, die bisher der Zahlstelle Zeulenroda angehört hatten, aber der weiten Entfernung halber nicht an deren Versamm-lungen theilnehmen konnten. In die Verwaltung wurden gemäß die Kollegen Lippold, König und Ehrhardt. Hoffen wir, daß die Zahlstelle gute Erfolge zeitige und einen recht langen Bestand habe.

Zwickau. Sämtliche Arbeiter der Holzwaarenfabrik von Hob. Walther erhielten am 18. Januar ihre Kündigung. Herr Walther scheint das fortwährende Prozeßkrisen mit seinen Arbeitern „bide“ zu haben. Er soll geäußert haben, sich nicht mehr mit den Arbeitern „rumärgern“ zu wollen. Arbeitsmangel liegt nicht vor. Die Mitglieder wollen wir hiermit darauf auf-merksam machen, daß die nächste Versammlung nicht am 8. Februar, sondern am 18. Februar stattfindet. Da in dieser Versammlung Kollege Schöpflin aus Chemnitz sprechen wird, insbesondere auch Stellung zur Arbeitslosenunterstützung ge-nommen werden soll, steht zu erwarten, daß sich sämtliche Mitglieder einfinden werden und auch die unorganisirten Kollegen hierzu einladen.

Der vierte Gantag des 12. Ganes

wurde am 12. Januar in Gera abgehalten. Anwesend waren 21 Delegirte aus 20 Zahlstellen und vier Vertreter von Einzelmitgliedern. Außerdem waren vom Gauvorstande vier Vertreter zugegen.

Den Vorsitz führten Werner-Gera und Red-nagel-Weißenfels; als Schriftführer fungirten Kerner-Geiz und Wiesel-Alttenburg.

Den Thätigkeitsbericht des Gauvorstandes gab in aus-sührlicher Weise der Gauvorsteher Werner-Gera, welcher einleitend hervorhob, daß die Krise auch in unserem Gau ihre Spuren eingedrückt habe. Nach einer vom Gau-vorstand veranstalteten Statistik sind gegenwärtig im Gau 5127 Holzarbeiter beschäftigt gegen 6706 im Vorjahre. Die Zahl der Organisirten beträgt 1418 gleich 27,6 pZt. gegen 1660 gleich 27,3 pZt. im Vorjahre. Demnach ist die Zahl der Organisirten um 242 gesunken, relativ allerdings be-wegt sie sich auf derselben Höhe wie im Vorjahre. Die Statistik in ihren Einzelheiten ergibt folgendes Bild:

Beruf	Zahl der Beschäftigten		Organisirt		Durchschnitts-lohn	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	Sohn	Wfrod
Lüschler.....	1631	126	711	4	17,25	20,—
Musikinstrumenten-macher.....	1089	36	208	—	19,—	19,75
Drehelher.....	280	11	153	—	18,—	19,25
Stellmacher.....	126	—	16	—	17,—	18,—
Wärtemacher.....	95	42	15	—	15,25	15,50
Korbmacher.....	259	80	33	—	13,50	13,75
Kammacher.....	159	—	34	—	18,—	18,—
Polirer.....	65	18	60	—	18,—	21,—
Stahlmacher.....	5	—	3	—	16,50	—
Diverse*).....	1418	475	181	—	15,50	17,50

Aus dem Thätigkeitsbericht ist zu konstatiren, daß der Verkehr mit den Zahlstellen ein äußerst reger gewesen ist. Es sind 255 Eingänge zu erzeichnen, denen inkl. Zirkulare und Fragebogen 400 Ausgänge gegenüberstehen.

Raffener Revisionen wurden drei vorgenommen und zwar in Neustadt, Kahla und Böhmstedt. Es wurde jedoch Alles in Ordnung gefunden. Aufträge des Haupt-vorstandes waren fünf zu erledigen, in Böhmstedt, Weida je einmal und in Roda dreimal. In Böhmstedt handelte es sich um Nichteinwendung von Verbandsgeldern, in Weida um Auflösung der Zahlstelle und in Roda war Maßregelung von fünf Kollegen der Grund.

Versammlungen wurden im Berichtsjahre 60 abgehalten. Auf die einzelnen Orte vertheilen sie sich folgendermaßen: In Gößnitz, Schmölln, Weißenfels und Jena fand je eine statt; je zwei in Geiz, Greiz, Neuselwitz, Eisenberg, Bürgel, Rudolstadt und Neustadt; je drei in

*) Eingerechnet sind hier die Knopfmacher.

Naumburg, Alttenburg, Zeulenroda, Trieses, Saalfeld, Böhmstedt, Kahla, Langenberg und Untermaus, vier in Roda, fünf in Honneburg und sechs in Gera. Durch die Agitations-tour des Kollegen Weinhardt-Hamburg wurden 15 Zahl-stellen besucht. Der Besuch ließ überall viel zu wünschen übrig. Außer diesen Versammlungen wurden noch Ver-sprechungen abgehalten resp. Anknüpfungspunkte gesucht in Corbetta, Hermsdorf, Luda, Neuselwitz, Blankenburg, Zwögen, Nieder-Böhmerndorf und Untermaus.

Zahlstellen konnten nicht in's Leben gerufen werden. Die Zahlstellen Croffen und Weida sind eingegangen; erstere wegen Auflösung eines größeren Betriebes, letztere dagegen durch Rauheit der Kollegen.

Einen breiten Raum in der Thätigkeit des Gauvorstandes nahm das Eingreifen bei Differenzen in An-spruch. Solche waren zu verzeichnen in Neustadt zweimal, in Schmölln dreimal, in Langenberg, Eisenberg, Greiz, Gera, Weißenfels, Roda, Alttenburg und Naumburg je ein-mal. In Neustadt handelte es sich einmal um Maßrege-lung zweier Kollegen; durch Verhandlung wurde diese rüd-gängig gemacht. Das andere Mal war die Auszahlung des Lohnes die Ursache. Bei der Firma Trommler in Schmölln handelte es sich um Lohnreduktionen bei den Drechseln von 20—25 pZt.; nach einem fünf-tägigen Ausstand der in Be-tracht kommenden Drechsler wurde durch Verhandlung die Reduktion zur Hälfte zurückgenommen. Infolge einer Kritik der Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma in einer Mit-gliederversammlung wurden drei Kollegen gemahnt. Ein Eingreifen war des schlechten Geschäftsganges wegen nicht möglich. Weiter konnte eine Lohnreduktion bei der Firma Jähner in Schmölln wegen Uneinigkeit der Kollegen nicht zurückgewiesen werden. Ebenfalls nicht zurückgewiesen werden konnten Lohnreduktionen bei den Firmen Späth- Langenberg und Weißbrode-Eisenberg. Bei letzterer Firma wurden die Umbaumacher davon betroffen. In Greiz bei Golda & Groschowitz konnte die geplante Einführung der Akkordarbeit durch gutes Zusammenhalten der Kollegen ver-hindert werden. In Gera bei der Firma Mörschner & Co. entstanden Differenzen wegen Nichtauszahlung des Akkord-tarifs. Erzielt werden konnte des schlechten Geschäftsganges wegen nichts. In Weißenfels wurden durch Verhandlung die durch Einführung der Theilarbeit entstandenen Diffe-renzen beseitigt. In Roda konnte die Maßregelung von Kollegen nicht verhindert werden, ebenfalls nicht in Altten-burg in der Nähmaschinenfabrik von Köhler die Ein-führung der Akkordarbeit bei den Polirern. Hier ist jedoch durch die Akkordarbeit eine Verschlechterung der Löhne nicht zu verzeichnen. Die Firma Medert in Naumburg machte den Arbeitern das gemiß menschenfreundliche Anerbieten, daß sich dieselben Werkstellen mietzen sollten und dann für die Firma arbeiten. Durch den energischen Widerstand der Kollegen aber konnte dies nicht zur Ausführung kommen.

An den Geschäftsbericht schloß sich der Kassen-bericht, den Meinhold-Gera gab.

Einnahme pro 1901.

Aus der Hauptkasse erhalten.....	M. 450,—
Freiwillige Beiträge der Zahlstellen.....	619,35
Trieses zurückgezahlte Diäten.....	7,25
Kassenbestand pro 1900.....	118,51
Summa.....	M. 1195,11

Ausgabe pro 1901.

Diäten und Fahrgebel.....	M. 619,65
Sonstige Reisen.....	168,40
Drucksachen und Infrate.....	34,80
Porto und Schreibmaterial.....	86,35
Persönliche Verwaltungslosten.....	98,80
Summa.....	M. 978,—

Bilanz.

Einnahme.....	M. 1195,11
Ausgabe.....	978,—
bleibt Kassenbestand.....	M. 217,11

Beiträge haben geleistet: Alttenburg M. 98,20, Bürgel M. 30, Eisenberg M. 30, Gera M. 59, Greiz M. 22, Gößnitz M. 10, Jena M. 24, Kahla M. 240, Langenberg M. 3,60, Neustadt M. 2, Naumburg M. 48,40, Roda M. 6, Rudolstadt M. 3,50, Ronneburg M. 3, Saalfeld M. 15, Trieses M. 17,75, Schmölln M. 70, Weißenfels M. 14, Geiz M. 124, Zeulen-roda M. 36,50.

In der sich an den Bericht anschließenden Diskussion wurde das Verhalten des Kollegen Pappe-Erfurt einer scharfen Kritik unterzogen, welcher auf Veranlassung der „Holzarbeiter-Zeitung“ sich zweimal zur Unteruchung der Verhältnisse nach Zahlstellen des Ganes begeben hatte. Auf Grund einer Verächtigung, die die Firma Müller in Roda aus Anlaß eines in der Nr. 28 der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienenen Briefes über die betreffende Fabrik an die „Holzarbeiter-Zeitung“ gesandt hatte, erschien Kollege Pappe in Roda, begab sich, ohne überhaupt mit den Kollegen an Orte Rücksprache genommen zu haben, zu dem Arbeit-geber, wo er auf's Freundschaftlichste empfangen wurde. Die Verbandskollegen erfuhren erst von Pappes Anwesen-heit, als er in Begleitung des Arbeitgebers die Räume be-sichtigte. Pappe veranlaßte dann in den Arbeitsräumen eine Zusammenkunft der Arbeiter, und daß dann die Verbands-kollegen, da ja auch die Indifferenten zugegen waren, ihren Herzen nicht freies Lauf lassen konnten, ist wohl verständlich. Pappe hat so ein vollständig schiefes Bild der Verhältnisse erhalten und entgegen der Verächtigung auf Grund seiner Information in Nr. 32 der „Holzarbeiter-Zeitung“ halten die Kollegen alles in dem Artikel in Nr. 28 Geagte auf-recht. Dem Kollegen Pappe wurde von dem Arbeitgeber die Versicherung gegeben, daß keine Maßregelungen statt-finden sollten, aber kaum war Pappe fort, wurden drei Kollegen gemahnt. Wehlich liegt der Fall in Böhmstedt. Hier lag als Grund der Differenzen Maßregelung vor. Kollege Pappe begab sich wieder ohne Rücksprache mit den Kollegen zu dem Arbeitgeber. Das Fazit seiner Unter-suchung war der Rath an die Kollegen, es auf sich beruhen zu lassen; es sei nichts zu machen. Die Kollegen brachten es dann aber wenigstens ohne den Kollegen Pappe so weit, daß ein Kollege von den zwei Gemahnten wieder ein-gestellt wurde. Rednagel-Weißenfels und Werner-Gera ver-urtheilen das Verhalten Pappes, sprechen aber der „Holz-arbeiter-Zeitung“ die Verächtigung zu, durch eigene Beauf-

tragte Informationen einzuziehen. *) Ebert-Zeulenroda und Wiesel-Alttenburg halten es für die Pflicht der Zeitung, daß, wenn sich derartige Informationen notwendig machen, die Gauvorstände zu beauftragen, die ja die Verhältnisse in den einzelnen Orten besser kennen als außerhalb des Ganes Stehende. Weiter wurde seitens Werner's-Gera die mangel-haft eingehenden und ausgefüllten Fragebogen kritisiert. Ein Antrag Zeulenroda, die Fragebogen nur jährlich ein-mal auszugeben, wurde angenommen. Gleichfalls ange-nommen wurde ein Antrag Gera-Alttenburg, den Geschäfts-bericht des Gauvorstandes gedruckt den Zahlstellen vier Wochen vor Stattfinden der Konferenzen zuzustellen. Ab-gelehnt wurde der Antrag Gera-Zeulenroda-Eisenberg, die Konferenzen zweimal im Jahre stattfinden zu lassen. Es wurde zugegeben, daß man keinen Grund habe, mit dem Ergebnis der bisherigen Konferenzen zufrieden zu sein. Man erhofft von der Drucklegung und vorherigen Zustellung des Ge-schäftsberichts eine Zeitersparniß für die Konferenzen und so die Möglichkeit, die Konferenzen wirkungsvoller und für den Verband werthvoller zu gestalten. Weiter wurde ein Antrag Gera, ein Flugblatt für die Hausagitation heraus-zugeben, angenommen. Rahm-Gera bezweifelt, daß man dadurch das Mithelmittel gefunden habe; so lange nicht jeder Einzelne in der Werkstatt usw. zum Agitator für den Verband werde, werden auch diese Mittel keinen Erfolg bringen. Das Flugblatt, das im vergangenen Jahre speziell für die Zahlstelle Geiz hergestellt worden sei, beweise dies. Der Antrag Alttenburg, nochmals in allen Zahlstellen vor Stattfinden der Urabstimmung über die Arbeitslosenunter-stützung Versammlungen mit diesem Thema abzuhalten, wurde zurückgezogen, da eine Anzahl der Delegirten der Meinung waren, daß dieses Thema genug erörtert sei. Der Antrag Zeulenroda, der Gauverwaltung eine Entschädigung von M. 200 pro Jahr zu gewähren, wurde nach langer De-batte angenommen. Der Antrag Eisenberg, daß der Gau-tag dahin wirken soll, daß der Verbandstagsbeschluss, wo-nach für gleiche Beiträge ungleiche Streikunterstützung ge-zahlt wird, aufgehoben wird, rief eine lebhafte Debatte hervor, worin sich alle Redner gegen diesen Beschluss des Verbandstages wendeten. Dieser Antrag wurde mit dem Antrag Saalfeld, der darauf hingiebt, daß auch Angehörige solcher Berufe, die mit den Verufen der Holzarbeiter ver-wandt sind, für die aber eine selbstständige Organisation besteht, wie Zimmerer, Wöttcher usw. in unserem Verband aufgenommen werden können, den Delegirten für den nächsten Verbandstag überwiesen. Eine längere Debatte rief die von Bergmann-Gößnitz angeregte Frage der Ab-haltung von kombinierten Versammlungen hervor. Ein von diesem gestellter Antrag, der am 1. März in Gößnitz statt-findenden kombinierten Versammlung einen Referenten auf Gaultosten zu stellen, wurde abgelehnt. Ein Antrag Alt-

*) Es hat nach dem Bericht den Anschein, als ob in besagtem Falle der Gantag auch über die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu Gericht gesessen hätte, wenigstens soweit es sich um einen Auftrag an Kollegen Pappe handelte, Informationen bei der Firma E. Müller in Roda und Schonath in Böhmstedt einzuziehen, eventuell die vorhandenen Differenzen zwischen den Arbeitgebern und den Kollegen beizulegen. Hoffentlich hat der Gantag uns ein solches Recht nicht bestritten. Wir würden uns sonst vom Ver-bandstage das Recht zusprechen lassen müssen, jeden Bericht, der nach unserer Meinung ungläubwürdig oder übertrieben ist, in den Papierkorb zu werfen. In beiden Fällen glaubten wir, im Interesse der Kollegen und auch in unserem zu handeln, wenn wir einen uns seit Jahren bekannten Kollegen mit der oben bezeichneten Mission betrauten. Kollege Werner konnte, obgleich er Gauvorsteher des Ganes war, nicht in Frage kommen, da er an dem fraglichen Bericht in Roda theilhaftig war. Er war es auch, welcher die Verächtigung in Nr. 30 ein sandte und um Entschuldigung bat, daß man ihn falsch unterrichtet halte. Wir brauchen also Jemanden, der untheilhaftig war und von dem wir wußten, daß er unparteiisch prüfen würde. Darüber, daß er die Kollegen vor der Verhandlung mit den Arbeitgebern nicht zusammen-brief, kann man zweierlei Meinung sein; die Kollegen hätten vorher verständigt werden können, da es nicht geschehen, in, dabei auch nichts los. Kollege Pappe hat eben mit Recht gemeint, daß, wenn man den Muth hat, vorhandene Miß-stände öffentlich zu kritisiren, man nur dankbar sein kann, wenn die Gelegenheit geboten ist, dieselben dem Arbeit-geber persönlich vorzutragen; ist doch mit der Veröffentlichung eben auch nichts Anderes bezweckt, als auf diesem Wege dem Arbeitgeber die gerügten Mißstände zur Kenntniß zu bringen. Kollege Pappe ist gleich uns kein Anhänger der Hintertreppenpolitik, und daher kommt es, daß er den geraden Weg wählte. Daß dieser den Kollegen unbequem war, wundern uns; was thut es, wenn die Indifferenten bei solcher Verhandlung zugegen sind? Wenn es wahr ist, was man berichtet, ist es doch wohl gleichgültig, vor wem man es vertreten muß. Wir meinen im Gegentheil, daß die organisirten Kollegen niemals besser Gelegenheit hatten, bezüglich etwaiger Mängel der Indifferenten gründlich vom Leder zu ziehen, als in diesem Falle. Oder war es den Kollegen bei Herrn Müller überhaupt unan-genehm, daß sie wegen Behauptungen in dem von ihnen vielleicht nicht gewollten Bericht in Nr. 28 Rede und Antwort stehen sollten? Es berührt nämlich sonderbar, daß uns am 11. Januar dieses Jahres ein Brief mit der Unterschrift von acht organisirten Kollegen aus der Müller'schen Fabrik mit der Bitte zugeht, keinen Artikel von dem Verfasser der in Nr. 28 enthaltenen Notiz aufzunehmen, da der Ver-treffende, weil er schon sechs Monate nicht mehr bei Müller sei, kaum mehr eine Verächtigung habe, solche Artikel loszulassen, die als Macheakt aufgefaßt werden müßten und den organisirten Kollegen nur schaden könnten. Wenn nach der Mission des Kollegen Pappe Maß-regelungen vorgekommen sind, dürften dieselben doch ganz sicher nicht auf sein Konto zu schreiben, sondern in anderen Gründen zu suchen sein; und da möge man ehrlich genug sein, dies eingestehen und Niemanden in der Öffentlichkeit verunglimpfen, wenn ihn keine Schuld trifft. Hat Herr Müller, der uns übrigens von mehreren Seiten als ein sehr vernünftiger Mann geschildert wurde — in Gegen-wart Pappes wirklich verprochen, keine Maßregelungen vorzunehmen, und es doch gethan, hat er sich eines Wort-bruches schuldig gemacht, für den man ihn selbst, nicht aber den Kollegen Pappe verantwortlich machen kann.

Die Redaktion.

burg, für die Referenten innerhalb des Gau's feste Diäten aufzustellen, erledigte sich damit, daß der Gauvorstand die Sache bekannt gibt, nachdem er jetzt bezahlt und diese Sache als feststehende anerkannt werden. Weiter wurde beschlossen, die Kosten der Konferenz für die Zahlstelle Ronneburg auf die Gaukasse zu übernehmen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Der nächste Verbandstag“, empfiehlt Werner-Gera, eine Verständigung über die Delegiertenfrage herbeizuführen und bemängelt die Aufstellung der Kandidaten nach ihrem Programm in der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Der nächste Punkt der Tagesordnung, der durch Beschluß der Konferenz als letzter gestellt wurde, das Referat des Kollegen Rednagel-Weißfels über: „Die Taktik bei Lohnbewegungen in der Krise“, mußte der vorgeschrittenen Zeit halber abgesetzt werden. Die Verhandlungen hatten somit ihr Ende erreicht und nach einem Schlußwort des Kollegen Werner-Gera, in dem er zu tüchtiger Unterstützung des Gauvorstandes durch alle Zahlstellen aufrief, wurde die Konferenz nach sechsständiger Tagung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Konferenz des 15. Gau's

abgehalten am 19. Januar in Hamburg.

Bertreten waren sämtliche zum Gau gehörenden 21 Zahlstellen durch je einen Delegierten. Die Konferenz wurde um 11 1/2 Uhr vom Gauvorstande Deinhardt mit einer Begrüßung der Delegierten eröffnet. Aus dem Geschäftsbericht, den derselbe hierauf erstattete, ist hervorzuheben: Im Gau wurden im Jahre 1901 auf Veranlassung des Gauvorstandes 40 Versammlungen abgehalten, außerdem fanden sieben Klassenrevisionen statt, in Streit- und sonstigen Angelegenheiten hatte der Gauvorstand 20 mal eingzugreifen, an Korrespondenzen gingen 168 Sendungen ein und 246 Sendungen aus. Trotz der die gewerkschaftliche Tätigkeit behindernden schlechten Geschäftslage ist ein weiteres Anwachsen der Mitgliedsziffer des Verbandes im Gau von 4290 am 1. Januar 1901 auf 4571 am 1. Januar 1902 zu verzeichnen. An dem Mitgliederzuwachs ist Hamburg mit 176, Altona mit 109 und Wandsbek mit 13 beteiligt. Bei der Beurteilung der Ausbreitungstätigkeit unseres Verbandes im 15. Gau ist zu berücksichtigen, daß die Ausbreitungstätigkeit in mehreren Orten, so in Altona, Geesthacht, Glückstadt, Segeberg, Oldesloe, Plantenese, nur einen beschränkten Erfolg erzielt. So konnten die Bauanschläger in Hamburg einen bedeutenden Verbesserungen enthaltenden Tarif durchsetzen; die Tischler Elmsbörns führten ihre Bewegung mit theilweisem Erfolg zu Ende; weiter setzten in Bergedorf, Glückstadt und Eidelstedt die Korbmacher, in Schiffbek die Stellmacher, in Oldesloe, Segeberg die Tischler, in Plantenese und Wandsbek ebenfalls die Tischler in einigen wertvollen Verbesserungen durch. Bei zahlreichen Arbeitslosenlisten mußte der Gauvorstand eingreifen.

Es folgt der Bericht der Delegierten aus den einzelnen Zahlstellen. Behnke-Harburg: Die Agitation schriftlich und mündlich, welche seitens des Gauvorstandes unterstützt wurde, hatte leider nicht den gewünschten Erfolg. Der Mitgliederstand ist dauernd unbeständig, was in der Hauptsache darauf beruht, daß die jüngeren Kollegen nicht bestrebt sind, in Hamburg Arbeit zu erhalten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig, und trotzdem hat die Innung beschlossen, eine „Regelung“ derselben vorzunehmen. Was wir davon zu halten haben, darüber dürfte Niemand im Zweifel sein; jedoch sind wir nicht gewillt, uns weitere Bedrückungen aufbürden zu lassen; unsere Kollegen rechnen vielmehr stark damit, daß im kommenden Sommer ein Fortschritt zu erzielen ist.

Neumann-Hamburg verweist auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht seiner Zahlstelle. Redner gibt einige Erläuterungen der einzelnen Kapitel, dabei hauptsächlich auf die augenblickliche Lage der Holzindustrie verweisend. Er schildert die Schwierigkeiten, welche der Gewerkschaft hindernd im Wege stehen, um vornehmlich an Arbeitern in der Korblinindustrie, der Bürsten- und Pappindustrie, der Korb- und der Stellmacherei vorteilhaftere Arbeitsbedingungen oder sonstige Erleichterungen zu verschaffen.

Doll-Altona schließt sich diesem im Wesentlichen an. Ueberdies konstatiert derselbe, daß in Altona zwischen dem Holzarbeiterverband und der Tischlerinnung ein durchaus anerkannteswertiges Gegenständigverhältnis bestehe. Durch die Zusammenlegung der Arbeitsnachweise beider Korporationen sei für unseren Verband ein guter Fortschritt erzielt worden.

Stricker-Schiffbek kommt bei seinem Bericht auf die diesjährige Lohnbewegung der dortigen Stellmacher zu sprechen und kritisiert die Haltung des Gauvorstandes, da dieser nach seiner Meinung den Arbeitgebern viel zu weit entgegen gekommen sei. Dieses wird von Neumann, der die Sache geleitet hat, unter Darlegung aller einschlägigen Momente zurückgewiesen. Die Versammlung schließt sich Lepierem an.

Schuldt-Oldesloe kann einige im letzten Jahre erreichte Verbesserungen in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit berichten. Die Delegierten aus Plantenese, Glückstadt, Wandsbek, Wilhelmshagen und Eidelstedt schildern in zum Theile recht eingehender Weise die Situation ihrer Zahlstellen. Aus allen Berichten ist zu konstatieren, daß der Geist der Organisation, das Solidaritätsgefühl unter den Holzarbeitern auch im letzten Jahre wesentlich gesteigert und weiter ausgebreitet wurde. Mit diesen Thatsachen müssen wir vorläufig zufrieden sein, in der Hoffnung, daß wir in Zukunft größere Erfolge erzielen werden.

Bei der Frage: „Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverband“, giebt der Referent, Kollege Sarau, ein Bild von der Nothwendigkeit und Nützlichkeit dieses Unterstützungszweiges für unseren Verband. (Eine Wiedergabe des Referates und der Diskussion an dieser Stelle dürfte sich erübrigen, da die hiesige Verwaltungsjahresversammlung in einer Extra-Mitglieder-Versammlung zu der Sache Stellung nehmen wird.) Die Verhandlung ergab, daß mancher frühere Gegner in das Gegentheil umgeschlagen ist, daß eigentliche Gegner der Arbeitslosenunterstützung heute kaum mehr zu finden sind.

Selbst aus den kleineren Zahlstellen, aus welchen bisher immer die größte Gegnerschaft sich rekrutirte, weil behauptet wurde, einmal sei in diesen Zahlstellen die Arbeitslosigkeit keine so große, dann sei aber auch des niedrigen Verdienstes wegen die Zahlung des erforderlichen höheren Beitrages nicht möglich, trat eine Reihe von Delegierten auf, welche Namens ihrer Mitgliedschaften für die Einführung plaidirten. Die seitens des Hauptvorstandes sowohl wie auch einzelner Kollegen gelieferten rechnerischen Unterlagen, wonach mit einem Mehrbetrag von 10 % pro Woche eine Unterstützung von M 6-10, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, zu zahlen möglich wäre, wurde von verschiedenen Seiten angezweifelt. Man fürchtete, daß, wenn der Verband mit einem solch niedrigen Beitrag derartig hohe Verpflichtungen übernehmen würde, dann nothgedrungen die Führung des wirtschaftlichen Kampfes, auch wo vielleicht nicht aussichtslos, dennoch aus Mangel an finanziellen Mitteln unterbleiben müsse. Dazu will man sich aber nicht verstehen, es gilt daher, die Mitglieder für die Zahlung eines ausreichenden Beitrages zu gewinnen, wenn diese schon längst nothwendige Einrichtung auch bei uns zur Thatsache werden soll.

Die Delegierten einigen sich schließlich auf folgende, von Neumann vorgeschlagene Resolution: „Die Konferenz des 15. Gau's erklärt: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverband ist als eine Pflicht gegen die arbeitslosen Kollegen und als ein organisatorischer Fortschritt zu betrachten. Die Konferenz ist aber der Ueberzeugung, daß ein Beitrag von mindestens 40 % nothwendig sein wird, um diesen Unterstützungszweig einführen zu können. Auf Grund dieses Beitrages mögen die Delegierten in ihren Zahlstellen für die Einführung Propaganda machen.“

Diese Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

Bei Punkt 5 stellt Behnke-Harburg Namens seiner Zahlstelle den Antrag, für die Folge keine Zuschüsse aus der Gaukasse an die Hamburger Zahlstelle zu leisten. Der Antrag wird von Doll, Vietz und Neumann befohlen und abgelehnt.

Ein weiterer Antrag Behnke, der Zahlstelle Harburg zwecks Agitation M 50 aus der Gaukasse zu überweisen wird nach längerer Debatte zurückgezogen.

Vietz beantragt, die nächste Gaukonferenz erst in zwei Jahren stattfinden zu lassen. Er begründet dies damit, daß die vor dem jedesmaligen Verbandstage stattfindende Konferenz eigentlich nur dem vorhandenen Bedürfnis entspreche. In der Zwischenzeit mangle es an Verhandlungsstoff, die Gelder, welche die Konferenz koste, könnten nützlicher angewendet werden. Stube erachtet um Ablehnung des Antrages. Die Kosten würden reichlich aufgewogen durch den Werth, welcher in der gegenseitigen Annäherung und Aufklärung liege. Doll schließt sich dem an. Der Antrag wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Die nächste Gaukonferenz findet demnach im Jahre 1903 in Hamburg statt.

Damit sind die Verhandlungen beendet. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband, welches bei den Teilnehmern begeisterten Widerhall findet, schließt der Vorsitzende um 6 1/2 Uhr den Gautag.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In der Jalouise- und Rolladenfabrik von Wöhner & Co. in Stuttgart sind sämtliche 18 Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Anlaß dazu ist die Einführung der Akkordarbeit mit außerordentlich niedrigen Preisen. Jedenfalls wird diese Firma nun versuchen, auswärtig Arbeiter anzuwerben. Wir erlauben daher die Kollegen allerorts, für die nöthige Bekämpfung zu sorgen, damit der Zugang nach der genannten Fabrik ferngehalten wird.

Die Differenzen bei Berndt & Raumann in Jena sind noch nicht beigelegt. Die Firma versucht Tischler und Glaser von auswärtig heranzuziehen, was ihr aber nicht gelingen will. Da die Firma auf ihrem Standpunkt verharret, nicht nachzugeben, bleibt die Sperte nach wie vor bestehen und wird deshalb dringend eruchtet, daß Glaser und Tischler fernbleiben.

Die Tischler in Worms befinden sich in acht Werkstätten in einem Abwehrkampf wegen 8-10prozentigen Lohnabzug. Alle Versuche, eine Einigung zu erzielen, waren vergebens. Bis auf einen haben sämtliche Kollegen die Arbeit eingestellt. Arbeit ist am Plage genügend vorhanden. Die Arbeitsverhältnisse sind so schlecht, daß sich die Kollegen einen weiteren Lohnabzug nicht gefallen lassen konnten. Sie glauben, bei festem Zusammenhalten und mit der moralischen Unterstützung der auswärtigen Kollegen, indem der Zugang ferngehalten wird, bald einen Sieg melden zu können.

Die Firma Kromer & Co. in Reudern bei Müritingen, den württembergischen Kollegen gut bekannt, hat schon wiederholt Differenzen mit ihren Arbeitern gehabt. Entweder zahlte sie den Lohn nicht, wenn er fällig war, oder machte unbeeingte Lohnabzüge, gab Versprechungen und hielt sie nicht, behandelte die Arbeiter in ganz ungehöriger Weise — kurz es gab dort immer etwas Neues und immer entstanden daraus erneut Differenzen. So auch jetzt wieder. Die Firma hat vor kurzem einen Akkordtarif mit den Arbeitern vereinbart und jetzt kündigt sie derselbe nicht mehr. Die Folge war, daß zwei Drittel der Arbeiter kündigten und am Zahltag kein oder zu wenig Geld erhielten. Die Firma resp. deren Theilhaber, Herr Epple, erklärte in seiner zwischen Art: „Das machen wir, wie wir wollen; glaubt Ihr vielleicht, man giebt Euch hier Geld, damit Ihr uns davonfliegen könnt? Ihr müßt überhaupt froh sein, wenn ich Euch morgen bezahle!“ Damit nicht noch mehr Kollegen übelle Erfahrungen mit der Firma machen, wird gebeten, sich einige Kilometer von den Stadtmauern Reuderns entfernt zu halten.

Aus den Berichten der Holzbranche.

Zur Beschickung der Möbelpolirerkonferenz in Berlin schreibt uns der „Delegirte“ aus Dresden, A. Kleisch, daß er zwar aus eigenem Interesse, aber mit Zustimmung mehrerer Kollegen nach Berlin gereist sei und für auch gemeinsame Kosten getragen hätten, wenn dies nicht der Möbelpolirer-Verband that. Er theilt dann weiter mit, daß die Gründung

einer Zahlstelle schon in den nächsten Wochen erfolgen würde. Daß Bruno Seidel von alledem nichts wußte, räumt er ein, da er und seine Quertreiberkollegen ihm nichts davon erzählt, sondern hinter seinem Rücken falsche Karten gespielt haben. Netze Gesellschaft! Wir gönnen sie dem Möbelpolirerverband von Herzen gerne.

„Der Arbeitsnachweis der Tischler- und Drechslersinnung in Koblenz ist werthlos.“

Ich bin für Aufhebung desselben, da die Leistungen der Meister geradezu kläglich genannt werden müssen. Der Holzarbeiterverband hat an unserem Orte an durchreisende Gesellen über M. 700 ausgezahlt. Das ist eine Summe, die sich in Anbetracht der Fälligkeit der Meister hören lassen kann.“ So ungefähr sprach der Vorsitzende des Gesellenausschusses in einer Koblenzer Innungsversammlung, und der Obermeister räumte ein, daß diese Mittelverteilung wirklich für viele Meister beschämend sei, da noch viele sich weigerten, ein paar Groschen für die Erhaltung ihres Standes auszugeben. Trotz der kläglichen Leistungsfähigkeit der Meister wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis beizubehalten. Nicht Fortschritt, sondern Rückschritt ist die Parole der Handwerksmeister.

Nur ein mageres Geschäft machte im vorigen Jahre

die Firma Schneider & Hanau, A.-G., Frankfurt a. M. Die Gesellschaft, die im März v. J. ihr Aktienkapital von M. 700 000 auf M. 1 000 000 erhöhte, hat gleichwohl im abgelaufenen Jahre mit stark rückgängigem Gewinn gearbeitet. Während der Fabrikationsüberschuß sich von M. 255 889 auf M. 176 637 reduzirte, sind die Unkosten von M. 110 687 auf M. 184 054 gestiegen. Obwohl die Abschreibungen von M. 37 950 auf M. 15 021 reduzirt werden, beschränkt sich der Reingewinn auf M. 27 562 (im Vorjahre M. 97 352) und einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen M. 12 835 sind M. 40 397 (M. 98 524) verfügbar. Die Dividende wurde auf 4 pZt. (d. V. 8 pZt.) festgesetzt, woran die neuen Aktien erst zur Hälfte theilnehmen, während sich der Gewinnvortrag von M. 12 835 auf M. 1336 verringert. Infolge der Kapitalerhöhung sind die laufenden Verpflichtungen neben M. 181 050 (wie i. V.) Hypothekenschuld von vorjährigem M. 220 480 auf M. 83 875 zurückgegangen. Dagegen haben sich die Debitoren von M. 879 729 auf M. 891 149 erhöht, das Immobilienkonto von M. 314 949 auf M. 833 574 und die Vorräthe von M. 461 460 auf M. 530 752.

Die Krise in der Holzindustrie macht sich auch bei der

Firma Hermann Schüll, Akt.-Ges., Ezerst, Westpr., äußerst fühlbar bemerklich. Das Unternehmen ist im Oktober 1897 mit einer Mill. Mark Kapital gegründet. Im Jahre 1899 wurde dasselbe auf 1 1/2 Mill. Mark erhöht. Im ersten Geschäftsjahre wurden 8 pZt., in den Jahren 1898 und 1899 je 10 pZt., für 1900 4 pZt. Dividende ausgezahlt. Für das Jahr 1901 dürften die Aktionäre leer ausgehen, und was noch schlimmer für sie, ihr Kapital ist in Gefahr. Wir entnehmen der „Frankf. Ztg.“, daß inzwischen die Verhältnisse sich noch ungünstiger gestaltet haben, denn die am 18. Februar d. J. aberaumte Generalversammlung will über eine Sanirung der Gesellschaft Beschluß fassen. Beabsichtigt ist die Ausgabe von Vorrechtaktien bis zum Betrage von M. 600 000, wobei den das Bezugsrecht nicht ausübenden Aktionären die Zusammenlegung ihrer alten Aktien im Verhältniß von drei zu eins angedroht wird. Mit dem Beginn des Geschäftsjahres 1906/7 sollen diese Vorzugsaktien mittels Ausloosung zu 110 pZt. zurückgekauft werden.

Die Aktionäre sind außer Fassung und verlangen, daß ihnen vor der Versammlung eingehender Aufschluß gegeben werde, wodurch die Lage des Unternehmens sich derart verschlechtert habe, daß eine solche Sanirung (Zerstückelung eines gesunden, aktions- und befähigten Zustandes, auf Kosten der Aktionäre allerding) nothwendig erscheine.

Die Möbelfabrikation in Stuttgart leidet gleichfalls

unter dem wirtschaftlichen Niedergang. Ein hervorragender Vertreter der Stuttgarter Möbelindustrie hat dem Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ berichtet, daß noch keine Anzeichen auf Besserung vorhanden seien. Im Lande mache sich die gleiche Tendenz wie in Stuttgart geltend. Das sind ja trübe Aussichten!

Aus Australien.

Der Möbelarbeiterverband von New Süd-Wales schreibt unterm 9. Dezember v. J. aus Sydney an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes:

„Es wird von mehreren Firmen dieser Stadt beabsichtigt, Klavierarbeiter wie auch Kunsttischler aus Deutschland heranzuziehen, weil sie einen Aufschwung dieser Industrie erwarten infolge des Bojzuges, welcher für die vereinigten Kolonien festgesetzt ist. Die vereinigten Möbelarbeiter ersuchen Sie, die Mitglieder Ihres Verbandes zu warnen, daß sie keinen Kontrakt unterzeichnen, ohne sich zuvor mit uns in Verbindung gesetzt zu haben. Der Lohn, welcher hier viel höher ist als in Deutschland, würde gewiß viele Arbeiter zur Auswanderung nach Australien bestimmen, aber die Ausgaben für's Leben sind hier auch dementsprechend hoch. Wir sehen oft Arbeiter hier antommen, welche einen Vertrag gemacht haben mit einem Lohn, niedriger als unser maßgebender Satz. Zwar sind in der Fremde geschlossene Verträge hier ungültig, bei ihrer Ankunft hier unterschreiben die Leute aber sofort nochmals, und da müssen sie die verzeichneten Bedingungen erfüllen. Wir ersuchen Sie, dies öffentlich bekannt zu machen. Jedoch möchten wir nicht, daß Sie denken, wir hätten einen schlechten Willen gegen Deutsche oder irgend welche Ausländer, vielmehr ist unser einziger Wunsch die Aufrechterhaltung unserer Löhne und der Erfolge unserer Organisation.“

Der Verbandsvorstand setzt von allen deutschen Klavierarbeitern und Tischlern voraus, daß sie diesem berechtigten Verlangen der australischen Kollegen entsprechen und sich gegebenenfalls an die nachstehende Verbandsadresse wenden werden:

United Furniture Trade Society of New South Wales, Sydney, Trades Hall, Goulburn & Dixon Streets.

Gewerkschaftliches.

Der Maurerverband war am Ende des vorigen Jahres mit der Geschäftsleitung der Lokalorganisirten Maurer-Regier'scher Richtung in Berlin in Unterhandlung getreten, um eine Vereinigung beider Richtungen herbeizuführen.

Dieselbe scheiterte an dem ablehnenden Verhalten der Metzler, was die Braunschweiger „Freie Vereinigung der Maurer“, von welcher die erste Anregung zu diesen Einigungsverhandlungen ausgegangen war, veranlaßte, nun ihrerseits die Sache in die Hand zu nehmen. Auf ihre Einladung hin fand nunmehr am 29. Dezember 1901 in Braunschweig eine Konferenz statt, an welcher außer den Vertretern des genannten Vereins, solche von Lokalorganisationen aus 10 Orten Braunschweigs teilnahmen und wo folgende Resolution angenommen wurde:

„In Erwägung, daß eine Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, im Kampfe gegen das Kapital die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, möglichst alle Arbeiter in sich vereinigen muß, in weiterer Erwägung, daß die prinzipiellen Gegensätze, welche bisher noch hemmend zwischen den Organisationen der Maurer vorhanden waren, beseitigt sind — und in weiterer Erwägung, daß durch die Verhandlungen der beiden bestehenden Maurerorganisationen leider keine Einigung erzielt wurde, beschließt die heutige Konferenz: Alle anwesenden Delegierten verpflichten sich, möglichst eingehend in den Versammlungen ihrer Organisation darüber zu diskutieren, ob es zweckmäßig sei, sich dem Zentralverband der Deutschen Maurer anzuschließen.“

Die Braunschweiger „Freie Vereinigung der Maurer“ hat hierauf mit 198 gegen 50 Stimmen beschlossen, sich dem Maurerverband anzuschließen.

Mit der Zeit wird es recht einsam um den Regierungshausmeister. Die sämtlichen Lokalorganisationen, die bisher noch seiner Fahne folgten, gehen seit Jahren den Krebsgang — die Losabereine der Maurer sind beispielsweise von 84 000 Mitglieder auf 4600 gesunken. Und nun werden auch noch ganze Bezirke fahnenflüchtig! Es ist das ein günstiges Zeichen für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Schlussabrechnung des Formerverbandes, der ja bekanntlich am 1. Oktober zum Metallarbeiterverband übergetreten ist, wird nunmehr in der „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht. Danach übernahm der Metallarbeiterverband vom Formerverband der Forme A 21 395 Schulden, die sich durch nachträgliche Rückzahlungen dieser Organisation auf A 14 902,89 verminderten. Die Mitgliederzahl des Formerverbandes war von 7937 am 1. Jan. 1901 auf 5378 am 30. September desselben Jahres zurückgegangen, was neben dem ungünstigen Klassenbestande wohl an überzeugendsten den Uebertritt zum Metallarbeiterverband nahelegen mußte. Aus der für das erste, zweite und dritte Quartal 1900 gebrachten Abrechnung des Formerverbandes ist noch besonders bemerkenswert, daß in diesen drei Vierteljahren an 706 Mitglieder für 15 968 1/2 Arbeitslose Tage A 15 891,72 Arbeitslosentlohn unterstützt u. g., außerdem A 12 108,45 Reise-Unterstützung gezahlt worden ist.

Der Porzellanarbeiterverband veröffentlicht soeben seinen Rechnungsabschluss für das Jahr 1901, der in Einnahme und Ausgabe mit A 93 626,66 bilanziert. Von den wichtigsten Ausgaben des Verbandes nennen wir A 46 681,94 an Ausschüsse an die Bahnhöfe (Streikunterstützung zc.), A 6783,88 Gehälter, im übrigen Rückzahlungen von Darlehen im Betrage von A 14 000, die sich durch die seinerzeitige Festlegung des Vermögens notwendig machten. Für „Die Ameise“ wurden A 16 821,52, für Unterstützungen (Beihilfefonds) A 16 684,01 verausgabt. Das derzeitige Vermögen des Verbandes beträgt sich auf A 92 400,41 in der Verbandskasse, A 18 844,19 im Beihilfefonds und A 6810,88 in der Kautionskasse. Am Schlusse des dritten Quartals 1901 hatte der Verband in 141 Bahnhöfen 8626 Mitglieder (für das vierte Quartal ist die Mitgliederzahl noch nicht festgestellt), gegen das dritte Quartal 1900 hat der Verband einen Verlust von rund 700 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der Steinarbeiterverband hat seinen nächsten Verbandstag auf Pfingsten dieses Jahres nach Leipzig einberufen. Um für die im Verband geplante Arbeitslosentlohnunterstützung eine Berechnungsgrundlage zu schaffen, wird in den Monaten Januar, Februar, März und April innerhalb der Organisation je eine Arbeitslosenzählung stattfinden. Die erste dieser Zählungen wird am 31. Januar abgeschlossen.

Die Gründung einer Genossenschaft zur Errichtung eines Arbeiter-Gewerkschaftshauses wurde in voriger Woche in Köln vollzogen. In Köln sind die Verhältnisse für unsere Arbeiterorganisationen seit Jahren sehr ungünstig; zeitweise sind nicht nur der sozialdemokratische Verein, sondern auch verschiedene Gewerkschaften völlig obdachlos gewesen, was schon frühzeitig zur Schaffung eines Lokalfonds und zu eingehenden Besprechungen der Frage der Gründung eines eigenen Heimes Veranlassung gab. Nunmehr konnte die zur Betreibung dieser Angelegenheit eingesetzte Lokalfonds-Kommission berichten, daß ihr zur Gründung eines eigenen Heimes genügend Kapital zur Verfügung steht, um der Realisierung des Projektes näher treten zu können. Es ist der Kölner Arbeiterschaft zu wünschen, daß ihr die trüben Erfahrungen erspart bleiben, die in letzter Zeit mit den Gewerkschaftshausgründungen in Fürth und Pforzheim gemacht worden sind.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Freibreien der ultramontanen Brotwucherer Süddeutschlands, dem christlichen Metallarbeiterverband ob seines getreidepolizeuerischen Standpunktes in dem künstlich aufgepöppelten sauerländischen Gewerkschaftsbund für christliche Metallarbeiter eine Konkurrenzorganisation entgegenzusetzen, scheinen bei den christlichen Metallarbeitern selbst wenig Gegenliebe zu finden. Wenigstens geht das aus der neuesten Nummer des „Der deutsche Metallarbeiter“ hervor, der einen energischen Protest der süddeutschen christlichen Metallarbeiter enthält. In dieser Erklärung, die von den Vorständen des christlichen Metallarbeiterverbandes der Bahnhöfe München, Stuttgart, Karlsruhe, Augsburg, Nürnberg und Fürth, Mannheim-Neudorf, Freising, Cannstatt, Waldshut, Straßburg, Würzburg, Kaiserlautern, Landshut, Ingolstadt, Regensburg und Pforzheim unterzeichnet ist, wird mit seltener Deutlichkeit ausgesprochen, daß man sich von den christlichen Brotwuchern nicht an den Wagen fahren läßt.

Es heißt da u. A.: „Sie erklären, daß sie mit der sachkundigen Leitung ihres Verbandsvorstandes wieder, mit dessen Bestrebungen, den Verband zu fördern und besonders dem Bestreben, die Selbstständigkeit des Verbandes zu wahren, vollständig einverstanden sind. . . Die genannten Vorstände und Ortsgruppen legen ferner mit Entschiedenheit Verwahrung ein gegen Machinationen, wie dieselben von verschiedenen Seiten geplant und gefördert werden, um die christlichen Metallarbeiter zu ihrem eigenen Verderben auseinander zu reißen. Die Unterzeichneten erklären ferner, daß diese Spaltungsversuche nicht von Angehörigen des Verbandes, sondern von Personen betrieben werden, welche in keiner Weise mit dem Verbandsverbande in Verbindung stehen. . .“ Durch diese Erklärung wird bestätigt, daß die christlichen Gewerkschaften, wenigstens in der Auffassung der Zentrumschristen, lediglich als Nichtstruppen der Zentrumsparterie angesehen werden, mit denen man thun und lassen kann, was man will.

Harmonie zwischen Arbeit und Kapital in Amerika!

Eine recht sensationelle Nachricht berichtete der Telegraph Mitte Dezember aus Amerika: Auf Einladung eines bürgerlichen Vereins, der „National-Civic-Federation“ sollte eine Vereinigung zusammengetreten sein, die sich aus zwölf Vertretern der organisierten Arbeiterschaft und 24 Kapitalisten, darunter die bedeutendsten Dollarsmilliardäre und Trustleiter, zusammensetzte, und deren Zweck es sein sollte, ein besseres Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, und gleichermäßen Ausstände und Aussperrungen der Arbeiter zu verhindern. Die Nachricht klang etwas unglaublich, um so mehr, als nach der telegraphischen Meldung der Leiter des Stahlarbeiterverbandes, Schaffer, mit eben jenen Führern des Stahltrusts, Charles M. Schwab an ihrer Spitze, Freundschaftsbeziehungen ausgetauscht haben sollte, mit denen die Stahlarbeiter noch vor Kurzem in einem erbitterten Kampf lagen; und doch war die Meldung richtig. Die Zusammenkunft fand statt und auch ein „Friede“ kam zwischen diesen beiden kriegführenden Mächten zu Stande, indem das eingesezte Comité eine Kundmachung abfaßte, worin es u. A. heißt:

„Zweck und Ziel dieses Departements soll nach bestem Ermessen sein, industriellen Frieden zu fördern; zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gerechte Beziehungen zu gestalten, durch seine guten Dienste zu versuchen, Streiks und Lockouts zu verhüten und zu verhindern, und dort industrielle Beziehungen zu etablieren, wo Differenzen bestanden.“

„Zu jeder Zeit sollten Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber, organisierte sowohl als nichtorganisierte, behufs Beilegung von Differenzen oder Streitigkeiten konferieren, ehe es zu einem Bruch gekommen ist, und auf diese Weise Streiks oder Lockouts vermeiden, sowie deren Zahl vermindern.“

„Der Abschluß von gegenseitigen Verträgen betreffs der Bedingungen, unter welchen Arbeit verrichtet wird, soll ermunthigt werden, und wenn ein derartiger Vertrag abgeschlossen worden ist, sollen die Bedingungen von beiden Parteien auch nach den Klauseln und im Sinne des Kontraktes eingehalten werden.“

„Dieses Departement soll auf Ersuchen, entweder als ganzes Comité, oder, wenn ein Subcomité ernannt wird, als Forum für die Beilegung von Differenzen oder für die Fällung von Entscheidungen in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern fungieren, vorausgesetzt, daß die Sache nach Ansicht des Comité's wichtig genug erscheint.“

„Dieses Departement wird keine abstrakten industriellen Probleme in Erwägung ziehen.“

„Dieses Departement wird nicht die Macht für irgend welche Vermittelung übernehmen, außer wenn beide in einem Streite begriffenen Parteien demselben diese Macht übertragen.“

Das Ganze läuft auf eine Däpierung der Arbeiter hinaus. War es schon für deutsche Verhältnisse ein Anachronismus, von einer Harmonie zwischen Arbeit und Kapital zu reden — wie das von unseren kapitalistischen Wirtschaftspolitikern und den Girsch-Dunder'schen Gewerksvereinen immer gelassen ist — so trifft das für Nordamerika doppelt und dreifach zu. Mit Leuten, die, wie Schwab, Tausende von Arbeitern ausbeuten, die, wie Mac Ganna, ihren Arbeitern Hungerlöhne zahlen, und denen kein Mittel bisher unjauber genug war, wenn es galt, die Arbeiter niederzudrücken, mit Leuten wie Cleveland, der freilebende Arbeiter niederstießen ließ, Frieden zu schließen, und diese Kapitalhaisie darnach als Arbeiterfreunde herauszustreichen, ist durch nichts Anderes, als durch einen Verrat an den Arbeitern möglich. Sehr richtig kennzeichnet die „New Yorker Volkszeitung“ dieses Verhalten der an der Konferenz beteiligten Arbeiterführer, wenn sie sagt:

„Indem die betreffenden Arbeiterführer, angesichts der ihnen Allen wohlbekannten Thatsachen der Vergangenheit, sich in ihrer ungläublichen Unwissenheit und Verblendung — von anderen Motiven ganz abgesehen — in diese Position haben drängen lassen, haben sie — gleichgültig ob bewußt oder unbewußt —, soweit an ihnen liegt, die Sache der organisierten Arbeit an die Kapitalisten verrathen und verkauft!“

An diesen Thatsachen werden die schönen Redensarten des korrupten Politikers Mac Ganna und anderer Kapitalhaisie, wie auch diverse bischöfliche Segen eines an der Konferenz ebenfalls beteiligten Erzbischofs Irelands nichts ändern, und auch die „Frankf. Btg.“, die von den Ergebnissen dieser Friedensbewegung ziemlich entzückt zu sein scheint, wird noch früh genug erfahren, daß die Arbeiter dabei die Geladmeierten sind.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Affordarbeit und Kündigungsausschluß. Die Tischler A. und C. hatten in der Fabrik des Herrn Landré in Jena einen Afford zum Preise von A 165 übernommen. Nachdem sie den Auftrag gemacht hatten, mußten sie eine andere Arbeit im Lohn ausführen. Dann wurden sie plötzlich entlassen, ohne daß man ihnen zur Fertigstellung jenes Affordes Gelegenheit gab. Sie verklagten deshalb die Firma beim Gewerbeamt auf Auszahlung der gekündigten Affordsumme von A 165. Der Beklagte wandte unter Anderem vor der Kammer IV ein, daß in seinem Betriebe die Kündigungsfrist durch Fabrikordnung ausgeschlossen und darnach eine jederzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses gestattet sei.

Die Kläger erwiderten, daß ihrer Meinung nach der Affordvertrag durch den Kündigungsausschluß nicht berührt werde. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, daß bei Kündigungsausschluß die Arbeiter ein Recht auf die Fertigstellung des Affordes nicht hätten, wenn dies nicht ausdrücklich vereinbart wäre. Demzufolge sei auch nur die bereits geleistete Arbeit zu bezahlen. Auf Anrathen des Gerichts begnügten sich die Kläger mit je A 2 für den Auftrieb und verzichteten im Vergleichswege auf das Uebrige.

Wenn also Kündigung in einer Werkstatt nicht besteht, brauchen auch die Arbeiter ihren Afford nicht fertig zu machen, sondern können je derzeit das Arbeitsverhältnis lösen! Das ist die Konsequenz des Jenaer Gewerbeamtbeschlusses. Da diese Praxis häufig, besonders in Berlin, befolgt wird, werden die Arbeiter als Vertragsbrüchige in den Zeitungen bekannt gegeben. Also hin und her, „wie's trifft“.

Literarisches.

Die illustrierte Welt der Erfindungen, eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erwerbs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie sowie des heutigen Weltverkehrs, unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von J. G. Vogt, 2. Auflage. In wöchentlichen Lieferungen von 3. u. 4. oder in Heften à 50 S. Verlag von Ernst Vieft Nachfolger, G. m. b. H., Leipzig. Die Hefte 28—30 belehren den Leser über die Verwendung der Gase beim Luftballon und über die ersten Versuche der Luftschiffahrt. Ein interessanter Theil des Werkes ist eine Beschreibung des Bergbaues. Fein ausgeführte Illustrationen veranschaulichen die in dieser Industrie verwendeten Geräte und Maschinen. Die Hefte 31—35 bringen eine Fortsetzung über Bergbau. Sie enthalten eine höchst belehrende, eingehende Beschreibung des großen Gebietes der Bergbaukunde. Besonders werthvoll wird das Buch durch die beigegebenen Rathschläge zur Verhütung von Unfällen, ferner durch die ausführliche Behandlung der Wetterlehre. Hervorzuheben wollen wir auch die zahlreichen guten Bilder, welche den Bau und die innere Eintheilung eines Bergwerkes veranschaulichen. Von ganz besonderem Interesse dürften aber jene Illustrationen sein, welche den Einstieg der Bergleute in den Schacht, die sogenannte „Fahrung“, darstellen. Ein näheres Eingehen auf alles Gebotene müssen wir uns aus Mangel an Raum leider versagen. Wir wollen uns damit begnügen, das Werk unseren Lesern als eine Quelle reicher Belehrung auf's Wärmste zu empfehlen.

Krach, Krise und Arbeiterklasse von Gg. Bernhard. Diese drei Bogen starke Broschüre (Preis 30 S.) kommt jetzt, im unmittelbaren Anschluß an die Nothstandsinterpellation im Reichstag und zur Illustration der ablehnenden Haltung der Regierung der bürgerlichen Parteien sehr zeitgemäß. In sieben Hauptkapiteln: Aufschwung — Vorböten der Krisis — Krach — Lehren der Krach — Wirkung der Krisis — Praktische Maßnahmen gegen den Krisen-Notstand — Sozialdemokratie und Krisis — erörtert der Verfasser, der selber als Fachmann im Handels- und Börsenleben zu Hause ist, eingehend diese Fragen und durch die kritische Schilderung der Bankkrach und Bankrotte im letzten Sommer bietet die Broschüre zugleich eine Materialiensammlung von bleibendem, historischem Werthe. Die Korruption der Börsenpresse und der enge Zusammenhang der frummelnden patriotischen Börsenswindler mit gewissen Hofkreisen und der bürgerlichen Ordnungspartei machen die Broschüre besonders zeitgemäß.

Briefkasten.

* **Hölzer** für Holzpatentoffel aus Erie liefert die Holz-Industrie-Gesellschaft in Luda (Sachsen-Altenburg).

Gr.-Osterleben, R. So geht das nicht, lieber Freund. Vor allen Dingen muß man, wenn man solche schweren Anschuldigungen öffentlich verbreiten will, Beweise haben und die Zeugen nennen, die eventuell eidlich vernommen werden können. Uns verlangt nicht nach Monate langem „Rittchen“.

Langensalza, W. S. Das Telegramm kam zwar für Nr. 2 noch früh genug, da es aber keine Unterschrift trug, konnte es nicht berücksichtigt werden. Vom 9. bis zum 22. Januar sind es aber 14 Tage und in dieser Zeit hätten Sie uns wohl schon brieflich über die Dinge am Orte berichten können. Die Kosten für das Telegramm hätten Sie also sparen können, wir wissen, daß „Sie das Geld nicht auf der Straße finden“. Also!

Breslau, 45 131. Ein Buch, das Ihrem Zwecke in jedem Falle entspricht, ist uns nicht bekannt, glauben aber, daß das Buch von Boose (J. Jun. der „Holzarb.-Btg.“) annähernd das enthält, was Sie zu wünschen scheinen. Preis A. 3,50.

Eisenach, R. R. Ihre Behauptungen bezüglich des Gerichtsvolkzwehers und der niedrigen ausgezahlten Löhne sind so schwerwiegend, daß wir Sie bitten müssen, uns darüber nähere Angaben zu machen und die Zeugen zu nennen.

Stralsund, St. Sie haben Recht. Es ist unerhört, daß die dortigen Kollegen so gleichgültig sind und dadurch nicht nur ihre gegenwärtige Lage verschlechtern, sondern, wenn auch ungewollt, eine Verbesserung derselben in nächster Zukunft verhindern. Soll es dort besser werden, müssen die Kollegen selbst es wollen und dazu gehört, daß sie sich alleamt an der Stelle einfinden, wo über Mittel und Wege beraten werden soll.

Gerne, W. Sch. Ein Werk für Möbel im Jugendstil (A. 7,50) können Sie von unserer Expedition beziehen. Bauarbeiten im gleichen Stil erhalten Sie zum Preise von A. 15 von J. Kettebush in Nürnberg.

Münster. Seit dem 6. Januar haben wir nicht erfahren, welchen Verlauf die Dinge dort genommen. Ihre Auffassung, daß die Firma ein öfterer Gast vor dem Gewerbeamt sein wird, zweifeln wir garricht an, aber die Fabrikordnung giebt dazu keinen Anlaß. Uebrigens sind wir noch recht sehr im Zweifel, ob die Kollegen richtig handelten, als sie sich weigerten, ihre Unterschrift zu geben. Wenn Sie den „christl. Holzarb.“ gelesen und dann doch nicht verkaufen haben, was wir meinten, können wir Ihnen nicht helfen. Ihr Eingekauft haben wir der Prehkommision überwiesen.

Berlin, L. R. wegen des Festtags aller — gutgesinnten Patrioten um einen Tag zu spät. Wie Du siehst, sind unsere Auffassungen die gleichen. Gruß.

burg, für die Referenten innerhalb des Gau's feste Diäten aufzustellen, erlegte sich damit, daß der Gauvorstand die Güte bekannt giebt, nachdem er jetzt bezahlt und diese Güte als feststehende anerkannt werden. Weiter wurde beschlossen, die Kosten der Konferenz für die Zahlstelle Koenneburg auf die Gaukasse zu übernehmen. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Der nächste Verbandstag“, empfiehlt Werner-Gera, eine Verständigung über die Delegiertenfrage herbeizuführen und bemängelt die Aufstellung der Kandidaten nach ihrem Programm in der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Der nächste Punkt der Tagesordnung, der durch Beschluß der Konferenz als letzter gestellt wurde, das Referat des Kollegen Neumann-Weizensfeld über: „Die Taktik bei Lohnbewegungen in der Krise“, mußte der vorgeschriebenen Zeit halber abgesetzt werden. Die Verhandlungen hatten somit ihr Ende erreicht und nach einem Schlußwort des Kollegen Werner-Gera, in dem er zu tüchtiger Unterstützung des Gauvorstandes durch alle Zahlstellen aufzuforderte, wurde die Konferenz nach sechsstündiger Tagung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Konferenz des 15. Gau's abgehalten am 19. Januar in Hamburg.

Vertreten waren sämtliche zum Gau gehörenden 21 Zahlstellen durch je einen Delegierten. Die Konferenz wurde um 1 1/2 Uhr vom Gauvorsteher Deinhard mit einer Begrüßung der Delegierten eröffnet. Aus dem Geschäftsbericht, den derselbe hierauf erstattete, ist hervorzuheben: Im Gau wurden im Jahre 1901 auf Veranlassung des Gauvorstandes 40 Versammlungen abgehalten, außerdem fanden sieben Klassenrevisionen statt, in Streit- und sonstigen Angelegenheiten hatte der Gauvorstand 20 mal eingzugreifen, an Korrespondenzen gingen 168 Sendungen ein und 246 Sendungen aus. Trotz der die gewerkschaftliche Tätigkeit behindernden schlechten Geschäftslage ist ein weiteres Anwachsen der Mitgliedsziffer des Verbandes im Gau von 4290 am 1. Januar 1901 auf 4571 am 1. Januar 1902 zu verzeichnen. An dem Mitgliederzuwachs ist Hamburg mit 176, Altona mit 109 und Wandsb. mit 13 beteiligt. Bei der Beurteilung der Ausbreitungstätigkeit unseres Verbandes im 15. Gau ist zu berücksichtigen, daß die Ausbreitungstätigkeit in mehreren Orten, so in Altona, Geesthacht, Glückstadt, Segeberg, Oldesloe, Blankeneje, nur einen beschränkten Erfolg erzielt. So konnten die Bauanschläger in Hamburg einen bedeutenden Verbesserungen enthaltenden Tarif durchsetzen; die Tischler Elmshorns führten ihre Bewegung mit teilweisem Erfolg zu Ende; weiter setzten in Vegesdorf, Glückstadt und Eidelstedt die Storbmacher, in Schiffb. die Stellmacher, in Oldesloe, Segeberg die Tischler, in Blankeneje und Wandsb. ebenfalls die Tischler in einigen Werkstätten Verbesserungen durch. Bei zahlreichen Arbeitslosen mußte der Gauvorstand eingreifen.

Es folgt der Bericht der Delegierten aus den einzelnen Zahlstellen. Behnke-Harburg: Die Agitation schriftlich und mündlich, welche seitens des Gauvorstandes unterstützt wurde, hatte leider nicht den gewünschten Erfolg. Der Mitgliederstand ist dauernd unbeständig, was in der Hauptsache darauf beruht, daß die jüngeren Kollegen nicht beizubringen, in Hamburg Arbeit zu erhalten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig, und trotzdem hat die Zunft beschlossen, eine „Regelung“ derselben vorzunehmen. Was wir davon zu halten haben, darüber dürfte Niemand im Zweifel sein; jedoch sind wir nicht gewillt, uns weitere Bebrüdungen aufbürden zu lassen; unsere Kollegen rechnen vielmehr stattd. damit, daß im kommenden Sommer ein Fortschritt zu erzielen ist.

Neumann-Hamburg verweist auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht seiner Zahlstelle. Nebst giebt einige Erläuterungen der einzelnen Kapitel, dabei hauptsächlich auf die augenblickliche Lage der Holzindustrie verweisend. Er schildert die Schwierigkeiten, welche der Gewerkschaft hindernd im Wege stehen, um vornehmlich an Arbeitern in der Holzindustrie, der Bürsten- und P...elindustrie, der Korb- und der Stellmacherei vortheilhaftere Arbeitsbedingungen oder sonstige Erleichterungen zu verschaffen.

Do II-Altona schließt sich diesem im Wesentlichen an. Ueberdies konstatiert derselbe, daß in Altona zwischen dem Holzarbeiterverband und der Tischlerinnung ein durchaus anerkannterwünschtes Gegenleistungsverhältnis bestehe. Durch die Zusammenlegung der Arbeitsnachweise beider Korporationen sei für unseren Verband ein guter Fortschritt erzielt worden.

Stricker-Schiffb. kommt bei seinem Bericht auf die diesjährige Lohnbewegung der dortigen Stellmacher zu sprechen und kritisiert die Haltung des Gauvorstandes, da dieser nach seiner Meinung den Arbeitgebern viel zu weit entgegen gekommen sei. Dieses wird von Neumann, der die Sache geleitet hat, unter Darlegung aller einschlägigen Momente zurückgewiesen. Die Versammlung schließt sich Legere an.

Schuldt-Oldesloe kann einige im letzten Jahre erreichte Verbesserungen in Bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit berichten. Die Delegierten aus Blankeneje, Glückstadt, Wandsb., Wilhelmsh. und Segeberg schildern in zum Theile recht eingehender Weise die Situation ihrer Zahlstellen. Aus allen Berichten ist zu konstatieren, daß der Geist der Organisation, das Solidaritätsgefühl unter den Holzarbeitern auch im letzten Jahre wesentlich gestiegen und weiter ausgebreitet wurde. Für diesen Fortschritt müssen wir vorläufig zufrieden sein, in der Hoffnung, daß wir in Zukunft größere Erfolge erzielen werden.

Bei der Frage: „Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverband“, giebt der Referent, Kollege Sarrau, ein Bild von der Nothwendigkeit und Wichtigkeit dieses Unterstützungszweiges für unseren Verband. Eine Wiedergabe des Referates und der Diskussion an dieser Stelle dürfte sich erübrigen, da die hiesige Geschäftsstelle demnach in einer Extra-Mitglieder-versammlung zu der Sache Stellung nehmen wird. Die Referent hat, daß mancher frühere Gegner in das Gebiet umgewandelt, ja, daß eigentliche Gegner der Arbeitslosenunterstützung heute kaum mehr zu finden sind.

Selbst aus den kleineren Zahlstellen, aus welchen bisher immer die größte Gegnerschaft sich rekrutierte, weil behauptet wurde, einmal sei in diesen Zahlstellen die Arbeitslosigkeit keine so große, dann sei aber auch des niedrigen Verdienstes wegen die Zahlung des erforderlichen höheren Beitrages nicht möglich, trat eine Reihe von Delegierten auf, welche Namens ihrer Mitgliedschaften für die Einführung plaidirten. Die seitens des Hauptvorstandes sowohl wie auch einzelner Kollegen gelieferten rechnerischen Unterlagen, wonach mit einem Mehrbetrag von 10 % pro Woche eine Unterstützung von M. 6-10, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, zu zahlen möglich wäre, wurde von verschiedenen Seiten angezweifelt. Man fürchtete, daß, wenn der Verband mit einem solch niedrigen Beitrag derartig hohe Verpflichtungen übernehmen würde, dann nothgedrungen die Führung des wirtschaftlichen Kampfes, auch wo vielleicht nicht aussichtslos, dennoch aus Mangel an finanziellen Mitteln unterbleiben müsse. Dazu will man sich nicht verstehen, es gilt daher, die Mitglieder für die Zahlung eines ausreichenden Beitrages zu gewinnen, wenn diese schon längst nothwendige Einrichtung auch bei uns zur Thatsache werden soll.

Die Delegierten einigen sich schließlich auf folgende, von Neumann vorgeschlagene Resolution: „Die Konferenz des 15. Gau's erklärt: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Holzarbeiterverband ist als eine Pflicht gegen die arbeitslosen Kollegen und als ein organisatorischer Fortschritt zu betrachten. Die Konferenz ist aber der Überzeugung, daß ein Beitrag von mindestens 40 % nothwendig sein wird, um diesen Unterstützungszweig einführen zu können. Auf Grund dieses Beitrages mögen die Delegierten in ihren Zahlstellen für die Einführung Propaganda machen.“

Diese Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

Bei Punkt 5 stellt Behnke-Harburg Namens seiner Zahlstelle den Antrag, für die Folge keine Zuschüsse aus der Gaukasse an die Hamburger Zahlstelle zu leisten. Der Antrag wird von Do II, Vietz und Neumann bekämpft und abgelehnt.

Ein weiterer Antrag Behnke, der Zahlstelle Harburg zwecks Agitation M. 50 aus der Gaukasse zu überweisen wird nach längerer Debatte zurückgewiesen.

Vietz beantragt, die nächste Gaukonferenz erst in zwei Jahren stattfinden zu lassen. Er begründet dies damit, daß die vor dem jedesmaligen Verbandstage stattfindende Konferenz eigentlich nur dem vorhandenen Bedürfnis entspreche. In der Zwischenzeit mangle es an Verhandlungsstoff, die Gelder, welche die Konferenz koste, könnten nützlicher angewendet werden. Stube ersucht um Ablehnung des Antrages. Die Kosten würden reichlich aufgewogen durch den Werth, welcher in der gegenseitigen Annäherung und Aufklärung liege. Do II schließt sich dem an. Der Antrag wird gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Die nächste Gaukonferenz findet demnach im Jahre 1909 in Hamburg statt.

Damit sind die Verhandlungen beendet. Mit einem Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband, welches bei den Theilnehmern begeisterten Widerhall findet, schließt der Vorsitzende um 6 1/2 Uhr den Gautag.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

In der Zalusie- und Kolladenfabrik von Möhner & Co. in Stuttgart sind sämmtliche 18 Arbeiter in den A. u. S. stand getreten. Der Anlaß dazu ist die Einführung der Akkordarbeit mit außerordentlich niedrigen Preisen. Jedenfalls wird diese Firma nun versuchen, auswärts Arbeiter anzuwerben. Wir eruchen daher die Kollegen allerorts, für die nöthige Bekanntmachung zu sorgen, damit der Bezug nach der genannten Fabrik ferngehalten wird.

Die Differenzen bei Berndt & Naumann in Jena sind noch nicht beigelegt. Die Firma versucht Tischler und Glaser von auswärts heranzuziehen, was ihr aber nicht gelingen will. Da die Firma auf ihrem Standpunkt verharrt, nicht nachzugeben, bleibt die Sperre nach wie vor bestehen und wird deshalb dringend ersucht, daß Glaser und Tischler fernbleiben.

Die Tischler in Worms befinden sich in acht Werkstätten in einem Abwehrkampf wegen 8-10 procentigem Lohnabzug. Alle Versuche, eine Einigung zu erzielen, waren vergebens. Bis auf einen haben sämmtliche Kollegen die Arbeit eingestellt. Arbeit ist am Plage genügend vorhanden. Die Arbeitsverhältnisse sind so schlecht, daß sich die Kollegen einen weiteren Lohnabzug nicht gefallen lassen konnten. Sie glauben, bei festem Zusammenhalten und mit der moralischen Unterstützung der auswärtigen Kollegen, indem der Bezug ferngehalten wird, bald einen Sieg melden zu können.

Die Firma Kromer & Co. in Reudern bei Nürtingen, den württembergischen Kollegen gut bekannt, hat schon wiederholt Differenzen mit ihren Arbeitern gehabt. Entweder zahlte sie den Lohn nicht, wenn er fällig war, oder machte unbillige Lohnabzüge, gab Versprechungen und hielt sie nicht, behandelte die Arbeiter in ganz ungehöriger Weise - kurz es gab dort immer etwas Neues und immer entstanden daraus erneut Differenzen. So auch jetzt wieder. Die Firma hat vor Kurzem einen Akkordtarif mit den Arbeitern vereinbart und jetzt kündigt sie derselbe nicht mehr. Die Folge war, daß zwei Drittel der Arbeiter kündigten und am Zahltag kein oder zu wenig Geld erhielten. Die Firma resp. deren Theilhaber, Herr Epple, erklärte in seiner zynischen Art: „Das machen wir, wie wir wollen; glaubt Ihr vielleicht, man giebt Euch Euer Geld, damit Ihr uns davonliegen könnt? Ihr müßt überhaupt froh sein, wenn ich Euch morgen bezahle!“ Damit nicht noch mehr Kollegen üble Erfahrungen mit der Firma machen, wird gebeten, sich einige Kilometer von den Stadtmauern Reuderns entfernt zu halten.

Aus den Bezirken der Holzbranche.

Zur Bekämpfung der Möbelpolirerkonferenz in Berlin schreibt uns der „Delegierte“ aus Dresden, A. Kleisch, daß er zwar aus eigenem Interesse, aber mit Zustimmung mehrerer Kollegen nach Berlin gereist sei und sie auch gemeinsam die Kosten getragen hätten, wenn dies nicht der Möbelpolirer-Verband that. Er theilt dann weiter mit, daß die Gründung

einer Zahlstelle schon in den nächsten Wochen erfolgen würde. Daß Bruno Seidel von alledem nichts wußte, räumt er ein, da er und seine Quertreiberkollegen ihm nichts davon erzählt, sondern hinter seinem Rücken falsche Karten gespielt haben. Netze Gesellschaft! Wir gönnen sie dem Möbelpolirerverband von Herzen gerne.

„Der Arbeitsnachweis der Tischler- und Drechsler-Zunft in Koblenz ist werthlos. Ich bin für Aufhebung desselben, da die Leistungen der Meister geradezu läglich genannt werden müssen. Der Holzarbeiterverband hat an unserem Orte an durchreisende Gesellen über M. 700 ausgezahlt. Das ist eine Summe, die sich in Anbetracht der Fälschung der Meister hören lassen kann.“ So ungefähr sprach der Vorsitzende des Gesellenausschusses in einer Koblenzer Zunftversammlung, und der Obermeister räumte ein, daß diese Mittheilung wirklich für viele Meister beschämend sei, da noch viele sich weigerten, ein paar Groschen für die Erhaltung ihres Standes auszugeben. Trotz der täglichen Leistungsfähigkeit der Meister wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis beizubehalten. Nicht Fortschritt, sondern Rückschritt ist die Parole der Handwerksmeister.

Nur ein mageres Geschäft machte im vorigen Jahre die Firma Schneider & Hanau, A.-G., Frankfurt a. M. Die Gesellschaft, die im März v. J. ihr Aktienkapital von M. 700 000 auf M. 1 000 000 erhöhte, hat gleichwohl im abgelaufenen Jahre mit stark rückgängigem Gewinn gearbeitet. Während der Fabrikationsüberschuß sich von M. 255 889 auf M. 176 637 reduzierte, sind die Unkosten von M. 110 587 auf M. 184 054 gestiegen. Obwohl die Abschreibungen von M. 37 950 auf M. 15 021 reduziert wurden, beschränkt sich der Reingewinn auf M. 27 562 (im Vorjahre M. 97 352) und einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen M. 12 835 sind M. 40 397 (M. 98 624) verfügbar. Die Dividende wurde auf 4 pZt. (i. V. 8 pZt.) festgesetzt, woran die neuen Aktien erst zur Hälfte theilnehmen, während sich der Gewinnvortrag von M. 12 835 auf M. 1936 verringert. Infolge der Kapitalerhöhung sind die laufenden Verpflichtungen neben M. 181 050 (wie i. V.) Hypothekenschuld von vorjährigem M. 220 480 auf M. 83 875 zurückgegangen. Dagegen haben sich die Debitoren von M. 379 722 auf M. 391 149 erhöht, das Immobilienkonto von M. 314 949 auf M. 333 574 und die Vorräthe von M. 461 460 auf M. 530 752.

Die Krise in der Holzindustrie macht sich auch bei der Firma Hermann Schütt, Akt.-Ges., Gerszt, Westpr., äußerst fühlbar bemerklich. Das Unternehmen ist im Oktober 1897 mit einer Mill. Mark Kapital gegründet. Im Jahre 1899 wurde dasselbe auf 1 1/2 Mill. Mark erhöht. Im ersten Geschäftsjahre wurden 8 pZt., in den Jahren 1898 und 1899 je 10 pZt., für 1900 4 pZt. Dividende ausgezahlt. Für das Jahr 1901 dürften die Aktionäre leer ausgehen, und was noch schlimmer für sie, ihr Kapital ist in Gefahr. Wir entnehmen der „Frankf. Btg.“, daß inzwischen die Verhältnisse sich noch ungünstiger gestaltet haben, denn die am 12. Februar d. J. aberaumte Generalversammlung will über eine Sanirung der Gesellschaft Beschluß fassen. Beabsichtigt ist die Ausgabe von Vorrechtsaktien bis zum Betrage von M. 500 000, wobei den das Vorkaufsrecht nicht ausübenden Aktionären die Zusammenlegung ihrer Aktien im Verhältniß von drei zu eins angedroht wird. Mit dem Beginn des Geschäftsjahres 1906/7 sollen diese Vorkaufsaktien mittelst Auslösung zu 110 pZt. zurückgekauft werden.

Die Aktionäre sind außer Fassung und verlangen, daß ihnen vor der Versammlung eingehender Aufschluß gegeben werde, wodurch die Lage des Unternehmens sich derart verschlechtert habe, daß eine solche Sanirung (Verbeiführung eines gesunden, aktions- und bestandfähigen Zustandes, auf Kosten der Aktionäre allerdings) nothwendig erscheine.

Die Möbelfabrikation in Stuttgart leidet gleichfalls unter dem wirtschaftlichen Niedergang. Ein hervorragender Vertreter der Stuttgarter Möbeldindustrie hat dem Korrespondenten der „Frankf. Btg.“ berichtet, daß noch keine Anzeichen auf Besserung vorhanden seien. Im Lande mache sich die gleiche Tendenz wie in Stuttgart geltend. Das sind ja trübe Aussichten!

Aus Australien. Der Möbelarbeiterverband von New-Süd-Wales schreibt unterm 9. Dezember v. J. aus Sydney an den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes:

„Es wird von mehreren Firmen dieser Stadt beabsichtigt, Klavierarbeiter wie auch Kunsttischler aus Deutschland heranzuziehen, weil sie einen Aufschwung dieser Industrie erwarten infolge des Wohlstandes, welcher für die vereinigten Kolonien festgesetzt ist. Die vereinigten Möbelarbeiter eruchen Sie, die Mitglieder Ihres Verbandes zu warnen, daß sie keinen Kontrakt unterzeichnen, ohne sich zuvor mit uns in Verbindung gesetzt zu haben. Der Lohn, welcher hier viel höher ist als in Deutschland, würde gewiß viele Arbeiter zur Auswanderung nach Australien bestimmen, aber die Ausgaben für's Leben sind hier auch dementsprechend hoch. Wir sehen oft Arbeiter hier antommen, welche einen Vertrag gemacht haben mit einem Lohn, niedriger als unser maßgebender Satz. Zwar sind in der Fremde geschlossene Verträge hier ungültig, bei ihrer Ankunft hier unterschreiben die Leute aber sofort nochmals, und da müssen sie die vereinbarten Bedingungen erfüllen. Wie eruchen Sie, dies öffentlich bekannt zu machen. Jedoch möchten wir nicht, daß Sie denken, wir hätten einen schlechten Willen gegen Deutsche oder irgend welche Ausländer, vielmehr ist unser einziger Wunsch die Aufrechterhaltung unserer Löhne und der Erfolge unserer Organisation.“

Der Verbandsvorstand setzt von allen deutschen Klavierarbeitern und Tischlern voraus, daß sie diesem berechtigten Verlangen der australischen Kollegen entsprechen und sich gegebenenfalls an die nachstehende Verbandsadresse wenden werden:

United Furniture Trade Society of New South Wales, Sydney, Trades Hall, Goulburn & Dixon Streets.

Gewerkschaftliches.

Der Maurerverband war am Ende des vorigen Jahres mit der Geschäftsleitung der Lokalorganen der Maurer-Kleber-Richtung in Berlin in Unterhandlung getreten, um eine Vereinigung beider Richtungen herbeizuführen.

Dieselbe scheiterte an dem ablehnenden Verhalten der Metzler, was die Braunschweiger „Freie Vereinigung der Maurer“, von welcher die erste Anregung zu diesen Einigungsverhandlungen ausgegangen war, veranlagte, nun ihrerseits die Sache in die Hand zu nehmen. Auf ihre Einladung hin fand nunmehr am 29. Dezember 1901 in Braunschweig eine Konferenz statt, an welcher außer den Vertretern des genannten Vereins, solche von Lokalorganisationen aus 10 Orten Braunschweigs teilnahmen und wo folgende Resolution angenommen wurde:

„In Erwägung, daß eine Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, im Kampfe gegen das Kapital die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben, möglichst alle Arbeiter in sich vereinigen muß, in weiterer Erwägung, daß die prinzipiellen Gegensätze, welche bisher noch hemmend zwischen den Organisationen der Maurer vorhanden waren, beseitigt sind — und in weiterer Erwägung, daß durch die Verhandlungen der beiden bestehenden Maurerorganisationen leider keine Einigung erzielt wurde, beschließt die heutige Konferenz: Alle anwesenden Delegierten verpflichten sich, möglichst eingehend in den Verhandlungen ihrer Organisation darüber zu diskutieren, ob es zweckmäßig sei, sich dem Zentralverband der Deutschen Maurer anzuschließen.“

Die Braunschweiger „Freie Vereinigung der Maurer“ hat hierauf mit 198 gegen 50 Stimmen beschlossen, sich dem Maurerverband anzuschließen.

Mit der Zeit wird es recht einsam um den Regierungsbaumeister. Die sämtlichen Lokalorganisationen, die bisher noch seiner Fahne folgten, gehen seit Jahren den Krebsgang — die Lokalbvereine der Maurer sind beispielsweise von 34 000 Mitglieder auf 4600 gesunken. Und nun werden auch noch ganze Vereine fahnenlos. Es ist das ein günstiges Zeichen für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Schlussrechnung des Formerverbandes, der ja bekanntlich am 1. Oktober zum Metallarbeiterverband übergetreten ist, wird nunmehr in der „Metallarbeiterzeitung“ veröffentlicht. Darnach übernahm der Metallarbeiterverband vom Zentralverein der Former $\text{M} 21\ 395$ Schulden, die sich durch nachträgliche Rückzahlungen dieser Organisation auf $\text{M} 14\ 902,89$ verminderten. Die Mitgliederzahl des Formerverbandes war von 7937 am 1. Jan. 1901 auf 5378 am 30. September desselben Jahres zurückgegangen, was neben dem ungünstigen Kassenbestande wohl am überzeugendsten den Uebertritt zum Metallarbeiterverband nahelegen mußte. Aus der für das erste, zweite und dritte Quartal 1900 gebrachten Abrechnung des Formerverbandes ist noch besonders bemerkenswert, daß in diesem drei Vierteljahre an 766 Mitglieder für 15 968½ arbeitslose Tage $\text{M} 15\ 894,72$ Arbeitslosensunterstützung u. g. außerdem $\text{M} 12\ 103,45$ Reise-Unterstützung gezahlt worden ist.

Der Porzellanarbeiterverband veröffentlicht soeben seinen Rechnungsabschluss für das Jahr 1901, der in Einnahme und Ausgabe mit $\text{M} 93\ 626,66$ bilanziert. Von den wichtigeren Ausgaben des Verbandes nennen wir $\text{M} 46\ 681,94$ an Ausschüsse an die Zahlstellen (Streikunterstützung z.), $\text{M} 6733,88$ Gehälter, im Uebrigen Rückzahlungen von Darlehen im Betrage von $\text{M} 14\ 000$, die sich durch die feinerzeitige Festlegung des Vermögens notwendig machten. Für „Die Ameise“ wurden $\text{M} 16\ 821,52$ für Unterstützungen (Beihilfefonds) $\text{M} 16\ 684,01$ verausgabt. Das derzeitige Vermögen des Verbandes besitzert sich auf $\text{M} 92\ 400,41$ in der Verbandskasse, $\text{M} 18\ 844,19$ im Beihilfefonds und $\text{M} 6810,88$ in der Kautionskasse. Am Schlusse des dritten Quartals 1901 hatte der Verband in 141 Zahlstellen 8526 Mitglieder (für das vierte Quartal ist die Mitgliederzahl noch nicht festgestellt), gegen das dritte Quartal 1900 hat der Verband einen Verlust von rund 700 Mitgliedern zu verzeichnen.

Der Steinarbeiterverband hat seinen nächsten Verbandstag auf Pfingsten dieses Jahres nach Leipzig einberufen. Um für die im Verband geplante Arbeitslosensunterstützung eine Berechnungsgrundlage zu schaffen, wird in den Monaten Januar, Februar, März und April innerhalb der Organisation je eine Arbeitslosenzählung stattfinden. Die erste dieser Zählungen wird am 31. Januar abgeschlossen.

Die Gründung einer Genossenschaft zur Errichtung eines Arbeiter-Gewerkschaftshauses wurde in voriger Woche in Köln vollzogen. In Köln sind die Lokalverbände für unsere Arbeiterorganisationen seit Jahren sehr ungünstig; zeitweise sind nicht nur der sozialdemokratische Verein, sondern auch verschiedene Gewerkschaften völlig obdachlos gewesen, was schon frühzeitig zur Schaffung eines Lokalfonds und zu eingehenden Besprechungen der Frage der Gründung eines eigenen Heims Veranlassung gab. Nunmehr konnte die zur Betreibung dieser Angelegenheit eingesetzte Lohnkommission berichten, daß ihr zur Gründung eines eigenen Heims genügend Kapital zur Verfügung steht, um der Realisierung des Projektes näher treten zu können. Es ist der Kölner Arbeitergesellschaft zu wünschen, daß ihr die trüben Erfahrungen erspart bleiben, die in letzter Zeit mit den Gewerkschaftshausgründungen in Fürth und Pforzheim gemacht worden sind.

Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Treiberereien der ultramontanen Brotwäckerer Süddeutschlands, dem christlichen Metallarbeiterverband ob seines getreidegollgegnersischen Standpunktes in dem künstlich aufgepöppelten sauerländischen Gewerksverein für christliche Metallarbeiter eine Konkurrenzorganisation entgegenzusetzen, scheinen bei den christlichen Metallarbeitern selbst wenig Gegenliebe zu finden. Benigntens geht das aus der neuesten Nummer des „Der deutsche Metallarbeiter“ hervor, der einen energischen Protest der süddeutschen christlichen Metallarbeiter enthält. In dieser Erklärung, die von den Vorständen des christlichen Metallarbeiterverbandes der Zahlstellen München, Stuttgart, Karlsruhe, Augsburg, Nürnberg und Fürth, Mannheim-Neckarau, Freising, Cannstatt, Waldshut, Straubing, Würzburg, Kaiserlautern, Landsbut, Ingolstadt, Regensburg und Pforzheim unterzeichnet ist, wird mit seltener Deutlichkeit ausgesprochen, daß man sich von den christlichen Brotwäckerern nicht an den Wagen fahren läßt.

Es heißt da u. A.: „Sie erklären, daß sie mit der sachkundigen Leitung ihres Verbandsvorsitzenden Wieber, mit dessen Bestrebungen, den Verband zu fördern und besonders dem Bestreben, die Selbstständigkeit des Verbandes zu wahren, vollständig einverstanden sind. . . Die genannten Vorstände und Ortsgruppen legen ferner mit Entschiedenheit Verwahrung ein gegen Machinationen, wie dieselben von verschiedenen Seiten geplant und gefördert werden, um die christlichen Metallarbeiter zu ihrem eigenen Verderben auseinander zu reißen. Die Unterzeichneten erklären ferner, daß diese Spaltungsversuche nicht von Angehörigen des Verbandes, sondern von Personen betrieben werden, welche in keiner Weise mit dem Verbandsverbande in Verbindung stehen. . .“ — Durch diese Erklärung wird bestätigt, daß die christlichen Gewerkschaften, wenigstens in der Auffassung der Zentrumschristen, lediglich als Mietkassentruppen der Zentrumsparthei angesehen werden, mit denen man thun und lassen kann, was man will.

Harmonie zwischen Arbeit und Kapital in Amerika!

Eine recht sensationelle Nachricht berichtete der Telegraph Mitte Dezember aus Amerika: Auf Einladung eines bürgerlichen Vereins, der „National-Civic-Federation“ sollte eine Vereinigung zusammengetreten sein, die sich aus zwölf Vertretern der organisierten Arbeiterkass und 24 Kapitalisten, darunter die bedeutendsten Dollarsmilliardäre und Trustleiter, zusammensetzt, und deren Zweck es sein soll, ein besseres Einvernehmen zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, und gleichermäßen Ausstände und Aussperrungen der Arbeiter zu verhindern. Die Nachricht klingt etwas unglaublich, um so mehr, als nach der telegraphischen Meldung der Leiter des Stahlarbeiterverbandes, Schaffer, mit eben jenen Führern des Stahltrusts, Charles M. Schwab an ihrer Spitze, Freundschaftsbeziehungen ausgetauscht haben sollte, mit denen die Stahlarbeiter noch vor kurzem in einem erbitterten Kampf lagen; und doch war die Meldung richtig. Die Zusammenkunft fand statt und auch ein „Friede“ kam zwischen diesen beiden kriegführenden Mächten zu Stande, indem das eingeleitete Comité eine Rundmachung abfaßte, worin es u. A. heißt:

„Zweck und Ziel dieses Departements soll nach bestem Ermessen sein, industriellen Frieden zu fördern; zwischen Arbeitgeber und Arbeiter gerechte Beziehungen zu gestalten, durch seine guten Dienste zu versuchen, Streiks und Lockouts zu verhüten und zu verhindern, und dort industrielle Beziehungen zu etablieren, wo Differenzen bestanden.“

„Zu jeder Zeit sollten Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber, organisierte sowohl als nichtorganisierte, behufs Beilegung von Differenzen oder Streitigkeiten konferieren, ehe es zu einem Bruch gekommen ist, und auf diese Weise Streiks oder Lockouts vermeiden, sowie deren Zahl vermindern.“

„Der Abschluß von gegenseitigen Verträgen betreffs der Bedingungen, unter welchen Arbeit verrichtet wird, soll ermutigt werden, und wenn ein derartiger Vertrag abgeschlossen worden ist, sollen die Bedingungen von beiden Parteien auch nach den Klauseln und im Sinne des Kontraktes eingehalten werden.“

„Dieses Departement soll auf Ersuchen, entweder als ganzes Comité, oder, wenn ein Subcomité ernannt wird, als Forum für die Beilegung von Differenzen oder für die Fällung von Entscheidungen in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern fungieren, vorausgesetzt, daß die Sache nach Ansicht des Comités wichtig genug erscheint.“

„Dieses Departement wird keine abstrakten industriellen Probleme in Erwägung ziehen.“

„Dieses Departement wird nicht die Macht für irgend welche Vermittelung übernehmen, außer wenn beide in einem Streite begriffenen Parteien demselben diese Macht übertragen.“

Das Ganze läuft auf eine Dämonisierung der Arbeiter hinaus. War es schon für deutsche Verhältnisse ein Anachronismus, von einer Harmonie zwischen Arbeit und Kapital zu reden — wie das von unseren kapitalistischen Wirtschaftspolitikern und den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen immer geschwiegen ist — so trifft das für Nordamerika doppelt und dreifach zu. Mit Leuten, die, wie Schwab, Tausende von Arbeitern ausbeuten, die, wie Mac Hanna, ihren Arbeitern Hungerlöhne zahlen, und denen kein Mittel bisher unsauber genug war, wenn es galt, die Arbeiter niederzudrücken, mit Leuten wie Cleveland, der streitende Arbeiter niederschleichen ließ, Frieden zu schließen, und diese Kapitalhais dann noch als Arbeiterfreunde herauszutreten, ist durch nichts Anderes, als durch einen Verrat an den Arbeitern möglich. Sehr richtig kennzeichnet die „New Yorker Volkszeitung“ dieses Verhalten der an der Konferenz beteiligten Arbeiterführer, wenn sie sagt:

„Indem die betreffenden Arbeiterführer, angesichts der ihnen Allen wohlbekannten Thatsachen der Vergangenheit, sich in ihrer ungläubigen Unwissenheit und Verblendung — von anderen Motiven ganz abgesehen — in diese Position haben drängen lassen, haben sie — gleichgültig ob bewußt oder unbewußt —, soweit an ihnen liegt, die Sache der organisierten Arbeit an die Kapitalisten verrathen und verkauft!“

An diesen Thatsachen werden die schönen Redensarten des korrupten Politikers Mac Hanna und anderer Kapitalhais, wie auch diverse bischöfliche Segen eines an der Konferenz ebenfalls beteiligten Erzbischofs Irelands nichts ändern, und auch die „Frankf. Ztg.“, die von den Ergebnissen dieser Friedensbetreibung ziemlich enttäuscht zu sein scheint, wird noch früh genug erfahren, daß die Arbeiter dabei die Gelackmeierten sind.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Affordarbeit und Kündigungsausschluß. Die Tischler R. und S. hatten in der Fabrik des Herrn Landré in Jena einen Afford zum Preise von $\text{M} 165$ übernommen. Nachdem sie den Aufriß gemacht hatten, mußten sie eine andere Arbeit im Lohn ausführen. Darin wurden sie plötzlich entlassen, ohne daß man ihnen zur Fertigstellung jenes Affordes Gelegenheit gab. Sie verklagten deshalb die Firma beim Gewerbegericht auf Auszahlung der gesamten Affordsumme von $\text{M} 165$. Der Beklagte wandte unter Anderem vor der Kammer IV ein, daß in seinem Betriebe die Kündigungsfriß durch Fabrikordnung ausgeschlossen und darnach eine jederzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses gestattet sei.

Die Kläger erwiderten, daß ihrer Meinung nach der Affordvertrag durch den Kündigungsausschluß nicht berührt werde. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, daß bei Kündigungsausschluß die Arbeiter ein Recht auf die Fertigstellung des Affordes nicht hätten, wenn dies nicht ausdrücklich vereinbart wäre. Demzufolge sei auch nur die bereits geleistete Arbeit zu bezahlen. Auf Anrathen des Gerichts begnügten sich die Kläger mit je $\text{M} 2$ für den Aufriß und verzichteten im Vergleichsweg auf das Uebrige.

Wenn also Kündigung in einer Werkstatt nicht besteht, brauchen auch die Arbeiter ihren Afford nicht fertig zu machen, sondern können jederzeit das Arbeitsverhältnis lösen! Das ist die Konsequenz des Jenaer Gewerbegerichtsbeschlusses. Da diese Praxis häufig, besonders in Berlin, befolgt wird, werden die Arbeiter als Vertragsbrüchige in den Zeitungen bekannt gegeben. Also hin und her, „wie's trefft“.

Literarisches.

Die illustrierte Welt der Erfindungen, eine geschichtliche und technische Darstellung aller Erfindungs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie sowie des heutigen Weltverkehrs. Unter Mitwirkung namhafter Fachmänner herausgegeben von J. G. Vogt, 2. Auflage. In wöchentlichen Lieferungen à 10 S oder in Heften à 50 S . Verlag von Ernst Riefel Nachfolger, G. m. b. H., Leipzig. Die Hefte 26—30 belehren den Leser über die Verwendung der Gase beim Luftballon und über die ersten Versuche der Luftschiffahrt. Ein interessanter Theil des Werkes ist eine Beschreibung des Bergbaues. Sein ausgeführte Illustrationen veranschaulichen die in dieser Industrie verwendeten Geräte und Maschinen. Die Hefte 31—35 bringen eine Fortsetzung über Bergbau. Sie enthalten eine höchst belehrende, eingehende Beschreibung des großen Gebietes der Bergbaukunde. Besonders werthvoll wird das Buch durch die beigegebenen Rathschläge zur Verhütung von Grubenunglücksfällen, ferner durch die ausführliche Behandlung der Wetterlehre. Hervorzuheben wollen wir auch die zahlreichen guten Bilder, welche den Bau und die innere Eintheilung eines Bergwerkes veranschaulichen. Von ganz besonderem Interesse dürften aber jene Illustrationen sein, welche den Einstieg der Bergleute in den Schacht, die sogenannte „Fahrung“, darstellen. Ein näheres Eingehen auf alles Gebotene müssen wir uns aus Mangel an Raum leider verjagen. Wir wollen uns damit begnügen, das Werk unseren Lesern als eine Quelle reicher Belehrung auf's Wärmste zu empfehlen.

Krach, Krise und Arbeiterklasse von Gg. Bernhard. Diese drei Bogen starke Broschüre (Preis 30 S) kommt jetzt, im unmittelbaren Anschluß an die Nothstandsinterpellation im Reichstag und zur Illustration der ablehnenden Haltung der Regierung der bürgerlichen Parteien sehr zeitgemäß. In sieben Hauptkapiteln: Aufschwung — Vorboten der Krisis — Krach — Lehren der Krach — Wirkung der Krisis — Praktische Maßnahmen gegen den Krisen-Nothstand — Sozialdemokratie und Krisis — erörtert der Verfasser, der selber als Fachmann im Handels- und Börsenleben zu Hause ist, eingehend diese Fragen und durch die kritische Schilderung der Bankkrach und Bankrotte im letzten Sommer bietet die Broschüre zugleich eine Materialiensammlung von bleibendem, historischem Werthe. Die Korruption der Börsenpresse und der enge Zusammenhang der frömmelnden patriotischen Börsenschwindler mit gewissen Hofkreisen und der bürgerlichen Ordnungspartei machen die Broschüre besonders zeitgemäß.

Briefkasten.

* **Hölzer** für Holzpantoffel aus Erle liefert die Holz-Industrie-Gesellschaft in Luda (Sachsen-Altenburg).

Gr.-Otterleben, R. So geht das nicht, lieber Freund. Vor allen Dingen muß man, wenn man solche schweren Anschuldigungen öffentlich verbreiten will, Beweise haben und die Zeugen kennen, die eventuell eidlich vernommen werden können. Uns verlangt nicht nach Monate langem „Kittchen“.

Langensalza, W. S. Das Telegramm kam zwar für Nr. 2 noch früh genug, da es aber keine Unterschrift trug, konnte es nicht berücksichtigt werden. Vom 9. bis zum 22. Januar sind es aber 14 Tage und in dieser Zeit hätten Sie uns wohl schon brieflich über die Dinge am Orte berichten können. Die Kosten für das Telegramm hätten Sie also sparen können, wir wissen, daß „Sie das Geld nicht auf der Straße finden“. Also!

Bredlau, 45 131. Ein Buch, das Ihrem Zwecke in jedem Falle entspricht, ist uns nicht bekannt, glauben aber, daß das Buch von Boose (s. Inf. der „Holzarb.-Ztg.“) annähernd das enthält, was Sie zu wünschen scheinen. Preis $\text{M} 3,50$.

Eisenach, R. S. Ihre Behauptungen bezüglich des Gerichtsollziehers und der niedrigen ausgezahlten Löhne sind so schwerwiegend, daß wir Sie bitten müssen, uns darüber nähere Angaben zu machen und die Zeugen zu nennen.

Stralsund, St. Sie haben Recht. Es ist unerhört, daß die dortigen Kollegen so gleichgültig sind und dadurch nicht nur ihre gegenwärtige Lage verschlechtern, sondern, wenn auch ungewollt, eine Verbesserung derselben in nächster Zukunft verhindern. Soll es dort besser werden, müssen die Kollegen selbst es wollen und dazu gehört, daß sie sich alleamt an der Stelle einfinden, wo über Mittel und Wege berathen werden soll.

Herne, W. S. Ein Werk für Mittel im Jugendstil ($\text{M} 7,50$) können Sie von unserer Expedition beziehen. Bauarbeiten im gleichen Stil erhalten Sie zum Preise von $\text{M} 15$ von F. Rettelbusch in Nürnberg.

Münster. Seit dem 6. Januar haben wir nicht erfahren, welchen Verlauf die Dinge dort genommen. Ihre Auffassung, daß die Firma ein öfterer Gast vor dem Gewerbegericht sein wird, zweifeln wir gar nicht an, aber die Fabrikordnung giebt dazu keinen Anlaß. Uebrigens sind wir noch recht sehr im Zweifel, ob die Kollegen richtig handelten, als sie sich weigerten, ihre Unterschrift zu geben. Wenn Sie den christl. „Holzarb.“ gelesen und dann doch nicht verstanden haben, was wir meinten, können wir Ihnen nicht helfen. Ihr Eingehands haben wir der Preßkommission überwiesen.

Berlin, L. Kam wegen des Festtags aller — gutgesinnten Patrioten um einen Tag zu spät. Wie Du siehst, sind unsere Auffassungen die gleichen. Gruß.

